

Gliederung

Inhaltsverzeichnis	IX
A. Allgemeiner Teil	
I. Außensteuergesetz	1
II. Einkunftsabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen	201
III. Allgemeine Abgabenpflichten	421
IV. Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe	789
V. Mitwirkung des Bundeszentralamts für Steuern	1035
B. Steuerinländer mit Auslandsbeziehungen	
I. Einkommensteuer	1055
II. Umwandlungssteuergesetz	1559
III. Körperschaftsteuer	1595
IV. Gewerbesteuer	1765
V. Auslandsinvestitionsgesetz	1813
VI. Investmentsteuergesetz	1817
VII. Steuerliches Kapitalerhöhungsgesetz	1821
VIII. Bewertungsgesetz	1835
IX. Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer	1837
X. Verlagerung von Einkünften und Vermögen in Steueroasenländer	1863
C. Steuerausländer mit Inlandsbeziehungen	
I. Einkommensteuer	1903
II. Körperschaftsteuer	2427
III. Gewerbesteuer	2475
IV. Hinweis auf anwendbare Sondergesetze	2479
V. Bewertungsgesetz	2481
VI. Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer	2483
VII. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht nach dem Außensteuergesetz	2505

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Gliederung	VII
Inhaltsverzeichnis	IX
Abkürzungsverzeichnis	XCHH

A. Allgemeiner Teil

A. I. Außensteuergesetz	1
Erster Teil: 1. Internationale Verflechtungen	3
§ 1 AStG Berichtigung von Einkünften	3
Literatur (Wpg)	5
Gesetzesmaterialien.	6
1.) UntStRefG 2008	6
2.) Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben	6
3.) Jahressteuergesetz 2013	6
4.) Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung	12
5.) Zollkodex-AnpG	12
6.) Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz	13
7.) ATAD-Umsetzungsgesetz.	22
Verordnung zur Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes nach § 1 Abs. 1 des Außensteuergesetzes in Fällen grenzüberschreitender Funktionsverlagerungen (Funktionsverlagerungsverordnung – FVerIV)	24
§ 1 Begriffsbestimmungen	25
§ 2 Anwendung der Regelungen zum Transferpaket	29
§ 3 Wert des Transferpakets	31
§ 4 Bestandteile des Transferpakets	33
§ 5 Kapitalisierungszinssatz	34
§ 6 Kapitalisierungszeitraum	34
§ 7 Bestimmung des Einigungsbereichs	35
§ 8 Schadenersatz-, Entschädigungs- und Ausgleichsansprüche	37
§ 9 Anpassungsregelung des Steuerpflichtigen	37
§ 10 Erhebliche Abweichung	38
§ 11 Angemessene Anpassung	38
§ 12 Anwendungsvorschrift	39
§ 13 Inkrafttreten	39
Verordnung zur Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf Betriebsstätten nach § 1 Absatz 5 des Außensteuergesetzes (Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung – BsGaV)	40
§ 1 Zurechnung von Einkünften zu einer Betriebsstätte	42
§ 2 Begriffsbestimmungen	42
§ 3 Hilfs- und Nebenrechnung	43
§ 4 Zuordnung von Personalfunktionen	44
§ 5 Zuordnung von materiellen Wirtschaftsgütern	44
§ 6 Zuordnung von immateriellen Werten	45
§ 7 Zuordnung von Beteiligungen, Finanzanlagen und ähnlichen Vermögenswerten	45
§ 8 Zuordnung von sonstigen Vermögenswerten	46
§ 9 Zuordnung von Geschäftsvorfällen des Unternehmens	46
§ 10 Zuordnung von Chancen und Risiken	46
§ 11 Zuordnung von Sicherungsgeschäften	47
§ 12 Dotationskapital inländischer Betriebsstätten ausländischer Unternehmen	48
§ 13 Dotationskapital ausländischer Betriebsstätten inländischer Unternehmen	49
§ 14 Zuordnung übriger Passivposten	49
§ 15 Zuordnung von Finanzierungsaufwendungen	49
§ 16 Grundsatz	50

§ 17	Finanzierungsfunktion innerhalb eines Unternehmens	51
§ 18	Allgemeines	51
§ 19	Besondere Zuordnungsregelungen	52
§ 20	Dotationskapital inländischer Bankbetriebsstätten ausländischer Kreditinstitute, Bankenaufsichtsrecht	53
§ 21	Dotationskapital ausländischer Bankbetriebsstätten inländischer Kreditinstitute, Bankenaufsichtsrecht	54
§ 22	Globaler Handel mit Finanzinstrumenten	55
§ 23	Allgemeines	55
§ 24	Besondere Zuordnungsregelungen	55
§ 25	Dotationskapital inländischer Versicherungsbetriebsstätten ausländischer Versicherungsunternehmen, Versicherungsaufsichtsrecht	57
§ 26	Dotationskapital ausländischer Versicherungsbetriebsstätten inländischer Versicherungsunternehmen, Versicherungsaufsichtsrecht	57
§ 27	Zuordnung von Einkünften aus Vermögenswerten	58
§ 28	Rückversicherung innerhalb eines Unternehmens	58
§ 29	Pensionsfonds und Versicherungs-Zweckgesellschaften	58
§ 30	Allgemeines	58
§ 31	Besondere Zuordnungsregelungen	59
§ 32	Anzunehmende schuldrechtliche Beziehungen, die als Dienstleistung anzusehen sind	59
§ 33	Anzunehmende schuldrechtliche Beziehungen in besonderen Fällen	60
§ 34	Übergangsregelung für Bau- und Montagebetriebsstätten	60
§ 35	Allgemeines	60
§ 36	Besondere Zuordnungsregelungen	61
§ 37	Anzunehmende schuldrechtliche Beziehungen	61
§ 38	Übergangsregelung für Förderbetriebsstätten	62
§ 39	Ständige Vertreter	62
§ 40	Erstmalige Anwendung	62
§ 41	Inkrafttreten	62
	BMF-Anwendungsschreiben	63
0.	Verhältnis des Außensteuergesetzes zu anderen steuerlichen Vorschriften	63
	Parlamentarische Anfragen	63
1.)	Funktionsverlagerung und Verständigungsverfahren	63
	Anweisungen	64
1.)	Anwendung des § 1 AStG auf den Technologietransfer in Entwicklungsländer	64
2.)	Auslegung des Begriffs „Geschäftsbeziehung“ in § 1 Außensteuergesetz; BFH-Urteil vom 29. November 2000 I R 85/99	64
3.)	Geschäftsbeziehung zum Ausland im Sinne von § 1 Abs. 1 und 4 AStG; BFH-Urteil vom 28. April 2004, I R 5,6/02	64
4.)	Auslegung des Begriffs „Geschäftsbeziehung“ in § 1 AStG für Veranlagungszeiträume vor 2003 (vor Inkrafttreten der Neufassung des § 1 Absatz 4 AStG i. d. F. des Artikels 11 Nummer 1 Steuervergünstigungsabbaugesetz [StVergAbG] vom 16.05.2003)	65
5.)	Anwendung des § 1 AStG auf Fälle von Teilwertabschreibungen und anderen Wertminderungen auf Darlehen an verbundene ausländische Unternehmen	65
6.)	Glossar „Verrechnungspreise“	65
7.)	Anwendung des § 1 Absatz 4 Außensteuergesetz	65
8.)	Veröffentlichung der BFH-Urteile vom 17.12.2014 – I R 23/13 und vom 24.06.2015 – I R 29/14; Nichtanwendung der Urteilsgrundsätze in vergleichbaren Fällen	66
9.)	BMF-Schreiben zur „Namensnutzung im Konzern“	68
10.)	Wirtschaftliche Gründe, die den Abschluss eines Geschäfts unter nicht „fremd-üblichen Bedingungen“ rechtfertigen – EuGH-Urteil vom 31.05.2018 in der Rechtssache C-382/16	68
11.)	Verwaltungsgrundsätze Verrechnungspreise – Grundsätze für die Korrektur von Einkünften gemäß § 1 AStG	68
	Rechtsprechung	69
1.)	Unentgeltliche Überlassung von Nutzungsvorteilen	69
2.)	Unentgeltliche Darlehensgewährung an eine ausländische Tochtergesellschaft	69
3.)	Zum Begriff „Geschäftsbeziehungen“	69

4.)	Einkünfteberichtigung bei zu niedrigen Zinsen für grenzüberschreitende Darlehen zugunsten von Familienangehörigen	69
5.)	Zur Anwendung des § 1 AStG bei Personengesellschaften	70
6.)	Vereinbarkeit von § 1 Abs. 1 AStG mit den Diskriminierungsverboten in Art. 52 ff. und Art. 73b ff. EG-Vertrag	70
7.)	Garantieerklärung im Konzern	71
8.)	Anwendung des § 1 AStG auf Geschäftsbeziehungen zu Zwischengesellschaften	71
9.)	Keine Einkünftekorrektur nach § 1 AStG bei rein inländischen Vorgängen	71
10.)	Garantieerklärung der Muttergesellschaft – Auslegung des Begriffs „Geschäftsbeziehung“	71
11.)	Vorgabe eines zinslosen Gesellschafterdarlehens – Auslegung des Begriffs „Geschäftsbeziehung“ i. S. d. § 1 AStG a.F.	71
12.)	Vereinbarkeit des § 1 AStG mit Europarecht	72
13.)	Kapitalmäßige Beteiligung ausschlaggebend für die Annahme eines Nahestehens i. S. von § 1 Abs. 2 Nr. 2 Alternative 1 AStG – Verpflichtung zur Verrechnungspreisdokumentation nach § 90 Abs. 3 AO ist unionsrechtmäßig	72
14.)	Einkünfteberichtigung nach § 1 AStG a.F. bei Gewährung eines zinslosen Darlehens an eine belgische Tochtergesellschaft	72
15.)	Sperrwirkung von Art. 9 Abs. 1 DBA-USA 1989 gegenüber Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG (a.F.) bei Teilwertabschreibung infolge unbesichert begebenen Darlehens	73
16.)	Sperrwirkung von Art. IV DBA-Großbritannien 1964 gegenüber Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG a.F. bei Teilwertabschreibung eines unbesichert begebenen Darlehens im Konzern	73
17.)	Namensnutzung im Konzern – Kein einkommenserhöhender Ansatz auf der Grundlage von § 1 Abs. 1 AStG a. F. bei bloßer Überlassung des Firmennamens	74
18.)	EuGH-Vorlage: Verstoß des § 1 AStG 2003 gegen Unionsrecht?	74
19.)	§ 1 AStG grundsätzlich unionsrechtskonform – Möglichkeit des Nachweises wirtschaftlicher Gründe für die Vereinbarung vom Fremdvergleichsgrundsatz abweichender Bedingungen	75
20.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Ausbuchung einer unbesichert im Konzern begebenen Darlehensforderung	75
21.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Ausbuchung sowie Teilwertabschreibung unbesicherter Forderungen aus Konzernlieferbeziehungen	76
22.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei Teilwertabschreibungen auf im Konzern begebenen Darlehensforderungen und bei Rückstellungsbildung wegen der Inanspruchnahme aus einer Bürgschaft	76
23.)	Einkünftekorrekturen nach § 1 Abs. 1 AStG bei Teilwertabschreibungen auf unbesichert im Konzern begebenen Darlehensforderungen und bei Buchwertübertragung von Wirtschaftsgütern auf ausländische Tochtergesellschaften	77
24.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Ausbuchung einer unbesichert im Konzern begebenen Darlehensforderung	77
25.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Abschreibung auf unbesicherte Konzerndarlehen	78
26.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Ausbuchung eines unbesicherten Konzerndarlehens	78
27.)	Teilwertabschreibung auf den Beteiligungsansatz nach § 8b Abs. 3 Satz 3 KStG und Gegenkorrektur gemäß § 1 Abs. 1 AStG bei unbesicherten Konzerndarlehen	78
28.)	Verzicht auf Darlehenszinsen in grenzüberschreitenden Dreieckskonstellationen – Verhältnis von § 1 Abs. 1 AStG und § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG	79
29.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Abschreibung auf unbesicherte Konzerndarlehen	79
30.)	Einkünftekorrektur nach § 1 Abs. 1 AStG bei gewinnmindernder Abschreibung auf unbesicherte Darlehens- und Zinsforderung im Konzern	79
31.)	Erfolgreiche Verfassungsbeschwerde gegen die Niederlassungsfreiheit beschränkende Einkünftekorrektur ohne vorherige Vorlage an den EuGH	80
32.)	Ermittlung fremdüblicher Zinsen auf Konzerndarlehen	82
33.)	Zur Frage einer (passiven) Entstrickung durch Umsetzung des AOA in § 1 Abs. 5 AStG: Zuordnung von Wirtschaftsgütern bei sog. personallosen Betriebsstätten	83

§ 1a	AStG Preisanpassungsklausel	84
	Gesetzesmaterialien	84
	1.) Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz	84
Zweiter Teil: Wohnsitzwechsel in niedrigbesteuernde Gebiete		86
§ 2	AStG Einkommensteuer	86
	Gesetzesmaterialien	87
	1.) Jahressteuergesetz 2009	87
	2.) Jahressteuergesetz 2013	87
	3.) Zollkodex-AnpG	88
	BMF-Anwendungsschreiben	89
	2. Wohnsitzwechsel in niedrig besteuerte Gebiete	89
	2.0. Anwendungsbereich	89
	2.0.1. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht	89
	2.0.2. Auswirkungen der Doppelbesteuerungsabkommen	89
	2.1. Persönliche Voraussetzungen	90
	2.2. Niedrige Besteuerung	91
	2.3. Wesentliche wirtschaftliche Inlandsinteressen	93
	2.4. Mittelbare Inlandsinteressen	93
	2.5. Umfang der erweiterten beschränkten Einkommensteuerpflicht	93
	2.5.0. Allgemeines	93
	2.5.1. Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	95
	2.5.2. In die Veranlagung einzubeziehende Einkünfte	95
	2.5.3. Berechnung der Steuer und Anwendung des Progressionsvorbehalts	95
	2.5.4. Verfahrensfragen	96
	2.6. Begrenzung auf die Steuer bei unbeschränkter Steuerpflicht	96
	Anweisungen	97
	1.) Widerlegung der Vermutung einer niedrigen Besteuerung durch den Steuerpflichtigen nach § 2 Abs. 2 AStG; hier: Berücksichtigung der schweizerischen Steuern bei der Belastungsberechnung	97
	2.) Anwendung des § 2 AStG bei Wohnsitzwechsel nach Österreich	97
	3.) Beschränkte Steuerpflicht eines Berufssportlers mit Einkünften aus Werbeaktivitäten; Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 19.12.2007 – I R 19/06	97
	Rechtsprechung	98
	1.) Darlehenszinsen, die ein erweitert beschränkt Steuerpflichtiger dem inländischen Schuldner der an ihn zu zahlenden Zinsen schuldet	98
	2.) Zur rückwirkenden Anwendung des § 2 AStG	98
	3.) Vergleichsrechnung	98
	4.) Niedrige Besteuerung in der Schweiz – Belastungsvergleich	98
	5.) Verdeckte entgeltliche Abtretung einer verzinslichen Forderung zur Vermeidung einer erweiterten beschränkten Steuerpflicht	99
	6.) Zur erweitert beschränkten Steuerpflicht eines Berufssportlers mit Einkünften aus Werbeaktivitäten (keine „betriebsstättenlosen“ gewerblichen Einkünfte – sog. „floating income“)	99
	7.) Anwendung des § 2 AStG – Verhältnis zu § 50 Abs. 5 EStG	99
§ 4	AStG Erbschaftsteuer	100
	BMF-Anwendungsschreiben	100
	4. Erbschafts- und Schenkungsteuer	100
	4.0. Erweiterte beschränkte Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht	100
	4.1. Umfang der erweiterten beschränkten Erbschaft- und Schenkungsteuerpflicht	100
	4.2. Mindestbesteuerung	101
§ 5	AStG Zwischengeschaltete Gesellschaften	101
	BMF-Anwendungsschreiben	102
	5. Zwischengeschaltete Gesellschaften	102
	5.0. Allgemeines	102
	5.1. Zurechnung von Einkünften und Vermögenswerten	102
	5.1.1. Einkommensteuer	102
	5.1.2. Erbschaftsteuer	102

5.2.	Haftung des zugerechneten Vermögens	102
5.3.	Verfahren	102
Dritter Teil: Behandlung einer Beteiligung im Sinne des § 17 des Einkommensteuergesetzes bei Wohnsitzwechsel ins Ausland		103
§ 6	AStG Besteuerung des Vermögenszuwachses	103
	Gesetzesmaterialien	105
1.)	SEStEG	105
2.)	Zollkodex-AnpG	105
3.)	Brexit-Steuerbegleitgesetz	105
4.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	105
	BMF-Anwendungsschreiben	109
6.	Behandlung wesentlicher Beteiligungen bei Wohnsitzwechsel ins Ausland	109
	Anweisungen	109
1.)	Behandlung einer Beteiligung i. S. d. § 17 EStG bei Wohnsitzwechsel in das Ausland nach § 6 AStG	109
2.)	Vertragsverletzungsverfahren gegen die Bundesrepublik Deutschland (§ 6 AStG); EG-rechtskonforme Anwendung des § 6 AStG	109
3.)	Vordruck Mitteilung nach § 6 Abs. 7 AStG	110
4.)	Passive Entstrickung aufgrund erstmaliger Anwendung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)	114
5.)	Folgen des EuGH-Urteils vom 26.02.2019, Wächter, C-581/17	114
	Rechtsprechung	115
1.)	Verdeckte Einlage von GmbH-Anteilen in eine ausländische Kapitalgesellschaft	115
2.)	Zinsanspruch bei einer Stundung	115
3.)	Zur Rechtmäßigkeit des § 6 AStG	115
4.)	Zur Vereinbarkeit der französischen Wegzugsbesteuerung mit der EU-Niederlassungsfreiheit nach Art. 43 EG-Vertrag	115
5.)	Keine ernstlichen Zweifel, dass § 6 AStG a. F. in der durch das SEStEG geänderten Fassung weder gegen Gemeinschaftsrecht noch gegen Verfassungsrecht verstößt	115
6.)	Sog. Wegzugsteuer ist rechtmäßig	116
7.)	Keine Verzinsung der Wegzugsteuer	117
8.)	Wegzugsbesteuerung gemäß § 6 AStG – Keine Berücksichtigung fiktiver Veräußerungsverluste	118
9.)	Vorlage an den EuGH: Anwendung § 6 AStG bei Wegzug in die Schweiz	118
10.)	Verstoß gegen das Freizügigkeitsabkommen mit der Schweiz durch die Besteuerung latenter Wertzuwächse von Gesellschaftsanteilen bei Verlegung des Wohnsitzes in die Schweiz nach § 6 AStG	120
11.)	Wegfall der Besteuerung des Vermögenszuwachses nach § 6 Abs. 3 AStG – Erfordernis und ggf. Nachweis eines Rückkehrwillens zum Zeitpunkt des Wegzugs	120
12.)	Übertragung einer wesentlichen Beteiligung im Wege eines Wertpapierdarlehens vor dem Wegzug ins Ausland	121
13.)	Zur Berücksichtigung von Wertminderungen im Zuzugsstaat (§ 6 Absatz 6 AStG)	122
vor §§ 7 – 14 AStG		123
Reform der Hinzurechnungsbesteuerung (Artikel 7 und 8 der ATAD)		123
	Gesetzesmaterialien	123
1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	123
Vierter Teil: Beteiligung an ausländischen Zwischengesellschaften		125
§ 7	AStG Steuerpflicht inländischer Gesellschafter	125
	Literatur (Wpg)	125
	Gesetzesmaterialien	126
1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	126
	Parlamentarische Anfragen	130
1.)	Umsetzung der Anti-Steuervermeidungsrichtlinie und Vollzug der Hinzurechnungsbesteuerung	130

BMF-Anwendungsschreiben	130
Anweisungen	130
1.) Hinzurechnungsbesteuerung nach dem Außensteuergesetz (AStG) Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften vom 12.09.2006 in der Rechtssache C-196/04 (Cadbury Schweppes)	130
Rechtsprechung	131
1.) Bedeutung der Weisungsbefugnis für die Hinzurechnung von Zwischeneinkünften	131
2.) Hinzurechnungsbesteuerung und DBA-Recht	131
3.) Beherrschender Gesellschafter	131
4.) Hinzurechnungsbesteuerung und Gestaltungsmissbrauch	131
5.) Verhältnis AStG – Auslandsinvestmentgesetz	132
6.) Verhältnis Zugriffsbesteuerung (§§ 7-14 AStG) und Gewinnberichtigung nach § 1 AStG	133
7.) Keine allgemeine Bagatellgrenze bei der Hinzurechnungsbesteuerung gem. §§ 7 ff. AStG	133
8.) Einbeziehung der Gewinne beherrschter ausländischer Gesellschaften in Besteuerung der Muttergesellschaft kann dem EU-Recht widersprechen	133
9.) Unionsrecht und Hinzurechnungsbesteuerung von Zwischeneinkünften mit Kapitalanlagecharakter im Drittstaatenfall	133
10.) Unionsrecht und Hinzurechnungsbesteuerung von Zwischeneinkünften mit Kapitalanlagecharakter im Drittstaatenfall	134
11.) Unionsrechtmäßigkeit der Hinzurechnungsbesteuerung im Drittstaatenfall	135
12.) Hinzurechnungsbesteuerung im Drittstaatenfall	135
§ 8 AStG Einkünfte von Zwischengesellschaften	137
Gesetzesmaterialien	139
1.) SEStEG	139
2.) Jahressteuergesetz 2008	139
3.) Jahressteuergesetz 2010	142
4.) Jahressteuergesetz 2013	142
5.) ATAD-Umsetzungsgesetz	142
6.) KöMoG	146
BMF-Anwendungsschreiben	147
Anweisungen	147
Zu § 8 Abs. 2 AStG	
20.1.) Anwendung des § 8 Absatz 2 AStG; Veröffentlichung der BFH-Urteile vom 22.05.2019 – I R 11/19 – und vom 18.12.2019 – I R 59/17 –	147
Rechtsprechung	150
1.) Einkünfte aus Dienstleistungen	150
2.) Vorlage von Unterlagen für die Überprüfung einer Niedrigbesteuerung	150
3.) Einkünfte aus der Beteiligung an einer Personengesellschaft	150
4.) Zur Zuordnung von Tätigkeiten	150
5.) Keine Niedrigbesteuerung bei fälschlicher Nichtbesteuerung im Ausland.	151
6.) Keine Niedrigbesteuerung bei freiwilligem Verzicht auf Steuerermäßigung im Ausland (hier: Anpassung der Steuerbelastung für irische IFSC-Gesellschaften) .	151
7.) Aktivitätsvorbehalt bei einem Versicherungsunternehmen im Sinne des § 8 Abs. 1 Nr. 3 AStG a. F.; Auslagerung von Geschäftstätigkeiten auf eine Management- gesellschaft	151
8.) Aktivitätserfordernisse beim gewerbesteuerrechtlichen internationalen Schach- telprivileg	152
9.) Hinzurechnung passiver Einkünfte nach § 8 AStG und Gegenbeweis – verdeckte Einlagen in Dreiecksverhältnissen	152
§ 9 AStG Freigrenze bei gemischten Einkünften	153
Gesetzesmaterialien	153
1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	153
BMF-Anwendungsschreiben	153

§ 10	ASTG Hinzurechnungsbetrag	154
	Gesetzesmaterialien	155
	1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	155
	BMF-Anwendungsschreiben	156
	Rechtsprechung zu § 10 ASTG a.F.	157
	1.) Verluste einer Untergesellschaft, Ermittlung der Zwischeneinkünfte	157
	2.) Hinzurechnungsbesteuerung bei ausländischen Steuervergünstigungen	157
	3.) Keine gesonderte Feststellung im Verlustentstehungsjahr	157
	4.) Aufwendungen für das Aufstellen einer Hinzurechnungsbilanz	157
	5.) Veräußerungsgewinne einer vermögensverwaltend tätigen Zwischenkapitalgesellschaft	157
	6.) Berücksichtigung einer vGA bei der Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages ..	158
	7.) Ermittlung der Zwischeneinkünfte, wenn die Zwischengesellschaft nur Vermögensverwaltung betreibt	158
	8.) Keine Anwendung des § 3c EStG bei der Anwendung von § 10 Abs. 5 ASTG a. F. (DBA-Schachtelprivileg) auf den Hinzurechnungsbetrag nach dem ASTG	158
	9.) Hinzurechnungsbesteuerung und Halbeinkünfteverfahren im VZ 2001	158
	10.) Kürzung des Gewinns aus Gewerbebetrieb um den Hinzurechnungsbetrag nach § 10 Abs. 1 Satz 1 ASTG	158
	11.) Korrekturen bei der Ermittlung des Hinzurechnungsbetrags im Hinblick auf im Dreiecksverhältnis durch das Gesellschaftsverhältnis bestimmte Bedingungen ..	158
§ 11	ASTG Kürzungsbetrag bei Beteiligung an ausländischer Gesellschaft	160
	Gesetzesmaterialien	161
	1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	161
§ 12	ASTG Steueranrechnung	164
	Gesetzesmaterialien	164
	1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	164
§ 13	ASTG Beteiligung an Kapitalanlagegesellschaften	166
	Gesetzesmaterialien	167
	1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	167
§ 14	ASTG Nachgeschaltete Zwischengesellschaften	168
	Gesetzesmaterialien	168
	1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	168
Fünfter Teil: Familienstiftungen		169
§ 15	ASTG Steuerpflicht von Stiftern, Bezugsberechtigten und Anfallsberechtigten	169
	Gesetzesmaterialien	170
	1.) Jahressteuergesetz 2009	170
	2.) Jahressteuergesetz 2013	171
	3.) ATAD-Umsetzungsgesetz	174
	BMF-Anwendungsschreiben	175
	15. Familienstiftungen	175
	15.1. Zurechnung von Einkommen	175
	15.2. Stifter, Bezugs- und Anfallsberechtigte	175
	15.4. Gleichstellung sonstiger Vermögen und Vereinigungen	175
	15.5. Erweitert beschränkt Steuerpflichtige, Steueranrechnung, Nachschaltung von Zwischengesellschaften	176
	Anweisungen	177
	1.) Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission zu § 15 ASTG (Familienstiftungen)	177
	2.) Kommission leitet Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland wegen diskriminierender Vorschriften für ausländische Familienstiftungen ein	177
	3.) Vereinbarkeit des § 15 ASTG mit EU-Recht; Vertragsverletzungsverfahren der EU-Kommission	177
	1.) Errichtung eines nichtrechtsfähigen Trusts im Ausland	179
	2.) US-Trust als Zweckvermögen i. S. von § 15 Abs. 4 ASTG	179
	3.) Zurechnung von Vermögen einer liechtensteinischen Stiftung	179
	4.) Gewinnfeststellung bei Beteiligung an einer ausländischen Familienstiftung	180

5.)	Zurechnung des Einkommens einer liechtensteinischen Stiftung – Keine unionsrechtlichen Bedenken gegen § 15 Abs. 1 Satz 1 AStG a.F.	180
6.)	Gesonderte und einheitliche Gewinnfeststellung bei Beteiligung einer ausländischen Familienstiftung	180
7.)	Keine Einkünfteerzielungsabsicht bei von vornherein geplanter Übertragung der Einkunftsquelle auf Rechtsnachfolger	180
8.)	Keine Einkünfteerzielungsabsicht bei sog. Disagio-Modell	180
9.)	Zurechnungsbesteuerung bei Begünstigten einer Familienstiftung	181
Sechster Teil: Ermittlung und Verfahren		183
§ 16	AStG Mitwirkungspflicht des Steuerpflichtigen	183
	BMF-Anwendungsschreiben	183
16.	Mitwirkungspflicht	183
16.0.	Allgemeines	183
16.1.	Offenlegung von Auslandsbeziehungen	183
16.2.	Eidesstattliche Versicherung	184
	Rechtsprechung	184
1.)	Rechtsnatur des Verlangens nach Empfängerbenennung	184
2.)	Keine Einschränkung des Benennungsverlangens auf eigene Geschäftsbeziehungen zur ausländischen Basisgesellschaft	184
§ 17	AStG Sachverhaltsaufklärung	185
	Gesetzesmaterialien	185
1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	185
	BMF-Anwendungsschreiben	186
17.	Sachverhaltsaufklärung	186
17.1.	Anwendungsbereich	186
17.2.	Schätzung	186
	Rechtsprechung	186
1.)	Vorlage von Bilanzunterlagen	186
2.)	Schätzungsrahmen des § 17 Abs. 2 AStG	186
§ 18	AStG Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	187
	Gesetzesmaterialien	187
1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	187
	BMF-Anwendungsschreiben	188
	Rechtsprechung	189
1.)	Bescheidadressat im Fall der Organschaft	189
2.)	Hinzurechnungsbescheid	189
3.)	Hinzuziehung der übrigen Beteiligten im Rechtsbehelfsverfahren	189
4.)	Aufforderung zur Abgabe einer gesonderten Feststellungserklärung	189
5.)	Feststellungsbescheid bei Zwischenschaltung einer Personengesellschaft	190
6.)	Berücksichtigung von vGA bei der Ermittlung des Hinzurechnungsbetrages	190
7.)	Adressierung und Bekanntgabe eines Feststellungsbescheids	190
8.)	Eigenständiger Feststellungsbescheid für Einkünfte einer nachgeschalteten Zwischengesellschaft	190
9.)	Umfang der Bindungswirkung eines Feststellungsbescheids i. S. des § 18 Abs. 1 Satz 1 AStG	190
Siebenter Teil: Schlussvorschriften		191
§ 19	AStG (weggefallen)	191
§ 20	AStG Bestimmungen über die Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	192
	Gesetzesmaterialien	192
1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	192

Anweisungen	193
1.) Anwendung der Doppelbesteuerungsabkommen auf Einkünfte aus ausländischen Betriebsstätten (und auf ausländisches Betriebsstättenvermögen) nach § 20 Abs. 2 und 3 AStG; Auswirkungen des BFH-Urteils vom 21.10.2009 – I R 114/08.	193
Rechtsprechung	194
1.) Verstoß des § 20 Abs. 2 i. V. m. § 10 Abs. 6 AStG gegen EU-Recht?	194
2.) Der Übergang von der Freistellungsmethode zur Anrechnungsmethode bei niedrig besteuerten „passiven“ ausländischen Betriebsstätteneinkünften gem. § 20 Abs. 2 AStG ist mit EU-Recht vereinbar.	194
3.) Schlussurteil „Columbus Container Services“: § 20 Abs. 2 und 3 i.V.m. §§ 7 ff. AStG a.F. verstößt gegen Gemeinschaftsrecht ..	195
§ 21 AStG Anwendungsvorschriften	196
Gesetzesmaterialien	196
1.) ATAD-Umsetzungsgesetz.	196
2.) KöMoG	198
§ 22 AStG Neufassung des Gesetzes	199
A. II. Einkunftsabgrenzung bei international verbundenen Unternehmen	201
Literatur (Wpg)	202
1.) Grundsätze für die internationale Einkunftsabgrenzung nach dem Maßstab des Fremdvergleichs in den Regelungen des innerstaatlichen Rechts und der Doppelbesteuerungsabkommen (Verwaltungsgrundsätze Verrechnungspreise – Grundsätze für die Korrektur von Einkünften gemäß § 1 AStG)	203
2.) Grundsätze für die Prüfung der Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen in Bezug auf Mitwirkungspflichten sowie Schätzung von Besteuerungsgrundlagen und Zuschläge (Verwaltungsgrundsätze 2020) ..	229
3.) Grundsätze für die Prüfung der Einkunftsabgrenzung zwischen international verbundenen Unternehmen in Fällen der Arbeitnehmerentsendung (Verwaltungsgrundsätze – Arbeitnehmerentsendung)	243
4.) Grundsätze für die Prüfung der Einkunftsabgrenzung zwischen nahe stehenden Personen in Fällen von grenzüberschreitenden Funktionsverlagerungen (Verwaltungsgrundsätze – Funktionsverlagerung)	249
5.) Grundsätze für die Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf die Aufteilung der Einkünfte zwischen einem inländischen Unternehmen und seiner ausländischen Betriebsstätte und auf die Ermittlung der Einkünfte der inländischen Betriebsstätte eines ausländischen Unternehmens nach § 1 Absatz 5 des Außensteuergesetzes und der Betriebsstättengewinnaufteilungsverordnung (Verwaltungsgrundsätze Betriebsstättengewinnaufteilung – VWG BsGa) ..	293
6.) Betriebsstätten ohne Personalfunktion (sog. funktionslose Betriebsstätten)	414
Rechtsprechung	415
1.) Steuerrechtliche Beurteilung von Verträgen	415
2.) Abhängige Vertriebsgesellschaft; Dauerverluste, innerstaatliche Rechtsmittel und Verständigungsverfahren	415
3.) Zustimmung zur Kapitalerhöhung einer Gesellschaft als verdeckte Gewinnausschüttung	415
4.) Verkehrsübliche Sorgfalt eines ordentlichen und gewissenhaften Geschäftsleiters gegenüber Fremden	415
5.) Inhalt und Bedeutung des Begriffs der mittelbaren Beteiligung als Teil der wesentlichen Beteiligung i. S. des § 17 EStG.	415
6.) Zur Ermittlung der Einkünfte einer Zwischengesellschaft.	415
7.) Unentgeltliche Darlehensgewährung an eine ausländische Tochtergesellschaft ..	416
8.) Markterschließungskosten, Dauerverluste einer Vertriebsgesellschaft	416
9.) Einkünfteberichtigung bei zu niedrigen Zinsen für grenzüberschreitende Darlehen zugunsten von Familienangehörigen	416
10.) Anspruch auf Rückgewähr einer vGA.	417
11.) Ertragsteuerliche Behandlung der in Fremdwährung geleisteten Einzahlung eines Gesellschafters in die Kapitalrücklage der Gesellschaft.	417

12.)	Lizenzentgelte für die Überlassung des Konzernnamens sowie für Markenname und Markenzeichen	417
13.)	Überprüfung internationaler Verrechnungspreise – Mitwirkungspflichten, Schätzung	417
14.)	Zum Verhältnis der Berichtigung von Einkünften nach § 1 AStG zur Hinzurechnungsbesteuerung nach den §§ 7 ff. AStG	418
15.)	Zur Anlaufphase bis zum Eintritt in die Gewinnzone bei Neugründung von Unternehmen	418
16.)	Angemessenheit von Verrechnungspreisen – Zur Annahme von vGA bei Vertriebsgesellschaften mit Dauerverlusten	418
17.)	Erläss von Nachzahlungszinsen nach Verrechnungspreiskorrektur	419
18.)	Namensnutzung im Konzern	419
19.)	Auslegung von DBA – Lichtdesigner als werkschaffender Künstler	420
20.)	Verhältnis von § 1 Abs. 1 AStG und § 8 Abs. 3 Satz 2 KStG – Verzicht auf Darlehenszinsen in grenzüberschreitenden Dreieckskonstellationen	420
21.)	Zur Frage einer (passiven) Entstrickung durch Umsetzung des AOA in § 1 Abs. 5 AStG: Zuordnung von Wirtschaftsgütern bei sog. personallosen Betriebsstätten	420
A.	III. Allgemeine Abgabenpflichten	421
	Abgabenordnung	421
	Anwendungsbereich	421
§ 1	AO Anwendungsbereich	421
§ 2	AO Vorrang völkerrechtlicher Vereinbarungen	421
	Gesetzesmaterialien	422
1.)	Jahressteuergesetz 2010	422
2.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderung der EU-Amtshilferichtlinie	424
	Anweisungen	426
1.)	Rechtsgrundlage zur Umsetzung von Verständigungs- und Konsultationsvereinbarungen über die Auslegung von Doppelbesteuerungsabkommen (DBA); Urteile des Bundesfinanzhofes (BFH) vom 02.09.2009 – I R 90/08 – (BStBl. II 2010 S. 394) und – I R 111/08 – (BStBl. II 2010 S. 387) sowie vom 11.11.2009 – I R 84/08 – (BStBl. II 2010 S. 390)	426
2.)	Besteuerung von Abfindungszahlungen aus Anlass der Auflösung des Arbeitsverhältnisses bei Bestehen einer Konsultationsvereinbarung mit einem anderen DBA-Staat; BFH-Urteil vom 10.06.2015 (BStBl. II 2016 S.)	427
	Rechtsprechung	427
1.)	Unvereinbarkeit von § 2 Abs. 2 AO i.d.F. des JStG 2010 mit dem Bestimmtheitsgebot; Bindungswirkung und erstmalige Anwendung der Konsultationsvereinbarung in § 24 Abs. 1 Satz 2 KonsVerCHEV vom 20.12.2010	427
	Steuerliche Begriffsbestimmungen	428
§ 3	AO Steuern, steuerliche Nebenleistungen	428
	Gesetzesmaterialien	428
1.)	Jahressteuergesetz 2007	428
§ 7	AO Amtsträger	429
	Anwendungserlass	429
	Zu § 7 – Amtsträger	429
	Vor §§ 8, 9 – Wohnsitz, gewöhnlicher Aufenthalt	429
§ 8	AO Wohnsitz	430
	Anwendungserlass	430
	Zu § 8 – Wohnsitz	430
	Rechtsprechung	434
1.)	Regelmäßige vorübergehende Nutzung einer inländischen Wohnung	434
2.)	Wohnsitz eines Saisonarbeiters	434
3.)	Inländischer Wohnsitz eines ins Ausland versetzten Arbeitnehmers	434
4.)	Wohnsitz eines ausländischen Kindes	435

5.)	Wohnsitz des Kindes bei langjährigem Schulbesuch im Ausland	435
6.)	Wohnsitz des Kindes bei mehrjährigem Studium im Ausland	435
7.)	Zeitlicher Umfang der Nutzung des inländischen Wohnsitzes unerheblich	435
8.)	Wohnsitz eines Kindes bei mehrjährigem Studium im Ausland	435
9.)	Unbeschränkte Steuerpflicht bei inländischem Wohnsitz trotz Lebensmittelpunkts im Ausland	436
10.)	Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Inland	436
§ 9	AO Gewöhnlicher Aufenthalt	437
	Anwendungserlass	437
	Zu § 9 – Gewöhnlicher Aufenthalt	437
	Rechtsprechung	438
1.)	Gastarbeiter	438
2.)	Abordnung eines Ausländers an ein Inlandsunternehmen	438
3.)	Tägliche Rückkehr zum Wohnsitz im Ausland	438
4.)	Gewöhnlicher Aufenthalt eines Freiberufers	438
5.)	Kein gewöhnlicher Aufenthalt im Inland bei zweijährigem Aufbaustudium im Ausland	438
6.)	Wohnsitz oder gewöhnlicher Aufenthalt im Inland	438
§ 10	AO Geschäftsleitung	439
	Rechtsprechung	439
1.)	Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung	439
2.)	Ort der Geschäftsleitung einer Kapitalgesellschaft	439
3.)	Mittelpunkt der geschäftlichen Oberleitung eines Schifffahrtsunternehmens	439
§ 11	AO Sitz	439
§ 12	AO Betriebsstätte	440
	Anwendungserlass	440
	Zu § 12 – Betriebsstätte	440
	Anweisungen	441
1.)	Installation eines Internetserver	441
	Rechtsprechung	441
1.)	Gerüstbauarbeiten – Unterbrechungen	441
2.)	Montage	441
3.)	Inländische Zweigniederlassung	441
4.)	Bauausführungen	441
5.)	Überlassung von Räumlichkeiten	442
6.)	Wohnung als Betriebsstätte	442
7.)	Montagebegriff	442
8.)	Inländische Betriebsstätte einer ausländischen Management-Kapitalgesellschaft ..	443
9.)	Geschäftsleitungsbetriebsstätte eines niederländischen Wochenmarkthändlers. ...	443
10.)	Unterirdisch verlaufende Rohrleitungen als Betriebsstätte	443
11.)	Montagearbeiten als Betriebsstätte	443
12.)	Verkaufsstand auf Weihnachtsmärkten	444
13.)	Rechtsposition bei Überlassung von Räumlichkeiten – Betriebsstätte eines Be- auftragten in Räumen des Auftraggebers	444
14.)	Keine Begründung einer Betriebsstätte durch bloßes Tätigwerden in den Räumen des Vertragspartners	444
15.)	Landwirtschaftlich bewirtschaftetes Grundstück als Betriebsstätte i.S. von § 12 AO ..	444
16.)	Mehrere Geschäftsleitungsbetriebsstätten bei mehreren Geschäftsführern mit gleichwertigen Aufgaben	445
§ 13	AO Ständiger Vertreter	445
	Rechtsprechung	445
1.)	Inländischer Gewerbetreibender als ständiger Vertreter	445
2.)	Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft als ständiger Vertreter	445
§ 14	AO Wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	446

§ 15	AO	Angehörige	446
		Anwendungserlass	446
		Zu § 15 – Angehörige	446
Zuständigkeit der Finanzbehörden			447
§ 16	AO	Sachliche Zuständigkeit	447
		Anwendungserlass	447
		Zu § 16 – Sachliche Zuständigkeit	447
§ 17	AO	Örtliche Zuständigkeit	447
		Anwendungserlass	447
		Zu § 17 – Örtliche Zuständigkeit	447
§ 18	AO	Gesonderte Feststellungen	447
		Anwendungserlass	448
		Zu § 18 – Gesonderte Feststellung	448
		Anweisungen	449
		1.) Örtliche Zuständigkeit für die gesonderte und einheitliche Feststellung der Gewinne ausländischer Personengesellschaften, an denen inländische Gesellschafter beteiligt sind	449
§ 19	AO	Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	449
		Gesetzesmaterialien	450
		1.) Jahressteuergesetz 2007	450
		Einkommensteuer-Zuständigkeitsverordnung (EStZustV)	451
		Anwendungserlass	453
		Zu § 19 – Steuern vom Einkommen und Vermögen natürlicher Personen	453
§ 20	AO	Steuern vom Einkommen und Vermögen der Körperschaften, Personenvereinigungen, Vermögensmassen	453
§ 20a	AO	Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	454
		Arbeitnehmer-Zuständigkeitsverordnung-Bau (ArbZustBauV)	454
		Anwendungserlass	455
		Zu § 20a – Steuern vom Einkommen bei Bauleistungen	455
§ 21	AO	Umsatzsteuer	455
		Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung (USt-ZustV)	456
		Anwendungserlass	458
		Zu § 21 – Umsatzsteuer	458
		Anweisungen	458
		1.) Anwendungsbereich der §§ 20a, 21 Abs. 1 Satz 2 AO	458
§ 22	AO	Realsteuern	458
§ 22a	AO	Zuständigkeit auf dem Festlandsockel oder an der ausschließlichen Wirtschaftszone	459
		Gesetzesmaterialien	459
		1.) Kroatien-AnpG	459
§ 23	AO	Einfuhr- und Ausfuhrabgaben und Verbrauchsteuern	459
§ 24	AO	Ersatzzuständigkeit	459
		Anwendungserlass	459
		Zu § 24 – Ersatzzuständigkeit	459
§ 25	AO	Mehrfache örtliche Zuständigkeit	460
		Anwendungserlass	460
		Zu § 25 – Mehrfache örtliche Zuständigkeit	460
§ 26	AO	Zuständigkeitswechsel	460
		Anwendungserlass	460
		Zu § 26 – Zuständigkeitswechsel	460
§ 27	AO	Zuständigkeitsvereinbarung	461

	Anwendungserlass.	461
	Zu § 27 – Zuständigkeitsvereinbarung.	461
§ 28	AO Zuständigkeitsstreit	461
§ 29	AO Gefahr im Verzug	461
	Steuergeheimnis	462
§ 30	AO Steuergeheimnis	462
	Anwendungserlass.	464
	Zu § 30 – Steuergeheimnis	464
§ 31	AO Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	465
	Anwendungserlass.	465
	Zu § 31 – Mitteilung von Besteuerungsgrundlagen	465
§ 31a	AO Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	467
	Anwendungserlass.	467
	Zu § 31a – Mitteilungen zur Bekämpfung der illegalen Beschäftigung und des Leistungsmissbrauchs	467
§ 31b	AO Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche und der Terrorismusfinanzierung	472
	Anwendungserlass.	473
	Zu § 31b – Mitteilungen zur Bekämpfung der Geldwäsche	473
	Steuerschuldrecht	475
§ 33	AO Steuerpflichtiger	475
	Anwendungserlass.	475
	Zu § 33 – Steuerpflichtiger	475
§ 34	AO Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter	475
	Anwendungserlass.	475
	Zu § 34 – Pflichten der gesetzlichen Vertreter und der Vermögensverwalter:	475
	Rechtsprechung	476
	1.) Pflichten des Leiters der inländischen Betriebsstätte einer ausländischen AG.	476
§ 39	AO Zurechnung	477
	Anwendungserlass.	477
	Zu § 39 – Zurechnung	477
§ 40	AO Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	477
§ 41	AO Unwirksame Rechtsgeschäfte	477
	Anwendungserlass.	477
	Zu § 41 – Unwirksame Rechtsgeschäfte	477
§ 42	AO Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	478
	Gesetzesmaterialien	478
	1.) Jahressteuergesetz 2008	478
	Anwendungserlass.	480
	Zu § 42 – Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	480
	Rechtsprechung	482
	1.) Hinzurechnungsbesteuerung und Gestaltungsmissbrauch	482
	2.) Konkurrenzverhältnis zur Zugriffsbesteuerung – kein Gestaltungsmissbrauch (§ 42 AO) bei Einschaltung von Finanzierungsgesellschaften in Hochsteu- ländern	482
	3.) Betriebsausgabenabzug bei Einschaltung von ausländischen Finanzierungs- gesellschaften.	482
	4.) Missbrauch bei der Zwischenschaltung ausländischer Gesellschaften in in- ländische Grundstücksgeschäfte	483
	5.) § 42 AO auch bei beschränkter Steuerpflicht anwendbar.	483

6.)	Vor Anwendung des § 42 AO ist zu prüfen, ob sich ggf. der Ort der Geschäftsleitung der ausländischen Basisgesellschaft im Inland befindet	484
7.)	Zur Frage des Gestaltungsmissbrauchs bei „Durchleitung“ von im Inland erzielten Einnahmen durch eine ausländische Basisgesellschaft	484
8.)	Kein Gestaltungsmissbrauch durch sog. Outsourcing in eine Kapitalgesellschaft in den irischen „Dublin-Docks“ (sog. „IFSC-Gesellschaft“)	485
9.)	Entscheidung über Gestaltungsmissbrauch bei Cum-cum-Geschäften	485
§ 51	AO Allgemeines (Steuerbegünstigte Zwecke)	486
	Gesetzesmaterialien	486
1.)	Jahressteuergesetz 2009	486
	Anwendungserlass	490
	Zu § 51 Absatz 2	490
	Besteuerungsgrundsätze, Beweismittel	491
§ 85	AO Besteuerungsgrundsätze	491
	Anwendungserlass	491
	Zu § 85 – Besteuerungsgrundsätze	491
§ 86	AO Beginn des Verfahrens	492
§ 87	AO Amtssprache	492
	Anwendungserlass	492
	Zu § 87 – Amtssprache	492
§ 88	AO Untersuchungsgrundsatz	493
	Anwendungserlass	494
	Zu § 88 – Untersuchungsgrundsatz	494
	Anweisungen	495
1.)	Ermittlungen bei Kreditinstituten	495
	Rechtsprechung	495
1.)	Verletzung von Mitwirkungspflichten; Begrenzung der Sachaufklärungspflicht; Minderung des Beweismaßes	495
2.)	Tatsächliche Verständigung über den der Steuerfestsetzung zugrunde liegenden Sachverhalt	495
§ 88a	AO Sammlung von geschützten Daten	500
	Rechtsprechung	500
1.)	Mathematisch-statistische Auswertung von Lizenzverträgen durch das Bundeszentralamt für Steuern	500
2.)	Speicherung von Daten durch die Informationszentrale für Auslandsbeziehungen (IZA) des Bundeszentralamtes für Steuern	500
3.)	Keine verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Datensammlung über steuerliche Auslandsbeziehungen (IZA) beim Bundeszentralamt für Steuern	500
§ 88b	AO Länderübergreifender Abruf und Verwendung von Daten zur Verhütung, Ermittlung und Verfolgung von Steuerverkürzungen	501
§ 89	AO Beratung, Auskunft	504
	Gesetzesmaterialien	505
1.)	Föderalismus-Begleitgesetz	505
	Steuer-Auskunftsverordnung (StAusKV)	506
	Anwendungserlass	508
	Zu § 89 – Beratung, Auskunft	508
	Anweisungen	516
1.)	Kosten der Erteilung verbindlicher Auskünfte nach § 89 Abs. 3–5 AO i.d.F. des JStG 2007	516
2.)	Gebühren für die Bearbeitung von Anträgen auf Erteilung einer verbindlichen Auskunft nach § 89 Abs. 3 bis 5 AO	516
3.)	Verbindliche Auskunft nach § 89 Abs. 2 AO; Zuständigkeit für die Erteilung einer verbindlichen Auskunft	516

4.)	Verbindliche Auskünfte der Finanzämter und des Bundeszentralamtes für Steuern – Aufhebung von BMF-Schreiben	516
	Rechtsprechung	516
1.)	Auslegung und Bindungswirkung einer verbindlichen Auskunft i. S. des § 89 Abs. 2 Satz 1 AO; „Verwirklichung des Sachverhaltes“ i. S. des § 2 Abs. 1 Satz 1 StAuskV	516
§ 89a	AO Vorabverständigungsverfahren	517
	Gesetzesmaterialien	519
1.)	Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz	519
§ 90	AO Mitwirkungspflichten der Beteiligten	528
	Gesetzesmaterialien	529
1.)	Steuervergünstigungsabbaugesetz	529
2.)	Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung vom 13.11.2003 (GAufzV 2003)	529
3.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderung der EU-Amtshilferichtlinie	529
4.)	Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung vom 12.07.2017 (GAufzV 2017)	532
5.)	„Steueroasen“-Gesetz	532
	Verordnung zu Art, Inhalt und Umfang von Aufzeichnungen im Sinne des § 90 Abs. 3 der Abgabenordnung (Gewinnabgrenzungsaufzeichnungsverordnung – GAufzV 2017)	533
§ 1	Grundsätze der Aufzeichnungspflicht	533
§ 2	Art, Inhalt und Umfang der Aufzeichnungen	533
§ 3	Zeitnahe Erstellung von Aufzeichnungen bei außergewöhnlichen Geschäftsvorfällen	534
§ 4	Landesspezifische, unternehmensbezogene Dokumentation	535
§ 5	Stammdokumentation	537
§ 6	Anwendungsregelungen für kleinere Unternehmen und für Steuerpflichtige mit anderen als Gewinneinkünften	537
§ 7	Schlussvorschrift	537
§ 8	Inkrafttreten, Außerkrafttreten	537
	Anwendungserlass	540
	Zu § 90 – Mitwirkungspflichten der Beteiligten	540
	Anweisungen	540
1.)	Folgen der Verletzung der Mitwirkungspflichten gem. § 90 Abs. 3 AO bei Auslands Sachverhalten; Festsetzung eines Zuschlages nach § 162 Abs. 4 AO	540
	Rechtsprechung	540
1.)	Tatsachenwürdigung und Mitwirkungspflichten bei Geschäftsbeziehungen zu ausländischen Basisgesellschaften	540
2.)	Nachkalkulation	540
3.)	Auskunftsverweigerung über grenzüberschreitenden Geschäftsverkehr	540
4.)	Erhöhte Mitwirkungspflicht bei Auslandsbeziehungen	541
5.)	Aufklärung eines Auslands Sachverhaltes durch Vernehmung eines ausländischen Zeugen	541
6.)	Keine speziellen Aufzeichnungs- oder Dokumentationspflichten für vGA	541
7.)	Erhöhte Mitwirkungspflicht nach § 90 Abs. 2 AO bei Geltendmachung von Unterhaltszahlungen an im Ausland lebende Angehörige	542
8.)	Verpflichtung zur Verrechnungspreisdokumentation nach § 90 Abs. 3 AO ist unionsrechtmäßig	542
9.)	Sachaufklärungspflicht des FG bei ausländischen Beweismitteln	543
§ 91	AO Anhörung Beteiligter	543
	Anwendungserlass	543
	Zu § 91 – Anhörung Beteiligter	543
	Anweisungen	544
1.)	Akteneinsichtsrecht im Besteuerungsverfahren	544
§ 92	AO Beweismittel	544
	Anwendungserlass	544
	Zu § 92 – Beweismittel	544

§ 93 AO	Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	545
	Anwendungserlass	548
	Zu § 93 – Auskunftspflicht der Beteiligten und anderer Personen	548
	Rechtsprechung	553
	1.) Auskunftspflicht eines Kreditinstitutes	553
	2.) Auskunftersuchen bei Chiffre-Anzeigen	553
	3.) Auskunftspflicht eines Haftungsschuldners	553
	4.) Auskunftersuchen an ein Kreditinstitut	553
	5.) Auskunftersuchen im Vollstreckungsverfahren	554
	6.) Sammelauskunftersuchen der Steuerfahndung zu Daten der Nutzer einer Internethandelsplattform	554
	7.) Auskunftersuchen an Dritte ohne vorherige Sachverhaltsaufklärung beim Steuerpflichtigen	554
§ 93b AO	Automatisierter Abruf von Kontoinformationen	555
§ 102 AO	Auskunftsverweigerungsrecht zum Schutz bestimmter Berufsgeheimnisse	
	– Auszug –	555
	Rechts- und Amtshilfe	556
§ 111 AO	Amtshilfepflicht	556
	Anwendungserlass	556
	Zu § 111 – Amtshilfepflicht	556
§ 112 AO	Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	556
	Anwendungserlass	557
	Zu § 112 – Voraussetzungen und Grenzen der Amtshilfe	557
§ 113 AO	Auswahl der Behörde	557
§ 114 AO	Durchführung der Amtshilfe	557
§ 115 AO	Kosten der Amtshilfe	557
§ 116 AO	Anzeige von Steuerstraftaten	557
§ 117 AO	Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	558
§ 117a AO	Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	558
§ 117b AO	Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI übermittelten Daten	558
§ 117c AO	Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	558
§ 117d AO	Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	558
§ 119 AO	Bestimmtheit und Form des Verwaltungsaktes	558
§ 122 AO	Bekanntgabe des Verwaltungsaktes	559
	Auszug aus dem Verwaltungszustellungsgesetz (§§ 9, 10 VwZG)	560
	Anwendungserlass (Auszug)	561
	Zu § 122 – Bekanntgabe des Verwaltungsaktes	561
	Anweisungen	565
	1.) Bekanntgabe von schriftlichen Verwaltungsakten	565
	2.) Bekanntgabe von Verwaltungsakten an Empfänger außerhalb des Geltungsbereichs der Abgabenordnung	565
	3.) Bekanntgabe eines Steuerverwaltungsaktes an sowie Vollstreckung gegen eine Gesellschaft in der Rechtsform einer Britischen Limited mit Verwaltungssitz (Ort der Geschäftsleitung) im Inland sowie deren Rechtsnachfolger nach dem 31.12.2020	569

Rechtsprechung	573
1.) Zustellung im Fall einer ausländischen Kapitalgesellschaft, die wirtschaftlich Mitunternehmer einer inländischen KG ist	573
2.) Zustellung an den im Ausland ansässigen Verfahrensbevollmächtigten.	573
3.) Ermittlungspflichten des FA vor einer öffentlichen Zustellung wegen „unbekannten ausländischen Aufenthaltsorts“	573
§ 123 AO Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten	574
Gesetzesmaterialien	574
1.) Steueränderungsgesetz 2015	574
Anwendungserlass.	574
Zu § 123 – Bestellung eines Empfangsbevollmächtigten.	574
Anweisungen	575
1.) Benennung eines inländischen Empfangsbevollmächtigten	575
§ 137 AO Steuerliche Erfassung von Körperschaften, Vereinigungen und Vermögensmassen	576
Durchführung der Besteuerung	577
§ 138 AO Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	577
Anwendungserlass.	580
Zu § 138 – Anzeigen über die Erwerbstätigkeit	580
Anweisungen	580
1.) Anzeigepflicht bei Auslandsbeziehungen gem. § 138 Abs. 2 und 3 Abgabenordnung (AO)	580
2.) Anzeigepflichten nach § 138 Abs. 2 AO	580
3.) Anzeigepflicht bei Auslandsbeteiligungen nach § 138 Absatz 2 und 3 Abgabenordnung (AO).	580
4.) Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen nach § 138 Absatz 2 und § 138b AO in der Fassung des Steuerumgebungsbekämpfungsgesetzes (StUmgBG).	580
5.) Mitteilungspflichten bei Auslandsbeziehungen nach § 138 Absatz 2 und § 138b AO in der Fassung des Steuerumgebungsbekämpfungsgesetzes (StUmgBG); Änderung des amtlich vorgeschriebenen Vordrucks zur Erstattung der Mitteilungen nach § 138 Absatz 2 AO (Vordruck BZSt-2), Anlage 1 des BMF-Schreibens vom 05.02.2018 (BStBl. I S. 289).	586
6.) Auskunftspflicht nach § 138 Absatz 1b AO bei Betriebseröffnung oder Aufnahme einer freiberuflichen Tätigkeit (Fragebogen zur steuerlichen Erfassung); Erstmaliger Anwendungszeitpunkt der elektronischen Übermittlungspflicht	593
7.) Mitteilungspflichten nach § 138 Abs. 2 Satz 1 Nummer 4 AO; Brexit	593
8.) Auskunftspflicht nach § 138 Absatz 1b AO bei Betriebseröffnung oder Aufnahme einer freiberuflichen Tätigkeit (Fragebogen zur steuerlichen Erfassung); Zeitpunkt der erstmaligen Anwendung des § 138b Absatz 1b Satz 2 AO (Verpflichtung zur elektronischen Übermittlung)	593
§ 138a AO Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	595
Gesetzesmaterialien	597
1.) Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	597
2.) „Jahressteuergesetz 2019“	597
Anwendungserlass (AEAO)	597
zu § 138a – Länderbezogener Bericht multinationaler Unternehmensgruppen	605
Anweisungen	606
1.) Anforderungen an den länderbezogenen Bericht multinationaler Unternehmensgruppen (Country-by-Country Report)	606
2.) Gemeinsame Erklärung der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland und der zuständigen Behörde der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung des spontanen Austauschs länderbezogener Berichte für 2016 beginnende Wirtschaftsjahre.	606
3.) Gemeinsame Erklärung der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland und der zuständigen Behörde der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung des spontanen Austauschs länderbezogener Berichte für 2017 beginnende Wirtschaftsjahre	606
4.) CbCR – Fachliche Auslegungshinweise	610

5.)	Newsletter des Bundeszentralamts für Steuern	611
6.)	Auslegung des Begriffs „Offener Fall“ in Art. 97 § 31 Satz 3 EGAO	611
7.)	Änderungen durch das Jahressteuergesetz 2020	611
§ 138bAO	Mitteilungspflicht Dritter über Beziehungen inländischer Steuerpflichtiger zu Drittstaat-Gesellschaften.	612
§ 138c AO	Verordnungsermächtigung	616
§ 138dAO	Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen.	617
	Literatur (Wpg)	619
	Gesetzesmaterialien.	619
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	619
	Anweisungen	625
1.)	DAC6	625
2.)	Anwendung der Vorschriften über die Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	626
§ 138e AO	Kennzeichen grenzüberschreitender Steuergestaltungen	664
	Gesetzesmaterialien.	667
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	667
	Anweisungen	676
1.)	Anwendung der Vorschriften über die Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	676
2.)	Listen „Präferenzregelungen“ und „nichtkooperierende Steuerhoheitsgebiete“ ..	676
§ 138f AO	Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Intermediäre.	685
	Gesetzesmaterialien.	687
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	687
	Anweisungen	693
1.)	Bekanntmachung des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes und der amtlich bestimmten Schnittstelle für Mitteilungen über grenzüberschreitende Steuergestaltungen (§ 138f Abs. 1 AO)	693
2.)	Fragen und Antworten zur elektronischen Datenübermittlung im Verfahren DAC6	694
§ 138g AO	Verfahren zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen durch Nutzer	697
	Gesetzesmaterialien.	697
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	697
§ 138hAO	Mitteilungen bei marktfähigen grenzüberschreitenden Steuergestaltungen	699
	Gesetzesmaterialien.	699
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	699
§ 138i AO	Information der Landesfinanzbehörden.	700
	Gesetzesmaterialien.	700
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	700
§ 138j AO	Auswertung der Mitteilungen grenzüberschreitender Steuergestaltungen ..	701
	Gesetzesmaterialien.	701
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	701
§ 138kAO	Angabe der grenzüberschreitenden Steuergestaltung in der Steuererklärung ..	704
	Gesetzesmaterialien.	704
1.)	Gesetz zur Einführung einer Pflicht zur Mitteilung grenzüberschreitender Steuergestaltungen	704

§ 140 AO	Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen	705
	Anwendungserlass.	705
	Zu § 140 – Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten nach anderen Gesetzen	705
	Rechtsprechung	705
1.)	Buchführungspflicht einer ausländischen Immobilienkapitalgesellschaft	705
§ 141 AO	Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	706
	Anwendungserlass.	706
	Zu § 141 – Buchführungspflicht bestimmter Steuerpflichtiger	706
	Rechtsprechung	707
1.)	Buchführungspflicht einer ausländischen Immobilienkapitalgesellschaft	707
§ 145 AO	Allgemeine Anforderungen an Buchführung und Aufzeichnungen	707
§ 146 AO	Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen	708
	Gesetzesmaterialien	709
1.)	Jahressteuergesetz 2009	709
2.)	Jahressteuergesetz 2010	709
	Anwendungserlass.	711
	Zu § 146 – Ordnungsvorschriften für die Buchführung und für Aufzeichnungen:	711
	Anweisungen	712
1.)	Verbuchung von Bargeschäften im Einzelhandel	712
2.)	Grundsätze ordnungsmäßiger DV-gestützter Buchführungssysteme (GoBS)	712
3.)	Ort der Buchführung und sonstiger Aufzeichnungen (§ 146 Abs. 2 AO); Verlagerung der Buchführung ins Ausland	712
4.)	Grundsätze zum Datenzugriff und zur Prüfbarkeit digitaler Unterlagen (GDPdU)	712
5.)	Fragen-Antwort-Katalog zum Verzögerungsgeld	712
6.)	Verlagerung der elektronischen Buchführung und von elektronischen Auf- zeichnungen ins Ausland	712
7.)	Grundsätze zur ordnungsmäßigen Führung und Aufbewahrung von Büchern, Aufzeichnungen und Unterlagen in elektronischer Form sowie zum Datenzugriff (GoBD).	714
	Rechtsprechung	714
1.)	Festsetzung von Verzögerungsgeld im Rahmen einer Außenprüfung	714
2.)	Verzögerungsgeld: Ermessensausübung – Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	714
3.)	Zu den Grundsätzen der Ausübung des Entschließungs- und Auswahlermessens bei der Festsetzung eines Verzögerungsgelds	715
§ 147 AO	Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	716
	Anwendungserlass.	717
	Zu § 147 – Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	717
§ 147a AO	Vorschriften für die Aufbewahrung von Aufzeichnungen und Unterlagen bestimmter Steuerpflichtiger	718
	Anwendungserlass.	718
	Zu § 147a – Ordnungsvorschriften für die Aufbewahrung von Unterlagen	718
§ 148 AO	Bewilligung von Erleichterungen	719
	Anwendungserlass.	719
	Zu § 148 – Bewilligung von Erleichterungen	719
§ 154 AO	Kontenwahrheit	720
	Anweisungen	722
1.)	Anwendungserlass zur Abgabenordnung (AEAO); Anpassung des AEAO zu § 154 an die Rechtsänderungen durch das Steuer- umgebungsbekämpfungsgesetz vom 23.06.2017 (BGBl. I S.1682)	722
	Festsetzungs- und Feststellungsverfahren	726
§ 158 AO	Beweiskraft der Buchführung	726
	Anwendungserlass.	726
	Zu § 158 – Beweiskraft der Buchführung	726

§ 159 AO	Nachweis der Treuhänderschaft	726
	Anwendungserlass.	727
	Zu § 159 – Nachweis der Treuhänderschaft	727
§ 160 AO	Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern	727
	Anwendungserlass.	727
	Zu § 160 – Benennung von Gläubigern und Zahlungsempfängern.	727
	Rechtsprechung	729
	1.) Nichtbenennung des Zahlungsempfängers	729
	2.) Rechtsnatur des Benennungsverlangens	729
	3.) Empfänger einer Betriebsausgabe	730
	4.) Verdeckte Betriebseinnahmen als zugeflossenes Darlehen	730
	5.) Benennungsverlangen.	731
	6.) Empfängerbezeichnung bei Zwischenschaltung einer ausländischen Domizilgesellschaft.	732
	7.) Durchlaufende Posten	732
	8.) Anforderungen an das Benennungsverlangen bei Geschäftsbeziehungen mit einer liechtensteinischen Domizilgesellschaft	732
	9.) Bürgschaft für ausländische Domizilgesellschaft	732
	10.) Rechtliche Bedeutung der Auskünfte des Bundesamtes für Finanzen	733
	11.) Benennungsverlangen bei sog. Commercial Paper Programmen	733
	12.) Zweck des § 160 Abs. 1 Satz 1 AO bei ausländischen Domizilgesellschaften bzw. Basisgesellschaften – Benennung des Zahlungsempfängers bei Erwerb einer Beteiligung an einer liechtensteinischen AG.	733
	13.) Bauabzugssteuer: Betriebsausgabenabzug für Zahlungen an inaktive ausländische Domizilgesellschaften trotz fehlender Empfängerbenennung	733
§ 162 AO	Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	734
	Gesetzesmaterialien	735
	1.) Steuervergünstigungsabbaugesetz	735
	2.) Unternehmensteuerreformgesetz 2008	735
	3.) Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	736
	4.) „Steueroasen“-Gesetz	736
	Anwendungserlass.	736
	Zu § 162 – Schätzung von Besteuerungsgrundlagen	736
	Anweisungen	737
	1.) Tatsächliche Verständigung über den der Steuerfestsetzung zugrundeliegenden Sachverhalt.	
	2.) Tatsächliche Verständigung über den der Steuerfestsetzung zugrundeliegenden Sachverhalt.	737
	3.) Folgen der Verletzung der Mitwirkungspflichten gem. § 90 Abs. 3 AO bei Auslands Sachverhalten; Festsetzung eines Zuschlages nach § 162 Abs. 4 AO.	737
	Rechtsprechung	741
	1.) Tatsächliche Verständigung	741
	2.) Anwendung mehrerer Schätzungsmethoden.	741
	3.) Zur Begründung der Höhe der Schätzung	741
	4.) Schätzung bei verletzter Mitwirkungspflicht	741
	5.) Hinzuschätzung von Einkünften aus Kapitalvermögen bei Verletzung der Mitwirkungspflicht	742
§ 165 AO	Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung	743
	Anwendungserlass.	743
	Zu § 165 – Vorläufige Steuerfestsetzung, Aussetzung der Steuerfestsetzung.	743
	Anweisungen	745
	1.) Stand der Doppelbesteuerungsabkommen und anderer Abkommen im Steuerbereich sowie der Abkommensverhandlungen am 01.01.2018; Vorläufige Steuerfestsetzungen	745
§ 167 AO	Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern ..	746
	Anwendungserlass.	746
	Zu § 167 – Steueranmeldung, Verwendung von Steuerzeichen oder Steuerstemplern ...	746

§ 168 AO	Wirkung einer Steueranmeldung	746
	Anwendungserlass.	746
	Zu § 168 – Wirkung einer Steueranmeldung.	746
§ 169 AO	Festsetzungsfrist	748
§ 170 AO	Beginn der Festsetzungsfrist (Auszug)	748
§ 174 AO	Widerstreitende Steuerfestsetzungen	749
	Anwendungserlass.	749
	Zu § 174 – Wirkung einer Steueranmeldung.	749
	Rechtsprechung	750
	1.) Zur Berücksichtigung ausländischer Steuerbescheide bei der Änderung widerstreitender Steuerfestsetzungen nach § 174 AO	750
	2.) Keine widerstreitenden Steuerfestsetzungen bei mehrfacher Berücksichtigungsmöglichkeit	750
§ 175 AO	Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden in sonstigen Fällen	751
	Anwendungserlass (Auszug)	751
§ 175a AO	Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	752
	Anwendungserlass.	752
	Zu § 175a – Umsetzung von Verständigungsvereinbarungen	752
§ 178a AO	Kosten bei besonderer Inanspruchnahme der Finanzbehörden	753
	Gesetzesmaterialien	753
	1.) Jahressteuergesetz 2007	753
	Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen, Festsetzung von Steuermeßbeträgen ..	753
§ 179 AO	Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	753
	Anwendungserlass.	753
	Zu § 179 – Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	753
§ 180 AO	Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	755
	Anwendungserlass.	756
	Zu § 180 – Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen	756
	Anweisungen	757
	1.) Gesonderte Feststellungen bei gleichen Sachverhalten nach der Verordnung zu § 180 Abs. 2 AO	757
	2.) Gewinnrealisierung bei Mitgliedern von Bau-Arbeitsgemeinschaften	757
	3.) Gesonderte und einheitliche Feststellung der Einkünfte aus ausländischen Personengesellschaften, Bauherrengemeinschaften und Grundstücksgemeinschaften, an denen mehrere Inländer beteiligt sind	758
	Rechtsprechung	760
	1.) Inhaltsadressat von Feststellungsbescheiden bei Besteuerungsgrundlagen einer Personengesellschaft	760
	2.) Feststellung von nach DBA von der Bemessungsgrundlage ausgenommenen Einkünften – Notwendige Beiladung zum Klageverfahren bei doppelstöckigen Personengesellschaften	760
	3.) Notwendige Beiladung der inländischen Gesellschafter einer inländischen Oberpersonengesellschaft wegen negativer Feststellung betreffend die ausländische Unterpersonengesellschaft	760
	Außenprüfung	761
§ 193 AO	Zulässigkeit einer Außenprüfung	761
	<i>Auszug aus der Betriebsprüfungsordnung 2000 (BpO)</i>	761
	III. Außenprüfung von Konzernen und sonstigen zusammenhängenden Unternehmen ..	761
	§ 13 Konzernprüfung	761
	§ 14 Leitung der Konzernprüfung	761
	§ 15 Einleitung der Konzernprüfung	761
	§ 16 Richtlinien zur Durchführung der Konzernprüfung	762
	§ 17 Abstimmung und Freigabe der Konzernprüfungsberichte	762
	§ 18 Außenprüfung bei sonstigen zusammenhängenden Unternehmen	762

§ 19 Außenprüfung bei international verbundenen Unternehmen	762
§ 33 Konzernverzeichnis	762
Anwendungserlass.	762
Zu § 193 – Zulässigkeit einer Außenprüfung	762
Anweisungen	763
1.) Einordnung in Größenklassen gem. § 3 BpO 2000	
a) Festlegung neuer Maßstäbe zum 01.01.2010	763
b) Festlegung neuer Maßstäbe zum 01.01.2013	763
c) Festlegung neuer Maßstäbe zum 01.01.2016	764
Rechtsprechung	765
1.) Prüfungsanordnung an ausländische Kapitalgesellschaft.	765
2.) Rechtmäßigkeit einer Außenprüfung bei einem Einkünfte-Millionär.	765
§ 194 AO Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	766
Anwendungserlass.	766
Zu § 194 – Sachlicher Umfang einer Außenprüfung	766
§ 195 AO Zuständigkeit	767
Anwendungserlass.	767
Zu § 195 – Zuständigkeit	767
§ 196 AO Prüfungsanordnung	768
Anwendungserlass.	768
Zu § 196 – Prüfungsanordnung	768
Anweisungen	769
1.) Hinweise auf die wesentlichen Rechte und Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen bei der Außenprüfung (§ 5 Abs. 2 Satz 2 BpO 2000)	769
§ 197 AO Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	770
Anwendungserlass.	770
Zu § 197 – Bekanntgabe der Prüfungsanordnung	770
§ 198 AO Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	771
Anwendungserlass.	771
Zu § 198 – Ausweispflicht, Beginn der Außenprüfung	771
§ 199 AO Prüfungsgrundsätze	771
§ 200 AO Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	772
Anwendungserlass.	772
Zu § 200 – Mitwirkungspflichten des Steuerpflichtigen	772
§ 201 AO Schlussbesprechung	773
Anwendungserlass.	773
Zu § 201 – Schlussbesprechung	773
§ 202 AO Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	774
Anwendungserlass.	774
Zu § 202 – Inhalt und Bekanntgabe des Prüfungsberichts	774
§ 203 AO Abgekürzte Außenprüfung	774
Anwendungserlass.	774
Zu § 203 – Abgekürzte Außenprüfung	774
§ 204 AO Voraussetzung der verbindlichen Zusage	775
Anwendungserlass.	775
Zu § 204 – Voraussetzung der verbindlichen Zusage	775
Anweisungen	775
1.) Auskunft mit Bindungswirkung nach Treu und Glauben (verbindliche Auskunft)	775
2.) Tatsächliche Verständigung	778
3.) Verlustzuweisungsgesellschaften – Ablehnung von verbindlichen Auskünften	778
Rechtsprechung	778
1.) Wirksamkeit einer bindenden Zusage des Finanzamts.	778
2.) Bindungswirkung einer Auskunft	778

§ 205 AO	Form der verbindlichen Zusage	779
	Anwendungserlass.	779
	Zu § 205 – Form der verbindlichen Zusage.	779
	Rechtsprechung	779
	1.) Prüferzusagen	779
§ 206 AO	Bindungswirkung	779
	Anwendungserlass.	779
	Zu § 206 – Bindungswirkung.	779
	Rechtsprechung	779
	1.) Wirksamkeit einer bindenden Zusage des Finanzamts.	779
§ 207 AO	Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	780
	Anwendungserlass.	780
	Zu § 207 – Außerkräfttreten, Aufhebung und Änderung der verbindlichen Zusage	780
§ 208 AO	Steuerfahndung (Zollfahndung)	781
	Anwendungserlass.	781
	Zu § 208 – Steuerfahndung, Zollfahndung	781
	Anweisungen	782
	1.) Aufgaben und Befugnisse der Steuerfahndung.	782
	2.) Merkblatt über die Rechte und Pflichten des Steuerpflichtigen bei Prüfung durch die Steuerfahndung nach § 208 Abs. 1 Nr. 3 AO	782
	Rechtsprechung	783
	1.) Tätigkeit der Steuerfahndung auch im Besteuerungsverfahren	783
	2.) Sammelersuchen der Steuerfahndung an ein Kreditinstitut	783
	3.) Anforderungen an ein Auskunftersuchen	783
	4.) Anfangsverdacht	783
	5.) Keine unzulässige Rasterfahndung bei Sammelauskunftersuchen an Kreditinstitute	783
	6.) Sammelauskunftersuchen der Steuerfahndung zu Daten der Nutzer einer Internethandelsplattform.	784
§ 354 AO	Einspruchsverzicht	786
§ 362 AO	Rücknahme des Einspruchs	786
§ 50 FGO	[Klageverzicht]	787
§ 72 FGO	[Zurücknahme der Klage]	787
A. IV.	Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe	789
1.	Nationales deutsches Recht (Auszug aus der Abgabenordnung)	789
§ 117 AO	Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	789
	Anwendungserlass.	790
	Zu § 117 – Zwischenstaatliche Rechts- und Amtshilfe in Steuersachen	790
	Parlamentarische Anfragen	790
	0.1.) Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steueroasen	790
	0.2.) Drohende Verjährung von Steuerdelikten	790
	0.3.) Umsetzung des Informationsaustauschs in Steuersachen in den Jahren 2019 und 2020	791
§ 117a AO	Übermittlung personenbezogener Daten an Mitgliedstaaten der Europäischen Union	797
§ 117b AO	Verwendung von den nach dem Rahmenbeschluss 2006/960/JI übermittelten Daten	798
§ 117c AO	Umsetzung innerstaatlich anwendbarer völkerrechtlicher Vereinbarungen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten	803
	Gesetzesmaterialien	
	1.) AIFM-Steueranpassungsgesetz.	804

Verordnung zur Umsetzung der Verpflichtungen aus dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei internationalen Sachverhalten und hinsichtlich der als Gesetz über die Steuerehrlichkeit bezüglich Auslandskonten bekannten US-amerikanischen Informations- und Meldebestimmungen (FATCA-USA-Umsetzungsverordnung – FATCA-USA-UmsV)	808
Anweisungen	818
1.) Automatischer Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem FATCA-Abkommen vom 31.05.2013; Veröffentlichung des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes	818
2.) Automatischer Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika; Anwendungsfragen im Zusammenhang mit dem FATCA-Abkommen	818
3.) Automatischer Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika; Abschluss einer nach Artikel 3 Absatz 6 des zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika abgeschlossenen FATCA-Abkommens vom 31.05.2013 getroffenen Abmachung	818
4.) Automatischer Informationsaustausch mit den Vereinigten Staaten von Amerika nach dem FATCA-Abkommen vom 31.05.2013; Veröffentlichung des amtlich vorgeschriebenen Datensatzes und Nichtbeanstandungsregelung bei Meldungen der Finanzinstitute für das Kalenderjahr 2016.	821
§ 117dAO Statistiken über die zwischenstaatliche Amts- und Rechtshilfe	822
Gesetzesmaterialien	822
1.) „Jahressteuergesetz 2019“	822
2. Zwischenstaatliche Amtshilfe (Auskunfts austausch)	823
2.1. EU- bzw. EG-Amtshilfegesetz	823
2.1.1 Gesetz über die Durchführung EG-Richtlinie über die gegenseitige Amtshilfe im Bereich der direkten Steuern, bestimmter Verbrauchsteuern und der Steuern auf Versicherungsprämien (EG-Amtshilfe-Gesetz – EGAHiG).	823
2.1.2 Gesetz über die Durchführung der gegenseitigen Amtshilfe in Steuersachen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-Amtshilfegesetz – EUAHiG).	823
§ 1 Anwendungsbereich und anzuwendendes Recht	824
§ 2 Begriffsbestimmungen	824
§ 3 Zuständigkeit und Prüfungsbefugnisse	826
§ 4 Ersuchen von anderen Mitgliedstaaten	826
§ 5 Fristen	827
§ 6 Ersuchen an andere Mitgliedstaaten	827
§ 7 Automatische Übermittlung von Informationen	827
§ 8 Spontane Übermittlung von Informationen an andere Mitgliedstaaten	831
§ 9 Spontane Übermittlung von Informationen durch andere Mitgliedstaaten	831
§ 10 Anwesenheit von Bediensteten anderer Mitgliedstaaten im Inland	831
§ 11 Anwesenheit von inländischen Bediensteten in anderen Mitgliedstaaten	831
§ 12 Gleichzeitige Prüfung	831
§ 13 Zustellungsersuchen an andere Mitgliedstaaten	832
§ 14 Zustellungsersuchen von anderen Mitgliedstaaten	832
§ 15 Verwendung von Informationen und Dokumenten	832
§ 16 Rückmeldungen	833
§ 17 Standardformblätter und Kommunikationsmittel	833
§ 18 Informationsübermittlung an Drittstaaten	833
§ 19 Datenschutz und Zweckbestimmung	833
§ 20 Statistiken zum automatischen Auskunfts austausch	834
§ 21 Übergangsvorschriften	834
Gesetzesmaterialien	835
1.) Amtshilferichtlinie-Umsetzungsgesetz	835
2.) Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	849

2.2. Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz (FKAustG)	859
Abschnitt 1 Allgemeine Bestimmungen	860
§ 1 Anwendungsbereich	860
§ 2 Gemeinsamer Meldestandard	860
§ 3 Pflichten der Finanzinstitute	861
§ 3a Pflichten der Kontoinhaber und der Antragsteller	861
§ 4 Zuständige Behörde	861
§ 5 Aufgaben des Bundeszentralamts für Steuern	861
§ 6 Ansässigkeit; Zeitpunkt der Erstanwendung	862
Abschnitt 2 Melde- und Sorgfaltspflichten für Informationen über Finanzkonten	862
§ 7 Melde- und Sorgfaltspflichten für Informationen über Finanzkonten	862
§ 8 Allgemeine Meldepflichten	862
§ 9 Allgemeine Sorgfaltspflichten	863
§ 10 Sorgfaltspflichten bei bestehenden Konten natürlicher Personen	864
§ 11 Konten von geringerem Wert	864
§ 12 Konten von hohem Wert	865
§ 13 Sorgfaltspflichten bei Neukonten natürlicher Personen	866
§ 14 Sorgfaltspflichten bei bestehenden Konten von Rechtsträgern	867
§ 15 Überprüfungszeitraum und zusätzliche Verfahren für bestehende Konten von Rechts-trägern	868
§ 16 Sorgfaltspflichten bei Neukonten von Rechtsträgern	868
§ 17 Besondere Sorgfaltsvorschriften	869
§ 18 Zusammenfassung von Kontosalen und Währungen	870
§ 19 Begriffsbestimmungen	870
§ 20 Sonstige Begriffsbestimmungen	880
Abschnitt 3 Ergänzende Melde- und Sorgfaltsvorschriften für Informationen über Finanzkonten	881
§ 21 Änderung der Gegebenheiten	881
§ 22 Selbstauskunft bei Neukonten von Rechtsträgern	881
§ 23 Ansässigkeit eines Finanzinstituts	881
§ 24 Geführte Konten	881
§ 25 Trusts, die passive NFEs sind	882
§ 26 Anschrift des Hauptsitzes eines Rechtsträgers	882
§ 27 Anwendungsbestimmung	882
§ 28 Bußgeldvorschriften	882
Gesetzesmaterialien	883
1.) FKAustG	883
2.) „Steueroasen“-Gesetz	884
Anweisungen	886
1a.) Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe durch Informationsaustausch in Steuersachen; Stand 1. Januar 2019 – Merkblatt „Auskunfts-austausch“ 2019	886
1b.) Anwendung der Abkommen über den steuerlichen Informationsaustausch (Tax-Information Exchange Agreement – TIEA)	924
1c.) Merkblatt zum verpflichtenden automatischen und spontanen Austausch verbindlicher Auskünfte, verbindlicher Zusagen und Vorabzusagen zu Verrechnungspreisen im Zusammenhang mit grenzüberschreitenden Sachverhalten	927
1d.) Merkblatt über koordinierte steuerliche Außenprüfungen mit Steuerverwaltungen anderer Staaten und Gebiete	935

2.)	Verfahren der britischen Steuerverwaltung bei Auskunftersuchen, die an Banken zu richten sind	947
3.)	Auskunfts austausch über Arbeitslöhne von in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen und in anderen EU-Mitgliedstaaten tätigen Arbeitnehmern	947
4.)	Spontanauskünfte an Steuerverwaltungen osteuropäischer Staaten	947
5.)	Auskünfte nach Ermittlungen bei Kreditinstituten	947
6.)	Vereinbarung mit dem Königreich der Niederlande über den Auskunfts austausch auf steuerlichem Gebiet.	947
7.)	Anhörung des inländischen Beteiligten in den Fällen des § 91 Abs. 2 Nr. 3 AO ..	947
8.)	Amtshilfe in Umsatzsteuersachen innerhalb der EU-Staaten.	947
9.)	Abprache zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Französischen Republik über den Auskunfts austausch	947
10.)	Zwischenstaatliche Amtshilfe in Steuersachen mit Frankreich; Delegation von Zuständigkeiten nach § 1a EG-Amtshilfegesetz	947
11.)	Abprache zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Dänemark über gegenseitige Amtshilfe	947
12.)	Abprache zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und der zuständigen Behörde der Tschechischen Republik über die gegenseitige Amtshilfe; Delegation von Zuständigkeiten nach § 1a EG-Amtshilfe-Gesetz	947
13.)	Abprache zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Litauen über die gegenseitige Amtshilfe.	948
14.)	Abprache zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Estland über die gegenseitige Amtshilfe	948
15.)	Abprache zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Lettland über die gegenseitige Amtshilfe	948
16.)	Spontanauskünfte (Kontrollmitteilungen) nach dem EG-Amtshilfegesetz (EGAHiG); BFH-Beschluss vom 15.02.2006 – I B 87/05	948
17.)	Abprache zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Ungarn über die gegenseitige Amtshilfe	948
18.)	Abprache zwischen dem Bundesministerium der Finanzen und der zuständigen Behörden der Tschechischen Republik über die gegenseitige Amtshilfe; Änderung der Nummer 1 der Abprache vom 30.08.2005	948
19.)	Zwischenstaatliche Amtshilfe durch Auskunftsaustausch in Steuersachen; Aktuelle länderspezifische Besonderheiten.	948
20.)	DBA-Schweiz; Anforderungen an ein Auskunftersuchen nach Ziffer 3 Buchstabe b des Protokolls zu Artikel 27 DBA-Schweiz i. d. F. des Änderungsprotokolls vom 27.10.2010	950
21.)	Zusammenarbeit mit den USA zur Bekämpfung der Steuerhinterziehung soll verbessert werden	950
22.)	Weitere Schritte zur Bekämpfung der internationalen Steuerhinterziehung – Musterabkommen über Informationsaustausch im Verhältnis zu den USA sowie US-amerikanischen Quellensteuerabzug veröffentlicht	950
23.)	Abkommen zur Förderung der Steuerehrlichkeit bei grenzüberschreitenden Sachverhalten von Deutschland und den USA paraphiert	950
24.)	Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien und Spanien vereinbaren untereinander einen erweiterten Informationsaustausch	950
25.)	Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Kanada zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und bestimmter anderer Steuern, zur Verhinderung der Steuerverkürzung und zur Amtshilfe in Steuersachen (deutsch-kanadisches Doppelbesteuerungsabkommen); Vereinbarung zwischen den zuständigen Behörden der Bundesrepublik Deutschland und Kanadas nach Artikel 27 (Amtshilfe bei der Steuererhebung) des deutsch-kanadischen Doppelbesteuerungsabkommens	950

26.)	Erklärung der Finanzminister Deutschlands, Frankreichs, Großbritanniens, Italiens und Spaniens (G5)	950
27.)	Kampf gegen Steuerflucht: EU beschließt automatischen Informationsaustausch	950
28.)	Standard für den automatischen Austausch von Finanzinformationen in Steuersachen	950
29.)	Automatischer Informationsaustausch nach dem Common Reporting Standard sowie dem FKAustG; Veröffentlichung der amtlichen Datensatzbeschreibung. . .	951
30.)	Automatischer Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen nach dem Finanzkonten-Informationsaustauschgesetz – FKAustG; Bekanntmachung einer finalen Staatsenaustauschliste im Sinne des § 1 Absatz 1 FKAustG für den automatischen Austausch von Informationen über Finanzkonten in Steuersachen zum 31.12.2021	952
31.)	Gemeinsame Erklärung der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland und der zuständigen Behörde der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung des spontanen Austauschs länderbezogener Berichte für 2016 beginnende Wirtschaftsjahre.	957
32.)	Gemeinsame Erklärung der zuständigen Behörde der Bundesrepublik Deutschland und der zuständigen Behörde der Vereinigten Staaten von Amerika über die Durchführung des spontanen Austauschs länderbezogener Berichte für 2017 beginnende Wirtschaftsjahre.	957
33.)	Weltweit agierendes Vermittlungsportal für Buchung und Vermittlung von Unterkünften liefert Kontrolldaten an die Hamburger Steuerfahndung	957
34.)	Gemeinsame Absichtserklärung des Bundesministeriums der Finanzen der Bundesrepublik Deutschland und des Ministerie van Financiën der Niederlande über den direkten grenzüberschreitenden Auskunftsaustausch im Bereich der direkten Steuern	957
	Rechtsprechung	958
1.)	Verpflichtung Dritter (Banken) zur Auskunftserteilung (DBA-Schweden)	958
2.)	Zur Passivlegitimation für eine Klage auf Unterlassung einer Auskunft an eine ausländische Steuerbehörde	958
3.)	Gefahr der Beeinträchtigung der Geschäftsbeziehungen	958
4.)	Spontanauskunft bei einem Zahlungsvorgang	958
5.)	Zulässigkeit von Spontanauskünften (DBA-USA)	958
6.)	Spontanauskunft an italienische Steuerbehörden	958
7.)	Weitergabe von bei einer Durchsuchung gewonnenen Information	959
8.)	Spontanauskunft nach der EG-Amtshilfe-Richtlinie	959
9.)	Auskunftserteilung an eine ausländische Finanzbehörde	959
10.)	Zulässigkeit von Spontanauskünften (DBA-USA)	959
11.)	Zulässigkeit von Spontanauskünften (Kontrollmitteilungen) an EU-Mitgliedstaaten; Erlass einer einstweiligen Anordnung gegen beabsichtigte Weiterleitung	960
12.)	Ermittlungspflichten des FA vor einer öffentlichen Zustellung wegen „unbekannten Aufenthaltsorts“	960
13.)	Nach der EU-Amtshilferichtlinie besteht keine Verpflichtung, den Steuerpflichtigen über das Auskunftersuchen zu informieren	961
14.)	Informationsaustausch im Rahmen des BEPS-Aktionsplans der OECD	961
15.)	Gerichtliche Kontrolle der Rechtmäßigkeit eines Auskunftersuchens; Voraussetzung der „voraussichtlichen Erheblichkeit“	961
3.	Zwischenstaatliche Amtshilfe bei der Steuererhebung (Beitreibung)	963
3.1.	EU- bzw. EG-Beitreibungsgesetz	963
3.1.1.	Gesetz zur Durchführung der EG-Beitreibungsrichtlinie (EG-Beitreibungsgesetz – EG-BeitrG)	963
3.1.2.	Gesetz über die Durchführung der Amtshilfe bei der Beitreibung von Forderungen in Bezug auf bestimmte Steuern, Abgaben und sonstige Maßnahmen zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU-Beitreibungsgesetz – EUBeitrG)	963
3.2.	Merkblatt zur zwischenstaatlichen Amtshilfe bei der Steuererhebung (Beitreibung)	983
	Rechtsprechung	1010
1.)	Bundesfinanzhof bestätigt Rechtmäßigkeit eines Beitreibungsersuchens in das EG-Ausland	1010

2.)	Pfändung eines Erstattungsanspruchs aufgrund eines per E-Mail übermittelten Beitreibungsersuchens	1011
3.)	Zur Beitreibung nach dem EUBetrG unter Berücksichtigung des BMF-Schreibens betreffend „Steuerliche Maßnahmen zur Berücksichtigung des Coronavirus COVID-19/SARS-CoV-2“ vom 19.03.2020	1011
4.	Zwischenstaatliche Rechtshilfe in Steuerstrafsachen	1012
4.1.	Merkblatt zur zwischenstaatlichen Rechtshilfe in Steuerstrafsachen	1012
4.2.	Vereinfachung des Austauschs von Informationen und Erkenntnissen zwischen den Strafverfolgungsbehörden der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (sog. Schwedische Initiative) im Bereich der Steuerfahndung	1029
	Rechtsprechung	1034
1.)	Finanzrechtsweg für Untersagung der Weitergabe von Beweismaterial aus Bankdurchsuchung	1034
A. V.	Mitwirkung des Bundeszentralamtes für Steuern	1035
I.	Auszug aus dem Gesetz über die Finanzverwaltung	1035
§ 5	FVG Aufgaben des Bundeszentralamtes für Steuern	1035
	Gesetzesmaterialien	1040
1.)	„Jahressteuergesetz 2019“	1040
2.)	JStG 2020	1041
3.)	„Steueroasen“-Gesetz	1042
§ 5a	FVG Aufgaben und Gliederung der Generalzolldirektion	1042
§ 19	FVG Mitwirkung des Bundeszentralamtes für Steuern an Außenprüfungen	1042
	<i>Auszug aus der Betriebsprüfungsordnung 2000 (BpO)</i>	1043
	IV. Mitwirkung des Bundes an Außenprüfungen der Landesfinanzbehörden	1043
§ 20	Art der Mitwirkung	1043
§ 21	Auswahl der Betriebe und Unterrichtung über die vorgesehene Mitwirkung	1043
§ 22	Mitwirkung durch Prüfungstätigkeit	1044
§ 23	Auswertung der Prüfungsfeststellungen	1044
§ 24	Verfahren bei Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Bundeszentralamt für Steuern und der Landesfinanzbehörde	1044
§ 21a	FVG Allgemeine Verfahrensgrundsätze – Auszug –	1044
II.	Zuständigkeit für die Besteuerung nach § 50a EStG	1045
	Verordnung zur Übertragung der Zuständigkeit für das Steuerabzugs- und Veranlagungsverfahren nach den §§ 50 und 50a des Einkommensteuergesetzes auf das Bundeszentralamt für Steuern und zur Regelung verschiedener Anwendungszeitpunkte und weiterer Vorschriften	1045
III.	Überblick über Aufgaben und Arbeitsweise des Bundeszentralamtes für Steuern	1049
1.)	Zentrale Sammlung und Auswertung von Unterlagen über steuerliche Auslandsbeziehungen – Beziehungen eines Steuerinländers zum Ausland und eines Steuerausländers zum Inland	1049
2.)	Entlastung vom Steuerabzug vom Arbeitslohn auf Grund von Doppelbesteuerungsabkommen	1053
3.)	Übertragung von Teilbereichen der Aufgabe „Internationale Rechts- und Amtshilfe“ (§ 5 Abs. 1 Nr. 5 FVG)	1053
4.)	Verlagerung von Aufgabenbereichen des Bundesministeriums der Finanzen an das Bundesamt für Finanzen	1054
5.)	Aufgaben des Bundeszentralamtes für Steuern gemäß § 5 Absatz 1 Nr. 5 Finanzverwaltungsgesetz	1054

B. Steuerinländer mit Ausländerbeziehungen

B. I. Einkommensteuer	1055
§ 1 EStG Steuerpflicht	1055
Gesetzesmaterialien	1057
1.) Jahressteuergesetz 2008	1057
2.) Kroatien-AnpG	1057
3.) Steueränderungsgesetz 2015	1057
ESTR R 1 Steuerpflicht	1057
Anweisungen	1058
1.) Umsetzung des EuGH-Urteils vom 14. Februar 1995 – Schumacker-Urteil – im Rahmen des JStG 1996	1058
2.) Deutsche Bedienstete bei den Vereinten Nationen – Besteuerung der Einkünfte aus selbständiger Arbeit, die im Inland verwertet wird	1058
3.) Auslandslehrer und andere im Ausland beschäftigte deutsche nicht entsandte Arbeitnehmer	1058
4.) Besteuerung der in die USA vermittelten Lehrkräfte und anderer nicht entsandter Arbeitnehmer	1059
5.) Anwendung des § 1 Abs. 2 oder 3 EStG (für VZ ab 1996: § 1 Abs. 3 i. V. m. § 1a Abs. 2 EStG 1996)	1059
6.) Erweiterte unbeschränkte ESt-Pflicht nach § 1 Abs. 2 EStG und unbeschränkte ESt-Pflicht auf Antrag nach § 1 Abs. 3 i. V. m. § 1a Abs. 2 EStG; Billigkeitsregelung	1060
7.) Berücksichtigung ausländischer Einnahmen bei der Prüfung der in § 1 Abs. 3 und § 1a Abs. 1 Nr. 2 EStG genannten Einkunftsgrenzen	1061
8.) Unbeschränkte Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG und Frage der Ansässigkeit in der Schweiz	1062
9.) Berücksichtigung ausländischer Verhältnisse (Ländergruppeneinteilung ab 01.01.2010)	1062
10.) Berücksichtigung ausländischer Verhältnisse (Ländergruppeneinteilung ab 01.01.2012)	1062
11.) Berücksichtigung ausländischer Verhältnisse (Ländergruppeneinteilung ab 01.01.2014)	1062
12.) Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG von in der Türkei ansässigen beschränkt Steuerpflichtigen mit Alterseinkünften in Deutschland	1062
13.) Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG von in den Niederlanden ansässigen beschränkt Steuerpflichtigen mit Alterseinkünften in Deutschland	1063
14.) Berücksichtigung ausländischer Verhältnisse (Ländergruppeneinteilung ab 01.01.2017)	1063
15.) Steuerpflicht nach dem EStG bei Arbeitnehmern (Abgrenzung unbeschränkter/ beschränkter Einkommensteuerpflicht)	1063
Rechtsprechung	1069
1.) Auslandslehrer	1069
2.) Steuerbefreiung nach dem Nato-Truppen-Statut	1069
3.) Wohnsitz in Büsingen	1070
4.) Im Ausland steuerpflichtige Einnahmen	1070
5.) Weiterbenutzung einer inländischen Wohnung trotz Umzugs ins Ausland	1070
6.) Nur ein ESt-Bescheid beim Wechsel zur erweiterten unbeschränkten ESt-Pflicht	1070
7.) Steuerpflicht niederländischer Grenzgänger	1070
8.) Steuerstatus im Inland ansässiger ausländischer Konsularbeamter	1071
9.) Unbeschränkte Einkommensteuerpflicht trotz Lebensmittelpunkt im Ausland	1071
10.) Behandlung von inländischen Dividenden und Anrechnung von Körperschaftsteuer in den Fällen der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG	1071

11.)	Erweiterte unbeschränkte Einkommensteuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG bei Mitarbeitern des Goethe-Instituts	1071
12.)	Nachforderung von Lohnsteuer bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen der unbeschränkten Einkommenssteuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG	1072
13.)	Steuerfreiheit für Zukunftssicherungsleistungen des Arbeitgebers nur bei Zahlungen aufgrund gesetzlicher Verpflichtung	1072
14.)	Beschränkung des Sonderausgabenabzugs bei Grenzgängern verstößt nicht gegen Europarecht	1072
15.)	Keine Anwendung der sog. Rückfallregelung des § 50d Abs. 9 EStG bei unbeschränkter Steuerpflicht auf Antrag nach § 1 Abs. 3 EStG	1073
16.)	Kein Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 62 EStG für Zukunftssicherungsleistungen eines inländischen Arbeitgebers an ausländische Versicherungsunternehmen auf vertraglicher Grundlage	1073
17.)	Nachweis der Höhe der nicht der deutschen Steuer unterliegenden Einkünfte. . .	1073
18.)	Keine Eigenheimzulage für Zweitobjekt im EU-Ausland	1073
19.)	Fiktive unbeschränkte Einkommensteuerpflicht: Einbeziehung von der Abgeltungsteuer unterliegenden Kapitaleinkünften bei der Berechnung der Einkunftsgrenzen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 EStG 2009	1074
20.)	Kindergeld, Nachweis der Behandlung nach § 1 Abs. 3 EStG	1074
21.)	Kindergeld bei unbeschränkter Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG	1074
22.)	Keine Eigenheimzulage für Immobilienobjekt im EU-Ausland	1075
23.)	Unbeschränkte Steuerpflicht bei inländischem Wohnsitz trotz Lebensmittelpunkts im Ausland	1075
§ 1a	EStG Familienbezogene Steuerentlastungen für Staatsangehörige bestimmter Staaten	1076
	Gesetzesmaterialien.	1077
1.)	Jahressteuergesetz 2008	1077
2.)	Jahressteuergesetz 2010	1077
3.)	Zollkodex-AnpG	1077
	Hinweise.	1078
	Anweisungen	1080
1.)	Anwendung von § 1a Absatz 1 Nummer 2 i. V. m. § 1 Absatz 3 EStG bei Ansässigkeit von Personen in Staaten mit verschiedener Ländergruppeneinteilung .	1080
2.)	EuGH-Urteil vom 28.02.2013 in der Rechtssache C-425/11 (Ettwein) – § 1a EStG bei Wohnsitz Schweiz; BMF-Schreiben zur Umsetzung des EuGH-Urteils.	1080
3.)	§ 1a Abs. 1 Nr. 2 i. V. m. § 1 Abs. 3 EStG; Prüfung der Einkommensgrenzen bei Antrag auf Zusammenveranlagung nach § 1a Abs. 1 Nr. 2 EStG i. V. m. § 1 Abs. 3 EStG	1081
	Rechtsprechung	1082
1.)	Rückwirkende Anwendung der Splittingtabelle bei verheirateten EG-Ausländern	1082
2.)	Verheiratete EG-Ausländer mit wesentlichen Auslandseinkünften	1082
3.)	Einkunftsgrenzen in § 1a EStG mit Gemeinschaftsrecht vereinbar.	1082
4.)	Einkunftsgrenzen in § 1a EStG mit Gemeinschaftsrecht vereinbar.	1082
5.)	Europarechtskonformität des Realsplitting	1083
6.)	Sind nach ausländischem Recht steuerfreie Einkünfte für die Berechnung der Einkunftsgrenze in § 1a Abs. 1 Nr. 2 EStG zu berücksichtigen?	1083
7.)	Im Ausland steuerfreie Einkünfte dürfen bei der Prüfung der Einkommensgrenze des § 1a EStG aus EU-rechtlichen Gründen nicht berücksichtigt werden	1083
8.)	Zusammenveranlagung von unbeschränkt einkommensteuerpflichtigen Staatsangehörigen der EU/des EWR mit ihren im EU/EWR-Ausland lebenden Ehegatten	1084
9.)	Zusammenveranlagung bei Wohnsitzverlegung in die Schweiz	1084
10.)	Grenzpendler: Zusammenveranlagung trotz hoher Kapitalerträge	1084
11.)	Zusammenveranlagung bei fiktiver unbeschränkter Steuerpflicht: Berechnung der Einkunftsgrenzen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 1a Abs. 1 EStG 2002	1085

12.)	Ehegattensplitting bei fiktiver unbeschränkter Einkommensteuerpflicht: einstufige und gemeinsame Prüfung der Einkunftsgrenzen	1085
13.)	Abzug ausländischer Sozialversicherungsbeiträge des Ehegatten i. S. des § 1a Abs. 1 Nr. 2 EStG	1085
§ 2	EStG Umfang der Besteuerung, Begriffsbestimmungen	1087
	EStR R 2 Umfang der Besteuerung	1089
	Anweisungen	1090
1.)	Vermeidung der Doppelbelastung im Verhältnis zu Chile: „sociedad de responsabilidad limitada“ als Personengesellschaft oder Kapitalgesellschaft	1090
2.)	Inländische Behandlung der sogenannten „non-resident limiteds“ (Gesellschaften britischen Rechts)	1091
3.)	Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	1091
4.)	Anschaffungskosten einer wesentlichen Beteiligung bei Wechsel von der beschränkten zur unbeschränkten Steuerpflicht	1093
5.)	Grundstücksgeschäfte ausländischer Domizilgesellschaften, insbesondere steuerliche Beurteilung und Kontrollverfahren	1093
	Rechtsprechung	1105
1.)	Vorbereitende Aufwendungen	1105
2.)	Verluste aus Rinderzucht in Paraguay	1105
3.)	Fremdwährungsgeschäfte mit überhöhter Spanne und gleichartige Gegengeschäfte	1105
4.)	Ermittlung des Veräußerungsgewinns einer wesentlichen Beteiligung	1106
5.)	Kursverluste aus Fremdwährungsdarlehen	1106
6.)	Schuldzinsenabzug bei Umwidmung der Darlehensmittel	1106
7.)	Werbungskosten beim Wechsel der persönlichen Steuerpflicht	1106
§ 2a	EStG Negative Einkünfte mit Bezug zu Drittstaaten	1107
	Literatur (Wpg)	1108
	Gesetzesmaterialien	1109
1.)	Jahressteuergesetz 2009	1109
	EStR R 2a Negative ausländische Einkünfte	1114
	Hinweise	1115
	Anweisungen	1118
1.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts	1118
2.)	Nachversteuerung (Hinzurechnungsbetrag) nach § 2a Abs. 3 Satz 3 EStG	1118
3.)	Nachversteuerung nach § 2a Abs. 3 EStG bei Verlusten aus österreichischen Betriebsstätten	1119
4.)	Nachversteuerung gemäß § 2 Abs. 1 Satz 3 AIG	1119
5.)	Gesonderte Feststellung der verbleibenden Hinzurechnungsbeträge nach § 2a Abs. 3 S. 5, 6 EStG	1120
6.)	Ertragsteuerrechtliche Behandlung von Film- und Fernsehfonds	1121
7.)	Ertragsteuerliche Behandlung von Film- und Fernsehfonds	1123
8.)	Anwendung der Verlustabzugsbeschränkung nach § 2a EStG auf negative Einkünfte aus der Vermietung von Flugzeugen	1123
9.)	Vorlage an den EuGH zur Vereinbarkeit des § 2a Abs. 1 Satz 1 Nr. 4 EStG 1987 mit der Niederlassungs- und Verkehrsfreiheit der Art. 43 und 56 EGV n. F.; Ruhen des Verfahrens in vergleichbaren Fällen	1123
10.)	§ 2a Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 Buchstabe a EStG – Anwendung bei einem in einem EU-Mitgliedstaat belegenen, zu eigenen Wohnzwecken genutzten Haus – Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 21. Februar 2006 in der Rechtssache C-152/03 „Ritter-Coulais“	1124
11.)	§ 2a Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Buchstabe a EStG; Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 29.03.2007 in der Rechtssache C-347/04 „Rewe Zentralfinanz“	1124
12.)	Negative ausländische Einkünfte (§ 2a EStG): EG-rechtskonforme Anwendung des § 2a Abs. 1 EStG	1125
13.)	Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 29. Januar 2008, I R 85/06; Nichtanwendung dieser Urteilsgrundsätze in vergleichbaren Fällen	1126

14.)	Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 17.07.2008 – IR 84/04; Nichtanwendung der Urteilsgrundsätze in vergleichbaren Fällen	1127
15.)	EuGH-Urteil in der Rechtssache C-293/06 „Deutsche Shell“	1127
16.)	Berücksichtigung von grenzüberschreitenden Verlusten; Argumentationspapier zur Anwendung des EuGH-Urteils in der Rechtssache C-414/06 „Lidl Belgium“ vom 15.05. 2008	1128
17.)	Vererbbarkeit von Verlusten; Auswirkungen des Beschlusses des Großen Senats des Bundesfinanzhofs vom 17.12.2007 (GrS 2/04; BStBl. 2008 II S. 608) auf den Verlustausgleich; Übertragbarkeit des Beschlusses auf andere Verlustverrechnungskreise	1129
18.)	Bericht der Facharbeitsgruppe „Verlustverrechnung und Gruppenbesteuerung“	1132
19.)	Ertragsteuerliche Problematik bei der Bewirtschaftung von Forstplantagen in Mittelamerika: Abgrenzung zu geschlossenen Fonds, Rundholzkauflverträgen und Baumsparverträgen	1132
	Rechtsprechung	1136
1.)	Zur Rechtmäßigkeit des § 2a EStG	1136
2.)	Entscheidung über Hinzurechenbarkeit eines ausländischen Betriebsstättengewinns	1136
3.)	Darlehensverlust aus der Beteiligung an einer US-amerikanischen Personengesellschaft	1136
4.)	Handel mit Grundstücken keine „Lieferung von Waren“ im Sinne von § 2a Abs. 2 EStG	1136
5.)	Bundesfinanzhof hält Nichtberücksichtigung ausländischer Verluste für gemeinschaftsrechtswidrig	1136
6.)	Handel mit Munition keine „Lieferung von Waffen“ im Sinne von § 2a Abs. 2 EStG	1137
7.)	Verbot der Berücksichtigung von Teilwertabschreibungen auf Beteiligungen an ausländischen Kapitalgesellschaften in § 2a EStG gemeinschaftsrechtswidrig?	1137
8.)	Zeitliche Beschränkung des Verlustabzugs nach § 2a EStG vor 1992 entfällt auch für Altverluste aus den Veranlagungszeiträumen ab 1985	1137
9.)	Ist die Nichtberücksichtigung ausländischer Betriebsstättenverluste mit EU-Recht vereinbar?	1137
10.)	Gemeinschaftsrechtswidrigkeit der Versagung des negativen Progressionsvorbehalts bei negativen Einkünften aus der Nutzungswertbesteuerung	1138
11.)	Verbot der Teilwertabschreibung auf Beteiligungen an ausländischen Tochtergesellschaften nicht mit EU-Recht vereinbar	1138
12.)	Nichtberücksichtigung von Betriebsstättenverlusten aus Drittstaaten (hier: USA) mit EU-Recht vereinbar	1139
13.)	Abzugsausschluss von Verlusten aus ausländischen Fremdenverkehrsleistungen gemäß § 2a Abs. 3 EStG 1990 gemeinschaftsrechtswidrig	1139
14.)	Zur Vereinbarkeit der Nichtberücksichtigung von Betriebsstättenverlusten aus EU-Staaten mit dem EU-Recht	1140
15.)	Standardsoftware als „Ware“ i.S. des § 2a Abs. 2 EStG	1141
16.)	Hinzurechnung nach § 2a Abs. 3 EStG a. F. (jetzt § 52 Abs. 3 Satz 5 EStG) steht Art. 31 des EWR-Abkommens nicht entgegen, auch wenn der ausländische Staat selbst keinen Verlustvortrag zulässt	1141
17.)	Vereinbarkeit von § 2a Abs. 3 EStG a.F. mit europäischem Gemeinschaftsrecht	1141
18.)	Keine „Finalität“ ausländischer Betriebsstättenverluste trotz zeitlich begrenzten Verlustvortrags im Betriebsstättenstaat – Vereinbarkeit von § 2 Abs. 1 AuslInvG mit der Niederlassungsfreiheit	1141
19.)	Ausländische Betriebsstättenverluste dürfen nur ausnahmsweise berücksichtigt werden – Keine „Finalität“ ausländischer Betriebsstättenverluste trotz zeitlich begrenzten Verlustvortrags im Betriebsstättenstaat – Ausnahmsweiser Abzug tatsächlich „finaler“ ausländischer Betriebsstättenverluste bei der Ermittlung des Gewinns ebenso wie des Gewerbeertrages im „Finalitätsjahr“	1142 1142
20.)	Übergang der Hinzurechnungspflicht gemäß § 2 AuslInvG auf den Erben	1143
21.)	Abzug „finaler“ Verluste einer ausländischen Tochterkapitalgesellschaft allenfalls im „Finalitätsjahr“	1143
22.)	Kein negativer Progressionsvorbehalt (§ 32b EStG) für nach § 2a EStG 2002 nicht zu berücksichtigende Auslandsverluste	1143

23.)	Steuerminderung in Deutschland durch endgültige Verluste im EU-Ausland	1144
24.)	Inhaltsadressat von Feststellungsbescheiden bei Besteuerungsgrundlagen einer Personengesellschaft	1144
25.)	Ausnahmsweiser Abzug „finaler“ ausländischer Betriebsstättenverluste bei der Ermittlung des Gewinns	1144
26.)	Hinzurechnung von ausländischen Betriebsstättenverlusten und finale Verluste bei konzerninterner Übertragung der Betriebsstätte	1145
27.)	Nachversteuerung gemäß § 2a Abs. 4 Nr. 2 EStG 1997/StBereinG 1999; Abzug sog. finaler (Betriebsstätten-)Verluste nach Unionsrecht	1146
28.)	Zulässigkeit des inländischen Abzugs finaler ausländischer Betriebsstättenverluste	1148
29.)	Kein Übergang von Verlusten i. S. des § 2a Abs. 1 EStG auf Erben	1148
30.)	Abzug „finaler“ Verluste einer Freistellungsbetriebsstätte aufgrund Unionsrechts	1148
31.)	Nachversteuerung nach § 2a Abs. 4 EStG a. F. bei verdeckter Einlage.	1150
§ 3	ESTG Steuerfreie Einnahmen (Auszug)	1151
	R 3.2 zu § 3 Nr. 2.	1151
	H 3.6 zu § 3 Nr. 6.	1151
	H 3.29 zu § 3 Nr. 29.	1151
	Gesetzesmaterialien.	1154
	1.) Jahressteuergesetz 2007	1154
	R 3.40 zu § 3 Nr. 40.	1156
	H 3.42 zu § 3 Nr. 42.	1156
	§ 3 Nr. 55	1156
	Gesetzesmaterialien.	1158
	1.) Beitreibungsrichtlinie-Umsetzungsgesetz.	1158
	H 3.62 zu § 3 Nr. 62.	1159
	H 3.64 zu § 3 Nr. 64.	1160
	Anweisungen	1161
	62.1.) Zuschüsse an einen Arbeitnehmer für dessen Versicherung in einer ausländischen gesetzlichen Krankenversicherung innerhalb der Europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums sowie im Verhältnis zur Schweiz (§ 3 Nummer 62 EStG)	1161
	64.1.) Von Organen der EU an in ihrem Bereich verwendete Beamte gezahltes Tagegeld	1161
	80.1.) Zulagen deutscher Lehrer bei den Europäischen Schulen	1161
	Rechtsprechung	1162
	1.) Ausgleichszulage an Auslandslehrer	1162
	2.) Ausgleichszulage und Werbungskostenabzug	1162
	3.) Keine Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 62 EStG für an ausländische Sozialversicherungen gezahlte Arbeitgeberanteile	1162
	4.) Steuerfreiheit eines Stipendiums einer gemeinnützigen EU/ EWR-Institution – gemeinschaftsrechtskonforme Auslegung des § 3 Nr. 44 EStG.	1162
	5.) Kein Steuerfreiheit für sog. Kaufkraftzuschläge aus einem anderen EU-Staat.	1163
	6.) Überobligatorisch erbrachte Arbeitgeberbeiträge zu einer schweizerischen Pensionskasse für einen Grenzgänger in die Schweiz	1163
	7.) Anwendung des § 8b Abs. 5 Satz 1 KStG auf nach § 3 Nr. 41 Buchst. a EStG steuerfreie Gewinnausschüttungen.	1163
	8.) Beiträge des österreichischen Arbeitgebers an eine österreichische betriebliche Vorsorgekasse als Arbeitslohn	1164
	9) Steuerliche Behandlung von überobligatorischen Beiträgen zu einer öffentlich-rechtlichen Schweizer Pensionskasse in der Rechtsform einer öffentlich-rechtlichen Stiftung – Behandlung als Arbeitslohn – Möglichkeit eines Sonderausgabenabzugs.	1164
	10.) Steuerbarkeit und -pflicht eines Gastarztstipendiums.	1165
	11.) Steuerpflichtiger Arbeitslohn durch Arbeitgeberbeiträge zur Schweizer Stiftung für den flexiblen Altersrücktritt im Bauhauptgewerbe (FAR)	1166
§ 3c	ESTG Anteilige Abzüge	1169
	Gesetzesmaterialien.	1170

1.)	Zollkodex-AnpG	1170
	Hinweise	1171
	Anweisungen	1172
1.)	Aufteilung von Werbungskosten bei Einkünften aus Kapitalvermögen, die teilweise dem Halbeinkünfteverfahren unterliegen (§ 3c Abs. 2 EStG)	1172
2.)	Rückstellung für im Zusammenhang mit dem EU-Kartellrechtsverfahren anfallenden Kosten; Teilabzugsverbot nach § 3c Abs. 2 EStG	1172
3.)	Abzugsbeschränkungen	1173
	Rechtsprechung	1174
1.)	Betriebsausgabenabzug bei nach DBA steuerfreien Schachteldividenden	1174
2.)	Umfang des DBA-Schachtelprivilegs – Betriebsausgabenabzugsverbot	1174
3.)	Umfang des DBA-Schachtelprivilegs – Abzug von Betriebsausgaben	1174
4.)	Betriebsausgabenabzug bei Einschaltung von ausländischen Finanzierungsgesellschaften	1174
5.)	Verbot der Berücksichtigung von Betriebsausgaben im Zusammenhang mit steuerfreien Schachteldividenden (§ 3c EStG 1990) gemeinschaftsrechtswidrig	1175
6.)	Keine Anwendung des § 3c EStG bei der Anwendung von § 10 Abs. 5 AStG a. F. (DBA-Schachtelprivileg) auf den Hinzurechnungsbetrag nach dem AStG	1175
§ 4	EStG Gewinnbegriff im allgemeinen	1176
	Gesetzesmaterialien	1179
1.)	SEStEG	1179
2.)	Jahressteuergesetz 2010	1181
3.)	„Jahressteuergesetz 2019“	1183
4.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	1184
ESTr R 4.1	Betriebsvermögensvergleich	1186
	Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft	1186
ESTr R 4.3	Einlagen und Entnahmen	1186
	Hinweise	1187
ESTr R 4.13	Abzugsverbot für Sanktionen	1187
ESTr R 4.14	Abzugsverbot für Zuwendungen im Sinne des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 10 EStG	1189
	Hinweise	1190
ESTr R 12.3	Geldstrafen und ähnliche Rechtsnachteile	1190
	Hinweise	1190
	Anweisungen	1191
1.)	Überführung von Wirtschaftsgütern in eine ausländische Betriebsstätte, deren Einkünfte durch ein Doppelbesteuerungsabkommen freigestellt sind, und ihre Rückführung ins Inland	1191
2.)	Bewirtung von Geschäftsfreunden im Ausland	1191
3.)	Schmiergelder	1191
4.)	Ertragsteuerliche Behandlung der Auslandsinvestitionen im Bereich der Grundstoffindustrie	1191
5.)	Steuerliche Anerkennung von Aufwendungen für die Bewirtung von Personen aus geschäftlichem Anlass als Betriebsausgaben nach R 21 Abs. 7 EStR 1993	1191
6.)	Aufwendungen für zu ausländischen Tochtergesellschaften entsandte Arbeitskräfte	1192
7.)	Ertragsteuerliche Behandlung von Incentive-Reisen	1192
8.)	Abzugsverbot für die Zuwendung von Vorteilen i. S. des § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 10 EStG	1193
9.)	Einkommensteuerliche Behandlung von Aufwendungen für Auslandssprachkurse als Werbungskosten oder Betriebsausgaben nach § 9 Abs. 1 Satz 1, § 4 Abs. 4 EStG und § 12 Nr. 1 EStG; Rechtsfolgen aus dem Urteil des BFH vom 13. Juni 2002 (BStBl. II 2003 S. 765)	1203
10.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei Auslandsdienstreisen und -geschäftsreisen ab 1. Januar 2005	1203
11.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei beruflich oder betrieblich veranlassten Auswärtstätigkeiten im Ausland ab 1. Januar 2009	1203
12.)	Anwendung der Grundsätze des BFH-Urteils vom 17.07.2008 – I R 77/06 (BStBl. 2009 II S. 464)	1203
13.)	Abzugsfähigkeit von Kartellbußen; Abschöpfungsanteil bei EU-Geldbußen	1205

14.)	Finale Entnahme und finale Betriebsaufgabe; BFH-Urteile vom 17.07.2008 – I R 77/06 – und vom 28.10.2009 – I R 99/08	1205
15.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2012	1206
16.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2013	1206
17.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2014	1206
18.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2015	1206
19.)	Rückstellung für im Zusammenhang mit dem EU-Kartellrechtsverfahren anfallenden Kosten; Teilabzugsverbot nach § 3c Abs. 2 EStG	1206
20.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2016	1206
21.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2017	1206
22.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2018	1206
23.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2019	1207
24.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2020	1207
25.)	Passive Entstrickung aufgrund erstmaliger Anwendung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)	1207
26.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2021	1207
27.)	Steuerliche Behandlung von Reisekosten und Reisekostenvergütungen bei betrieblich und beruflich veranlassten Auslandsreisen ab 1. Januar 2022	1208
	Rechtsprechung	1209
1.)	Zuwendungen an Funktionäre staatlicher Wirtschaftsverbände in Ostblockstaaten	1209
2.)	Auslandsreisekosten	1209
3.)	Einlage der niederländischen WIR-Prämie	1209
4.)	Aufwendungen für von Arbeitnehmern genutzte Ferienhäuser in einem DBA-Staat	1209
5.)	Weiterleitung von Erkenntnissen über rechtswidrige Zuwendung von Vorteilen an die Strafverfolgungsbehörden	1209
6.)	Aufgabe der sog. „Theorie der finalen Entnahme“	1209
7.)	Entstrickungsbesteuerung mit EU-Recht vereinbar?	1210
8.)	Abziehbarkeit von EU-Geldbußen	1211
9.)	Betriebsausgabenabzug für Gründungsaufwand einer ausländischen festen Einrichtung	1211
10.)	Kein „Wahlrecht“ zur Überschussrechnung für atypisch still Beteiligten an einer bilanzierenden ausländischen (hier: österreichischen) GmbH	1212
11.)	Deutsche Entstrickungsbesteuerung ist europarechtlich unbedenklich	1212
12.)	Zuordnung von Wirtschaftsgütern zum Umlaufvermögen bei einer gewerblich geprägten Personengesellschaft – Wertpapiere verbriefen unkörperliches Recht – Steuerumgehung	1213
13.)	Abgrenzung des physischen Goldhandels von privater Vermögensverwaltung – keine Anwendung des § 4 Abs. 3 Satz 4 Variante 3 EStG auf den physischen Goldhandel	1213
14.)	Voraussetzungen des Verbots des Abzugs von sog. Bestechungsgeldern nach § 4 Abs. 5 Satz 1 Nr. 10 Satz 1 EStG i. V. m. § 299 Abs. 2 und Abs. 3 StGB	1213

§ 4f EStG	Verpflichtungsübernahmen, Schuldbeitritte und Erfüllungsübernahmen . . .	1214
------------------	---	------

§	4g	ESTG Bildung eines Ausgleichspostens bei Entnahme nach § 4 Abs. 1 Satz 3	1215
		Gesetzesmaterialien	1215
	1.)	SEStEG	1215
	2.)	Brexit-Steuerbegleitgesetz	1217
	3.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	1219
		Rechtsprechung	1220
	1.)	Ausgleichspostenregelung des § 4g EStG auf dem Prüfstand des EuGH	1220
§	4h	ESTG Betriebsausgabenabzug für Zinsaufwendungen (Zinsschranke)	1221
		Literatur (Wpg)	1223
		Gesetzesmaterialien	1223
	1.)	UntStRefG 2008	1223
	2.)	Jahressteuergesetz 2009	1223
	3.)	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	1223
		Anweisungen	1224
	1.)	Zinsschranke (§ 4h EStG; § 8a KStG)	1224
	2.)	Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke (§ 4h EStG, § 8a KStG); BFH-Beschluss vom 18.12.2013 – I B 85/13 –	1238
		Rechtsprechung	1240
	1.)	Ernstliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 4h EStG 2002 n.F. – Aussetzungsinteresse	1240
	2.)	Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke – Billigkeitsmaßnahme	1240
§	4i	ESTG Sonderbetriebsausgabenabzug	1241
		Gesetzesmaterialien	1241
	1.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	1241
	2.)	StUmgBG	1243
§	4j	ESTG Aufwendungen für Rechteüberlassungen	1244
		Literatur (Wpg)	1245
		Gesetzesmaterialien	1245
	1.)	Lizenzschranke	1245
		Anweisungen	1252
	1.)	Anwendungsfragen zur Lizenzschranke (§ 4j EStG)	1252
	2.)	Anwendungsregelungen zu § 4j EStG; Nicht Nexus-konforme Präferenzregelungen in den Veranlagungszeiträumen 2018, 2019 und 2020	1255
§	4k	ESTG Betriebsausgabenabzug bei Besteuerungsinkongruenzen	1273
		Gesetzesmaterialien	1275
	1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	1275
§	5	ESTG Gewinn bei Kaufleuten und bestimmten anderen Gewerbetreibenden	1285
§	5a	ESTG Gewinnermittlung bei Handelsschiffen im internationalen Verkehr	1287
		Parlamentarische Anfragen	1289
	1.)	Arbeitsbedingungen in der Seeschifffahrt	1289
		Anweisungen	1291
	1.)	Gewinnermittlung bei Handelsschiffen im internationalen Verkehr, sog. Tonnagesteuer § 5a EStG	1291
	2.)	Gewinnermittlung bei Handelsschiffen im internationalen Verkehr nach § 5a KStG; Auswirkungen bei der Körperschaftsteuer	1297
	3.)	Anwendungsschreiben § 15b EStG (Auszug)	1297
	4.)	Gewinnermittlung bei Handelsschiffen im internationalen Verkehr (§ 5a EStG); BMF-Schreiben vom 31.10.2008 (BStBl. I S. 956)	1297
		Rechtsprechung	1298
	1.)	Kein Hinzurechnungswahlrecht nach § 5a Abs. 4 Satz 3 EStG 1999	1298
	2.)	Hinzurechnung des Unterschiedsbetrags nach § 5a Abs. 4 EStG nicht als Veräußerungsgewinn steuerbegünstigt	1298
	3.)	Reihenfolge der Verrechnung verrechenbarer Verluste im Zeitraum der Tonnagebesteuerung	1298

4.)	Keine Feststellung eines Unterschiedsbetrags für nicht bilanzierbare Wirtschaftsgüter.	1298
5.)	Absicht zum langfristigen Betrieb von Handelsschiffen als Voraussetzung für die Anwendung der Gewinnermittlung nach der Tonnage.	1298
6.)	Beginn der Antragsfrist für die Option zur Gewinnermittlung nach der Tonnage.	1298
7.)	Hinzurechnung von Sondervergütungen im Vorjahr der Antragstellung auf Gewinnermittlung nach der Tonnage.	1298
8.)	Feststellung des Unterschiedsbetrags bei Übergang zur Tonnagegewinnermittlung; Teilwertermittlung.	1299
9.)	Unterschiedsbeträge nach § 5a Abs. 4 Sätze 1 und 2 EStG beim Wechsel von Gesellschaftern einer Personengesellschaft.	1299
10.)	Unmittelbarer Zusammenhang eines Hilfsgeschäfts i. S. des § 5a Abs. 2 Satz 2 EStG setzt konkrete Investitionsentscheidung voraus; § 5a Abs. 3 Satz 3 EStG n. F. als Rechtsgrundlage für den Erlass von Änderungsbescheiden.	1300
11.)	Kein Abzug der von einer Personengesellschaft ihren Gesellschaftern auf gesellschaftsvertraglicher Grundlage in Rechnung gestellten Gewerbesteuer im Rahmen der Hinzurechnung nach § 5a Abs. 4a Satz 3 EStG.	1300
12.)	Teilwert gemäß § 5a Abs. 6 EStG als neue AfA-Bemessungsgrundlage.	1300
13.)	Gewinnermittlung nach der Tonnage – Liquidation einer Ein-Schiff-Gesellschaft als Hilfsgeschäft.	1300
14.)	Betrag aus der Auflösung von Unterschiedsbeträgen nach § 5a Abs. 4 Satz 3 EStG als Teil des laufenden Gesamthandsgewinns.	1300
15.)	Tonnagebesteuerung.	1301
§ 6	EStG Bewertung.	1302
	Gesetzesmaterialien.	1306
1.)	SEStEG.	1306
2.)	Jahressteuergesetz 2010.	1307
	ATAD-Umsetzungsgesetz.	1307
	Anweisungen.	1309
1.)	Neuregelung der Teilwertabschreibung gemäß § 6 Abs. 1 Nrn. 1 und 2 EStG durch das Steuerentlastungsgesetz 1999/2000/2002; – voraussichtlich dauernde Wertminderung; Wertaufholungsgebot; – steuerliche Rücklage nach § 52 Abs. 16 EStG.	1309
2.)	Teilwertabschreibung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG i. d. F. des Steuerentlastungsgesetzes 1999/2000/2002; Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bei börsennotierten Aktien, die als Finanzanlage gehalten werden; Anwendung des BFH-Urteils vom 26.09.2007 – I R 58/06 – (BStBl. II 2009 S. 294).	1309
3.)	Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bei Anteilen an Aktienfonds, die als Finanzanlage gehalten werden; Anwendung des BFH-Urteils – I R 58/06 – vom 26.09.2007 (BStBl. 2009 II S. 294) und des BMF-Schreibens vom 26.03.2009 (BStBl. 2009 I S. 514) auf Teilwertabschreibungen von Investmentanteilen (§ 6 Absatz 1 Nummer 2 Satz 2 EStG). ...	1309
4.)	Voraussichtlich dauernde Wertminderung bei festverzinslichen Wertpapieren im Umlaufvermögen; Anwendung der Grundsätze des BFH-Urteils vom 08.06.2011 – I R 98/10 – (BStBl. II 2012 S. 716).	1309
5.)	Teilwertabschreibung gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1 und 2 EStG; Voraussichtlich dauernde Wertminderung, Wertaufholungsgebot.	1309
6.)	Teilwertabschreibungen gemäß § 6 Absatz 1 Nummer 1 und 2 EStG; Voraussichtlich dauernde Wertminderung, Wertaufholungsgebot.	1310
	Rechtsprechung.	1316
1.)	Veränderte Wechselkurse bei langfristigen Fremdwährungsverbindlichkeiten. ...	1316
2.)	Teilwertabschreibung gemäß § 6 Abs. 1 Nr. 2 Satz 2 EStG; Vorliegen einer voraussichtlich dauernden Wertminderung bei börsennotierten Aktien, die als Finanzanlage gehalten werden.	1316
3.)	Voraussichtlich dauernde Wertminderung bei festverzinslichen Wertpapieren. ...	1317
4.)	Teilwertabschreibung auf börsennotierte Aktien bzw. auf Investmentanteile im Anlagevermögen bei voraussichtlich dauernder Wertminderung.	1317
5.)	Voraussichtlich dauernde Wertminderung bei verzinslichen Wertpapieren.	1318

§ 6b	ESTG Übertragung stiller Reserven bei der Veräußerung bestimmter Anlagegüter (Auszug)	1319
	Literatur (Wpg)	1320
	Gesetzesmaterialien	1320
	1.) Steueränderungsgesetz 2015	1320
	2.) Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen	1321
	3.) Brexit-Steuerbegleitgesetz	1321
	Anweisungen	1324
	1.) Zweifelsfragen im Zusammenhang mit § 6b Absatz 2a EStG	1324
	Rechtsprechung	1324
	1.) Übertragung einer § 6b-Rücklage auf eine EU-Betriebsstätte	1324
§ 6d	ESTG Euroumrechnungsrücklage	1325
§ 7	ESTG Absetzung für Abnutzung und Substanzverringerung (Auszug)	1326
§ 9	ESTG Werbungskosten	1327
	Gesetzesmaterialien	1327
	1.) ATAD-Umsetzungsgesetz	1327
	Rechtsprechung	1327
	1.) Erste Tätigkeitsstätte bei grenzüberschreitender Arbeitnehmerentsendung nach neuem Reisekostenrecht	1327
§ 10	ESTG Sonderausgaben (Auszug – Absatz 1 Nr. 4)	1329
	Anweisungen	1329
	1.) Steuerliche Behandlung von Kirchensteuer nach § 10 Absatz 1 Nummer 4 EStG an Religionsgemeinschaften, die in anderen EU-/EWR-Staaten ansässig sind	1329
§ 10	ESTG Sonderausgaben (Auszug – Absatz 2)	1330
	Anweisungen	1332
	1.) Ausstellung von elektronischen Lohnsteuerbescheinigungen für Kalenderjahre ab 2018; Ausstellung von Besonderen Lohnsteuerbescheinigungen durch den Arbeitgeber ohne maschinelle Lohnabrechnung für Kalenderjahre ab 2018	1332
	2.) Sonderausgabenabzug für Sozialversicherungsbeiträge im Ausland tätiger und in Deutschland wohnender Arbeitnehmer; Unionsrechtswidrigkeit des Abzugsverbotes nach § 10 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 EStG	1333
	3.) Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen bei steuerfreiem Arbeitslohn aus der Schweiz; Rechtswidrigkeit des Abzugsverbotes nach § 10 Absatz 2 Satz 1 Nummer 1 EStG (BFH-Urteil vom 05.11.2019 – X R 23/17 – BStBl. 2020 II Seite 763)	1333
	Rechtsprechung	1334
	1.) Beiträge zur Altersvorsorge- und Krankenversicherung, die von den in einem anderen Mitgliedstaat als dem Wohnsitzmitgliedstaat erzielten Einkünften einbehalten werden; Voraussetzung des Nichtvorliegens eines unmittelbaren Zusammenhangs mit steuerfreien Einnahmen	1334
	2.) Sonderausgabenabzug für Altersvorsorgeaufwendungen bei steuerfreiem Arbeitslohn aus der Schweiz	1334
	3.) Sonderausgabenabzug von inländischen Pflichtbeiträgen zur Renten- und Arbeitslosenversicherung für in Drittstaaten erzielten, im Inland steuerfreien Arbeitslohn	1336
	4.) Sonderausgabenabzug von Vorsorgeaufwendungen bei grenzüberschreitender Betätigung innerhalb der EU	1336
§ 10b	ESTG Steuerbegünstigte Zwecke (Auszug)	1337
	Anweisungen	1341
	1.) Steuerbegünstigte Zwecke (§ 10b EStG); Anwendung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 27.01.2009 in der Rechtssache C-318/07 „Persche“	1341
	2.) Steuerbegünstigte Zwecke (§ 10b EStG); Anwendung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs vom 27.01.2009 – C-318/07- in der Rechtssache „Persche“	1342
	3.) Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke im Ausland	1343

4.)	Verwirklichung steuerbegünstigter Zwecke im Ausland	1345
5.)	Steuerbegünstigte Zwecke (§ 10b EStG); Struktureller Inlandsbezug bei Zuwendungen i. S. d. § 10b EStG an ausländische Körperschaften	1347
	Rechtsprechung	1348
1.)	Abzugsverbot für Spenden EU-rechtmäßig? – Zum Anwendungsbereich der Kapitalverkehrsfreiheit (Art. 56 EG) bei Sachspenden an gemeinnützige Einrichtungen eines anderen Mitgliedstaats	1348
2.)	Steuerliche Beschränkung für Auslandsspenden verstößt gegen EU-Kapitalverkehrsfreiheit	1348
3.)	Voraussetzungen, Rechte und Pflichten der nationalen Behörden und Gerichte zur Prüfung der Abzugsfähigkeit der Auslandsspende	1348
4.)	Zu den Voraussetzungen des Abzugs einer Sachspende an einen ausländischen Spendenempfänger nach § 10b EStG	1348
5.)	Zu den Voraussetzungen des Abzugs einer Spende an einen ausländischen Spendenempfänger nach § 10b EStG	1348
6.)	Zur Nichtabziehbarkeit einer Spende an den Papst bzw. an den Vatikan	1349
7.)	Abzug einer Auslandsspende innerhalb der Europäischen Union	1349
8.)	Spendenabzug bei Zuwendungen an eine im EU-/EWR-Ausland ansässige Stiftung	1350
9.)	Steuerliche Berücksichtigung von Zuwendungen an eine in der EU belegene Kirche	1351
§ 12	EStG Nicht abzugsfähige Ausgaben	1352
	Anweisungen	1353
1.)	Steuerliche Beurteilung gemischter Aufwendungen; Beschluss des Großen Senats des BFH vom 21.09.2009 – GrS 1/06 (BStBl. 2010 II S. 672)	1353
§ 15	EStG Einkünfte aus Gewerbebetrieb (Auszug)	1357
	Gesetzesmaterialien	1357
1.)	SEStEG	1357
§ 15b	EStG Verluste im Zusammenhang mit Steuerstundungsmodellen	1358
	Gesetzesmaterialien	1359
1.)	AIFM-StAnpG	1359
	Anweisungen	1360
1.)	Anwendungsschreiben § 15b EStG	1360
	Rechtsprechung	1361
1.)	BFH-Entscheidungen zu modellhaften Gestaltungen durch Ankauf physischen Goldes (sog. „Goldfinder-Modelle“)	1361
2.)	Voraussetzungen für die Annahme einer inländischen Geschäftsleitungsbetriebsstätte (sog. Goldfingermodell)	1362
§ 16	EStG Veräußerung des Betriebs (Auszug)	1364
	Gesetzesmaterialien	1365
1.)	SEStEG	1365
2.)	Jahressteuergesetz 2010	1365
	Anweisungen	1367
1.)	Finale Entnahme und finale Betriebsaufgabe; BFH-Urteile vom 17.07.2008 – I R 77/06 – und vom 28.10.2009 – I R 99/08 – ..	1367
	Rechtsprechung	1367
1.)	Keine „finale Betriebsaufgabe“ („Steuerentstrickung“) bei Betriebsverlegung ins Ausland	1367
§ 17	EStG Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften (Auszug)	1368
	Gesetzesmaterialien	1369
1.)	SEStEG	1369
	Rechtsprechung	1370
1.)	Veräußerung der Beteiligung i.S. des § 17 EStG nach Eintritt in die unbeschränkte Steuerpflicht – Wertzuwachs vor Begründung der unbeschränkten Steuerpflicht (Zuzugsfall)	1370

§ 20	EStG Kapitalvermögen (§ 2 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5)	1371
	Rechtsprechung	1371
1.)	Zahlungen in Form einer einmaligen Leistung einer ausländischen Stiftung als Kapitalertrag nach § 20 Abs. 1 Nr. 9 EStG	1371
§ 22	EStG Arten der sonstigen Einkünfte	1372
	Rechtsprechung	1372
1.)	Grenzen der nachgelagerten Besteuerung von Einkünften aus ausländischen Altersvorsorgesystemen („401(k) pension plan“)	1372
§ 32b	EStG Progressionsvorbehalt	1373
	Gesetzesmaterialien	1375
1.)	Jahressteuergesetz 2007	1375
2.)	Jahressteuergesetz 2008	1375
3.)	Jahressteuergesetz 2009	1375
4.)	AmtshilfeRLUmsG	1375
	ESTR R 32b Progressionsvorbehalt	1376
	Hinweise	1376
	Anweisungen	1378
1.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts im Fall des § 2a EStG	1378
2.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei steuerbefreiten Gehältern von Bediensteten internationaler Organisationen	1378
3.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei nur teilweiser unbeschränkter Steuerpflicht	1378
4.)	Berücksichtigung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags im Rahmen des Progressionsvorbehalts nach § 32b EStG	1378
5.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei nur zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht (§ 32b Abs. 1 Nr. 2 EStG)	1378
6.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei nur zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht und bei Doppelwohnsitz	1378
7.)	Arbeitnehmer-Pauschbetrag bei inländischen Lohnersatzleistungen und ausländischem Arbeitslohn	1378
8.)	Anwendungsschreiben § 15b EStG (Auszug)	1378
9.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei steuerbefreiten Gehältern von Bediensteten internationaler Organisationen	1378
10.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts nach § 32b Abs. 1 Nr. 2 und 3 EStG	1379
11.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts nach § 32b Abs. 1 Nr. 4 und 5 EStG	1381
12.)	Progressionsvorbehalt bei Arbeitnehmern	1382
	Rechtsprechung	1384
1.)	Progressionsvorbehalt im Fall der Zusammenveranlagung von Ehegatten	1384
2.)	Verhältnis zu § 32a EStG	1384
3.)	Auswirkung des § 2a EStG auf den negativen Progressionsvorbehalt und Verfassungsmäßigkeit der Vorschrift	1384
4.)	Montageerlass (Auslandstätigkeitserlass) und Tarifvorbehalt	1385
5.)	Verlustkompensation und Steuersatzberechnung	1385
6.)	Abzug des Altersentlastungsbetrages bei der Steuersatzberechnung	1385
7.)	Steuersatzberechnung bei Einkünften aus der Tätigkeit beim Europäischen Patentamt	1385
8.)	Ermittlung der Einkünfte aus der Beteiligung an einer ausländischen Personengesellschaft für Zwecke des Progressionsvorbehalts	1385
9.)	Steuersatzberechnung bei Vergütung für mehrjährige Auslandstätigkeit	1385
10.)	Verfassungsmäßigkeit des Progressionsvorbehalts für Lohnersatzleistungen	1385
11.)	Krankengeld	1386
12.)	Kein Progressionsvorbehalt für Invalidenrente aus Frankreich	1386
13.)	Anwendung des Progressionsvorbehalts bei nur zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht	1386
14.)	DBA-Progressionsvorbehalt bei zeitweise unbeschränkter Steuerpflicht auch bei Wegzug in einen EU-Staat	1386
15.)	Berücksichtigung des Arbeitnehmer-Pauschbetrags im Rahmen des Progressionsvorbehalts	1387

16.)	Vorab entstandene Werbungskosten im Zusammenhang mit einer beabsichtigten nichtselbständigen Tätigkeit im Ausland.	1387
17.)	Progressionsvorbehalt bei Beteiligung an ausländischen Personengesellschaften, die nach dortigem Recht als juristische Person besteuert werden	1387
18.)	Begrenzter Abzug von Aufwendungen eines Referendars für Ausbildungsstation in den USA; steuerfreie Tätigkeitsvergütungen sind nach Abzug der anteiligen Aufwendungen im Rahmen des Progressionsvorbehalts zu erfassen	1387
19.)	Steuerliche Behandlung dänischer Altersrenten im Rahmen des Progressionsvorbehalts; Rechtsvergleichende Qualifizierung ausländischer Einkünfte bei Anwendung des deutschen Steuerrechts.	1388
20.)	Kein negativer Progressionsvorbehalt (§ 32b EStG) für nach § 2a EStG 2002 nicht zu berücksichtigende Auslandsverluste.	1388
21.)	Ausländischer Veräußerungsverlust und Progressionsvorbehalt – Steuerbegünstigung von Veräußerungsgewinnen	1388
22.)	Steuerrechtliche Berücksichtigung von ausländischen Sozialversicherungsbeiträgen. .	1388
23.)	Betriebsausgabenabzug für Gründungsaufwand einer ausländischen festen Einrichtung	1388
24.)	Landwirtschaftlich bewirtschaftetes Grundstück als Betriebsstätte i.S. von § 12 AO	1388
25.)	Unionsrechtmäßigkeit des Ausschlusses des Sonderausgabenabzugs für Sozialversicherungsbeiträge im Ausland tätiger Arbeitnehmer	1389
26.)	Kein Progressionsvorbehalt und kein Arbeitslohn bei Zahlung von Krankentaggeld durch eine schweizerische Kollektiv-Krankentaggeldversicherung nach dem VVG bzw. Einzel-Krankentaggeldversicherung an einen im Inland ansässigen Grenzgänger	1389
27.)	Negativer Progressionsvorbehalt bei ausländischem Goldhandel (sog. Goldfingermodell)	1390
§ 32d EStG	Gesonderter Steuertarif für Einkünfte aus Kapitalvermögen.	1391
	Gesetzesmaterialien.	1393
1.)	UntStRefG 2008	1393
2.)	Jahressteuergesetz 2009	1393
	Anweisungen	1402
1.)	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer	1402
2.)	Anrechnung bei ausländischen Einkünften aus Kapitalvermögen gem. § 32d Abs. 5 EStG; Änderungen durch das JStG 2009.	1406
3.)	Verhinderung von Gestaltungen mit Bond-Stripping im Privatvermögen	1408
4.)	Kapitalmaßnahme der Hewlett-Packard Co. (USA) im November 2015; Kapitalertragsteuerabzug auf die Ausgabe von Aktien der Hewlett-Packard Enterprise Company	1408
	Rechtsprechung	1409
1.)	Ertragsteuerliche Folgen eines ausländischen „Spin-off“ für den inländischen Privatanleger	1409
2.)	Besteuerung eines ausländischen sog. „Spin-off“ Besteuerung der Einlagenrückgewähr einer Drittstaatengesellschaft verstößt gegen Unionsrecht	1409
3.)	Besteuerung eines ausländischen sog. „Spin-off“ Bindungswirkung der BFH-Entscheidung im ersten Rechtsgang – Bindung des BFH an die Feststellungen des FG zum ausländischen Recht	1409
4.)	Nachweisobliegenheiten bei einem sog. Spin-off.	1409
5.)	Anfechtung einer Kapitalertragsteuer-Anmeldung durch den Vergütungsgläubiger; Erledigung der Kapitalertragsteuer-Anmeldung aufgrund der Einkommensteuerfestsetzung bei einem Antrag nach § 32d Abs. 4 EStG	1410
6.)	„Spin-off“ der Hewlett-Packard Incorporated.	1410
7.)	Zuteilung von PayPal-Aktien durch ebay-„Spin-Off“	1412
8.)	Zuteilung von Aktien im Rahmen eines ausländischen „Spin-Off“ vor Inkrafttreten des § 20 Abs. 4a Satz 7 EStG – ertragsteuerliche Folgen für den inländischen Privatanleger	1414
9.)	Ausschluss des Abgeltungssteuersatzes nach § 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a EStG bei Darlehensgewährung an eine Personengesellschaft	1414
10.)	Ausschluss des Abgeltungssteuersatzes nach § 32d Abs. 2 Nr. 1 Buchst. a EStG bei Darlehensgewährung zwischen Personengesellschaften	1414

11.)	Nichtanrechenbarkeit ausländischer Quellensteuerbeträge bei vollständiger Verrechnung der zugrunde liegenden ausländischen Kapitalerträge mit inländischen Verlusten.	1414
§ 34a	ESTG Begünstigung der nichtentnommenen Gewinne.	1415
	Gesetzesmaterialien.	1415
1.)	UntStRefG 2008	1415
	Anweisungen	1416
1.)	Anwendungsschreiben zur Begünstigung der nicht entnommenen Gewinne (§ 34a EStG).	1416
§ 34c	ESTG Steuerermäßigung bei ausländischen Einkünften.	1419
§ 68a	ESTDV Einkünfte aus mehreren ausländischen Staaten.	1420
§ 68b	ESTDV Nachweis über die Höhe der ausländischen Einkünfte und Steuern	1420
§ 68c	ESTDV (aufgehoben)	1420
	Gesetzesmaterialien.	1421
1.)	Steuervergünstigungsabbaugesetz.	1421
2.)	Jahressteuergesetz 2007	1421
3.)	Jahressteuergesetz 2009	1421
4.)	Zollkodex-AnpG	1422
5.)	„Jahressteuergesetz 2019“	1422
	ESTR R 34c Anrechnung und Abzug ausländischer Steuern.	1424
	ESTR R 34c (1) Umrechnung ausländischer Steuern	1424
	ESTR R 34c (2) Zu berücksichtigende ausländische Steuer.	1424
	Hinweise.	1424
	Anlage zu H 34c (1-2) Verzeichnis ausländischer Steuern in Nicht-DBA-Staaten, die der deutschen Einkommensteuer entsprechen	1425
	ESTR R 34c (3) Ermittlung des Höchstbetrags der Steueranrechnung.	1430
	Hinweise.	1430
	ESTR R 34c (4) Antragsgebundener Abzug ausländischer Steuern	1431
	ESTR R 34c (5) Bestehen von DBA	1431
	Hinweise.	1431
§ 34d	ESTG Ausländische Einkünfte.	1432
	Gesetzesmaterialien.	1433
1.)	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen.	1433
	Anweisungen	1434
1.)	Grundsätzliches zur Besteuerung ausländischer Einkünfte (§§ 34c und 34d EStG)	1434
1.1.)	Kompendium zu Einzelfragen der Besteuerung ausländischer Einkünfte	1434
	Leitfaden zur Besteuerung ausländischer Einkünfte	1458
1.2.)	Berücksichtigung ausländischer Währungsverluste	1458
1.3.)	Wertberichtigungen bei Auslandskrediten.	1459
1.4.)	Nachträgliche Einkünfte aus Gewerbebetrieb.	1459
1.5.)	Kapitalertrag aus Zero Coupon Bonds, die zu einem Privatvermögen gehören ...	1459
1.6.)	Bilanzierung von Zerobonds (Null-Kupon-Anleihen)	1459
1.7.)	Besteuerung der Gesellschafter der Hapimag AG (Schweiz) hinsichtlich der Nutzungsüberlassung von Ferienwohnungen als Einkünfte aus Kapitalvermögen ...	1460
1.8.)	Steuerermäßigung bei Auslandseinkünften.	1461
1.9.)	Anwendung des § 34c EStG bei zusammenveranlagten Ehegatten.	1472
1.10.)	Ertragsaufstellungen deutscher Kreditinstitute	1473
1.11.)	Zuordnung von Ausgaben zu Einnahmen aus ausländischen Quellen	1473
1.12.)	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer	1475
2.)	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 34c Abs. 1 EStG)	1476
2.1.)	Anrechnung ausländischer Steuern bei unterschiedlicher zeitraummäßiger Besteuerung der Einkünfte	1476
2.2.)	Steueranrechnung bei im Inland tätigen ausländischen Arbeitnehmern ausländischer Unternehmen	1476
2.3.)	Behandlung von nicht unter DBA fallenden argentinischen und brasilianischen Steuern	1476
2.4.)	Mißbräuchliche Anrechnung ausländischer Quellensteuer	1476

2.5.)	Übergangsregelung für die Anrechnung fiktiver ausländischer Quellensteuer ...	1476
2.6.)	Anrechnung ausländischer Steuern bei Zinseinkünften unter Berücksichtigung von Stückzinsen	1476
2.7.)	Steueranrechnung bei Einkünften aus Hongkong.	1476
2.8.)	Nachweis über das Vorliegen der Voraussetzungen für die Anrechnung fiktiver Quellensteuern bei ausländischen Zinseinkünften nach Doppelbesteuerungsabkommen	1477
2.9.)	Algerische Steuer auf Lohneinkünfte („Retenue Impôt sur Salaire“)	1477
2.10.)	Anrechnung bzw. Abzug von ausländischen Steuern bei zusammenveranlagten Ehegatten (§ 34c Abs. 1, 2 und 6 EStG); Wahlrechtsausübung und Ermittlung des Anrechnungshöchstbetrags.	1477
2.11.)	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 34c EStG); Verfahren bis zu einer gesetzlichen Umsetzung des EuGH-Urteils vom 28.02.2013 in der Rechtssache C-168/11	1478
2.12.)	Umsetzung des EuGH-Urteils vom 28.02.2013 in der Rechtssache – C-168/11; Vorläufige Steuerfestsetzung und Aussetzung der Vollziehung hinsichtlich der Anwendung des § 34c EStG.	1479
2.13.)	Anrechnung kambodschanischer Steuer nach § 34c Abs. 1 EStG; Verzeichnis ausländischer Steuern in Nicht-DBA-Staaten, die der deutschen Einkommensteuer entsprechen (Anhang 12 II Nr. 1 im Einkommensteuerhandbuch).	1479
4.)	Steuerermäßigung für Schiffseinkünfte (§ 34c Abs. 4 EStG)	
	– ab VZ 1999 Hinweis auf § 5a EStG	1480
5.)	Pauschalierung der Steuer auf ausländische Einkünfte (§ 34c Abs. 5 EStG)	1480
5.1.)	Verfahrensmäßige Behandlung von Anträgen auf (Teil-) Erlass oder Pauschalierung von Steuern gemäß §§ 34c; Abs. 5, 50 Abs. 7 EStG; § 26 Abs. 6 KStG; §§ 12 Abs. 3, 13 VStG	1480
50.1.)	Pauschalierung der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer für ausländische Einkünfte nach § 34c Abs. 5 EStG und § 26 Abs. 6 KStG.	1481
50.2.)	Pauschalierung der Körperschaftsteuer für ausländische Einkünfte gem. § 26 Abs. 6 Körperschaftsteuergesetz (KStG) i. V. m. § 34c Abs. 5 Einkommensteuergesetz (EStG)	1483
55.1.)	Steuerliche Behandlung von Arbeitnehmerinkünften bei Auslandstätigkeiten (Auslandstätigkeitserlass).	1484
55.2.)	Unterbrechung der Auslandstätigkeit, Verbuchung des Arbeitslohns, Urlaubsgeld und sonstige Bezüge	1487
55.3.)	Aufteilung des Arbeitslohns bei Auslandstätigkeit.	
55.4.)	Neues DBA mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) in Kraft getreten ..	1487
55.5.)	Ermittlung des steuerfreien und steuerpflichtigen Arbeitslohns nach den Doppelbesteuerungsabkommen sowie nach dem Auslandstätigkeitserlass im Lohnsteuerabzugsverfahren und Änderung des Auslandstätigkeitserlasses	1487
	Rechtsprechung	1489
1.)	Ausländische Einkünfte (§ 34d EStG)	1489
1.1.)	Montage	1489
1.2.)	Zurechnung von Zinsen aus einem von einem executor verwalteten Nachlass ...	1489
1.3.)	Veräußerung von Anteilen an einer ausländischen Kapitalgesellschaft	1489
1.4.)	Ermittlung und Umrechnung ausländischer Gewinne	1490
1.5.)	Zur steuerlichen Behandlung der Nutzung von Ferienimmobilien, die eine AG nach einem speziellen Punktesystem an ihre Aktionäre überlässt.	1490
1.6.)	Abziehbare Aufwendungen bei Ermittlung ausländischer Kapitaleinkünfte eines Gewerbebetriebes	1491
1.7.)	Einkünfte einer in Liquidation befindlichen schweizerischen AG mit Geschäftsleitung in Deutschland.	1491
1.8.)	Ermittlung ausländischer Zinseinkünfte eines inländischen Kreditinstituts	1491
1.9.)	Umrechnung von Arbeitslohn in fremder Währung.	1492
1.10.)	Begriff „Wirtschaftlicher Zusammenhang“ in § 34c Abs. 1 Satz 4 EStG – Umfang der Anrechnung ausländischer Steuern bei einem Krankenversicherungsunternehmen	1492
1.11.)	Begriff „Wirtschaftlicher Zusammenhang“ in § 34c Abs. 1 Satz 4 EStG	1493
2.)	Anrechnung ausländischer Steuern (§ 34c Abs. 1 EStG)	1494
2.1.)	Anrechnung ausländischer Steuer	1494
2.2.)	Nichtanrechnung bei Auslandsverlusten	1494
2.3.)	Anrechnung schweizerischer Steuern bei zeitversetzter Bemessungsgrundlage ..	1494

2.4.)	Anrechnung schweizerischer Verrechnungssteuer	1494
2.5.)	Zur Festsetzung der ausländischen Steuer	1494
2.6.)	Nachweis der Zahlung von Auslandssteuern	1494
2.7.)	Keine Anrechnung Schweizer Steuern nach § 34c Abs. 1 EStG	1495
2.8.)	Sparer-Freibetrag bei ausländischen Einkünften.	1495
2.9.)	Vorabentscheidungsersuchen an den EuGH: Höchstbetragsberechnung gemäß § 34c Absatz 1 Satz 2 EStG 2002 gemeinschaftsrechtswidrig?	1495
2.10.)	Ermittlung des Höchstbetrags für die Anrechnung der ausländischen Quellensteuer auf die inländische Einkommensteuer	1496
2.11.)	Anrechnungshöchstbetragsberechnung nach § 34c Abs. 1 Satz 2 EStG 2002 im Anschluss an das EuGH-Urteil „Beker und Beker“ – Vereinbarkeit der sog. „per country limitation“ mit Unionsrecht und Verfassungsrecht	1496
3.)	Abzug ausländischer Steuern (§ 34c Abs. 3 EStG)	1497
3.1.)	Abzug ausländischer Steuer nach § 34c Abs. 3 EStG 1997 i.d.F. des StBereinG 1999	1497
3.2.)	Abzug ausländischer Steuern in Missbrauchsfällen	1497
4.)	Steuerermäßigung für Schiffseinkünfte (§ 34c Abs. 4 EStG) – ab VZ 1999 weggefallen (vgl. § 5a EStG) –	1498
5.)	Pauschalierung der Steuer auf ausländische Einkünfte (§ 34c Abs. 5 EStG)	1498
5.1.)	Verfassungsmäßigkeit der Pauschalierungsregelung	1498
5.2.)	Keine Anwendung des Montageerlasses bei Bestehen eines DBA	1498
5.3.)	Keine abschließende Regelung im Pauschalierungserlass	1498
5.4.)	Keine Anwendung auf Zwischeneinkünfte i. S. d. ASTG	1498
5.5.)	Arbeitslohn für eine Tätigkeit in der Antarktis	1498
5.6.)	Europarechtswidrige Beschränkung des Auslandstätigkeitserlasses auf Arbeitsverhältnisse mit einem inländischen Arbeitgeber	1499
5.7.)	Billigkeitserlass nach § 34c Abs. 5 EStG bis zur Festsetzungsverjährung	1499
5.8.)	Vorlage an den EuGH: Vereinbarkeit der Verwaltungspraxis nach Abschn. I Nr. 4 ATE i. V. m. § 34c Abs. 5 EStG mit dem Unionsrecht	1499
5.9.)	Restaurierung von historischen Gebäuden und Denkmälern als durch den Auslandstätigkeitserlass (ATE) begünstigte Tätigkeit.	1499
6.)	Steuerermäßigung bei Bestehen eines Doppelbesteuerungsabkommens	1500
6.1.)	Keine Anrechnung einer nach DBA-Recht erstattungsfähigen Steuer, deren Erstattung wegen Fristablaufs nicht mehr begehrt werden kann	1500
6.2.)	Abzug der Steuer eines DBA-Staates von inländischen Einkünften	1500
6.3.)	§ 42 AO steht der Anwendung des § 34c Abs. 3 EStG nicht entgegen	1500
6.4.)	Zinseinkünfte einer gewerblich geprägten, aber vermögensverwaltend tätigen US-Partnership mit inländischen Gesellschaftern: Zinseinnahmen gemäß Art. 11 DBA-USA 1989 a. F. – Abgrenzung zu Art. 7 und zu Art. 6 DBA-USA 1989 a. F. – Anrechnung von US-Steuern gemäß § 34c Abs. 6 EStG 1990.	1500
6.5.)	Abzug ausländischer Steuer nach § 34c Abs. 3 EStG 1997 i.d.F. des StBereinG 1999	1501
6.6.)	Besteuerung von in Deutschland ansässigem Flugzeugführer einer österreichischen Fluggesellschaft	1501
6.7.)	Besteuerungsrecht und Abzug ausländischer Steuern bei Arbeitnehmertätigkeit im Ausland	1501
6.8.)	Anrechnung ausländischer Quellensteuer auf die inländische Gewerbesteuer. . .	1501
§ 36	EStG a. F. (Fassung bis VZ 2000) Anrechnung von Körperschaftsteuer	1502
	Anweisungen	1503
1.)	Grenzüberschreitende Anrechnung von Körperschaftsteuer – Auswirkungen der EuGH-Urteile vom 06.03.2007 (Rs. C-292/04 – Meilicke I) und vom 30.06.2011 (Rs. C 262/09 – Meilicke II); Urteil des FG Köln vom 27.08.2012 (2 K 2241/02); Schlussurteil des BFH zu den EuGH-Urteilen Meilicke I und Meilicke II vom 15.01.2015 (I R 69/12); Verfassungsbeschwerde Aktenzeichen BVerfG: 2 BvR 1452/15; Urteil des FG Münster vom 19.01.2012 (5 K 105/07 E); Urteil des BFH vom 18.08.2015 (I R 38/12).	1503
	Rechtsprechung	1507
1.)	Europarechtstauglichkeit des alten Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahrens zweifelhaft?	1507
2.)	Verfahren vor dem EuGH gefährdet massiv deutsche Haushaltskonsolidierung. .	1507

3.)	Grenzüberschreitende Anrechnung von Körperschaftsteuer	1507
4.)	Deutsches Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahren (bis in das Jahr 2000 geltend) nicht EU-rechtskonform	1507
5.)	Wie ist das alte Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahren auf ausländische Dividenden aus verfahrensrechtlicher Sicht anzuwenden?	1507
6.)	Deutsches Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahren (bis in das Jahr 2000 geltend) nicht EU-rechtskonform	1507
7.)	Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer bei Steuerfreistellung von Dividenden?	1507
8.)	Zu den Anforderungen an die zur Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuern einzureichenden Unterlagen	1507
9.)	Keine Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer bei Steuerfreistellung aufgrund DBA	1508
10.)	Keine Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer bei mangelndem Nachweis	1508
11.)	Anrechnung ausländischer Körperschaftsteuer: Übergangsfrist und Nachweiserfordernisse nach Meilicke II	1508
12.)	Schlussurteil zu den EuGH-Urteilen Meilicke I und Meilicke II: – Anrechnung niederländischer und dänischer Körperschaftsteuer auf die Einkommensteuer – Folgen der Unionsrechtswidrigkeit einer nationalen Vorschrift	1509
13.)	Anrechnung von ausländischer Körperschaftsteuer, die auf Dividenden von Gesellschaften mit Sitz im Ausland entfällt.	1510
§ 36	ESTG Entstehung und Tilgung der Einkommensteuer (Auszug)	1511
	Gesetzesmaterialien	1512
1.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	1512
§ 41a	ESTG Anmeldung und Abführung der Lohnsteuer (Auszug)	1513
§ 43a	ESTG Bemessung der Kapitalertragsteuer	1516
	Gesetzesmaterialien	1516
1.)	UntStRefG 2008	1516
	Anweisungen	1517
1.)	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer	1517
2.)	Anrechnung spanischer Quellensteuer auf die deutsche Abgeltungsteuer nach § 43a Absatz 3 EStG für das Jahr 2009	1521
3.)	BMF-Schreiben zur Anrechnung spanischer Quellensteuer auf die deutsche Abgeltungsteuer nach § 43a Absatz 3 EStG ab dem Jahr 2015; Ley 26/2014, veröffentlicht am 28.11.2014 in Boletín Oficial del Estado	1521
4.)	Anrechnung norwegischer Quellensteuer auf die deutsche Abgeltungsteuer nach § 43a Absatz 3 EStG für das Jahr 2009; Anwendung der geänderten Übersicht des Bundeszentralamtes für Steuern über die Anrechenbarkeit der Quellensteuer von DBA-Staaten ab dem 01.07. eines Kalenderjahres	1522
§ 50d	ESTG Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (Auszug)	1523
	Literatur (Wpg)	1525
	Gesetzesmaterialien	1526
1.)	StÄndG 2003	1526
2.)	Jahressteuergesetz 2007	1530
3.)	Jahressteuergesetz 2009	1532
4.)	Änderung des Gemeindefinanzreformgesetzes	1526
5.)	Jahressteuergesetz 2013	1530
6.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	1532
7.)	Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz	1534
8.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	1534
	Anweisungen	1535
1.)	Merkblatt zur Steuerfreistellung ausländischer Einkünfte gemäß § 50d Abs. 8 EStG	1535

2.)	§ 50d Abs. 9 Stz 1 Nr. 2 EStG; Besteuerung von in Deutschland ansässigem Flugpersonal britischer und irischer Fluggesellschaften	1535
3.)	Anwendung von § 50d Absatz 9 Satz 1 Nummer 2 Einkommensteuergesetz (EStG) bei der Besteuerung von in Deutschland ansässigem Flugpersonal britischer und irischer Fluggesellschaften ab dem Veranlagungszeitraum 2011	1536
4.)	Ermittlung des steuerfreien und steuerpflichtigen Arbeitslohns nach den Doppelbesteuerungsabkommen sowie nach dem Auslandstätigkeitserlass im Lohnsteuerabzugsverfahren und Änderung des Auslandstätigkeitserlasses	1536
5.)	Anwendung des § 50d Absatz 8 EStG	1537
6.)	Anwendung des § 50d Absatz 9 EStG	1542
	Rechtsprechung	1544
1.)	Keine Anwendung der sog. Rückfallregelung des § 50d Abs. 9 EStG bei unbeschränkter Steuerpflicht auf Antrag nach § 1 Abs. 3 EStG	1544
2.)	Aussetzung der Vollziehung bei negativem Konflikt über abkommensrechtliche Qualifikation einer vermögensverwaltenden, aber gewerblich geprägten spanischen Personengesellschaft	1544
3.)	Anwendungsbereich des § 50d Abs. 9 EStG i. d. F. des Jahressteuergesetzes 2007	1544
4.)	Abkommensrechtliche Behandlung von Lizenzzahlungen als Sondervergütungen nach § 50d Abs. 10 Satz 1 EStG 2002 n.F. – abkommensrechtliche Zurechnung von Betriebsstätten einer Personengesellschaft.	1544
5.)	Kein deutsches Besteuerungsrecht für in die USA nachträglich gezahlte Sondervergütungen (Pensionszahlungen) – keine Umqualifizierung nach § 50d Abs. 10 EStG.	1544
6.)	Britische sog. Claw-back-Besteuerung und Abkommensrecht; Rückwirkende Anwendung des § 50d Abs. 9 EStG 2009	1545
7.)	Verhältnis von § 50d Abs. 8 und 9 Satz 1 Nr. 2 EStG	1545
8.)	Verfassungswidrigkeit eines sog. Treaty override (§ 50d Abs. 8 EStG 2002/2004)?	1545
9.)	Deutsche Piloten einer irischen Fluggesellschaft fliegen weiterhin steuerfrei	1546
10.)	Tatbestands- und Verfassungsmäßigkeit von § 50d Abs. 10 EStG 2002/2009 und der dazu ergangenen Übergangsvorschriften – Zulässigkeit eines Treaty Override	1547
11.)	Besteuerung von in Deutschland ansässigem Flugzeugführer einer irischen Fluggesellschaft.	1548
12.)	Tatbestands- und Verfassungsmäßigkeit von § 50d Abs. 9 Satz 1 Nr. 2 EStG 2002/2007/2009 und der dazu ergangenen Übergangsvorschrift in § 52 Abs. 59a Satz 9 EStG 2009/2013: Treaty override, Rückwirkungsverbot.	1548
13.)	Besteuerung von in Deutschland ansässigem Flugzeugführer der britischen Zweigniederlassung einer US-amerikanischen Gesellschaft	1549
14.)	Überschreibung eines Doppelbesteuerungsabkommens durch innerstaatliches Gesetz („Treaty Override“) ist verfassungsrechtlich zulässig	1550
15.)	§ 50d Abs. 8 EStG 2002 (i. d. F. des StÄndG 2003) und zeitlich nachfolgendes DBA	1551
16.)	Rückfall des Besteuerungsrechts nach § 50d Abs. 8 EStG bei Doppelansässigkeit	1551
17.)	Verfassungsmäßigkeit des § 50d Abs. 8 Satz 1 EStG i. d. F. vom 15.12.2003	1551
18.)	Anwendung der Rückfallklausel in § 50d Absatz 9 Satz 1 Nummer 2 EStG bei sog. Drittstaateinkünften	1551
19.)	Besteuerungsrückfall bei unterschiedlicher Abkommensanwendung.	1552
20.)	Besteuerungsrecht und Abzug ausländischer Steuern bei Arbeitnehmertätigkeit im Ausland	1552
21.)	Nachweis der Besteuerung ausländischen Arbeitslohns durch Arbeitgeberbescheinigung möglich	1552
	Anhang zum Einkommensteuergesetz	1554
	I. Solidaritätszuschlagsgesetz	1554
§ 1	SolZG Erhebung eines Solidaritätszuschlags	1554
§ 2	SolZG Abgabepflicht	1554
§ 3	SolZG Bemessungsgrundlage und zeitliche Anwendung	1554
§ 4	SolZG Zuschlagssatz	1555
§ 5	SolZG Doppelbesteuerungsabkommen	1556
§ 6	SolZG Anwendungsvorschriften	1556
	Anweisungen	1557
1.)	Erstattung und Vergütung des zur Kapitalertragsteuer und zur Körperschaftsteuer erhobenen Solidaritätszuschlags durch das Bundesamt für Finanzen	1557

Rechtsprechung	1557
1.) Solidaritätszuschlag bei erweiterter beschränkter Einkommensteuerpflicht.	1557
2.) Vorauszahlungsbescheid ist Grundlagenbescheid.	1557
3.) Verfassungsmäßigkeit des Solidaritätszuschlags	1557
4.) Kein vorläufiger Rechtsschutz gegen die Festsetzung des Solidaritätszuschlags. .	1558
II. Länderübersicht über die ESt in den wichtigsten Staaten	1558
B. II. Umwandlungssteuergesetz	1559
Erster Teil Allgemeine Vorschriften	1560
§ 1 Anwendungsbereich und Begriffsbestimmungen	1560
§ 2 Steuerliche Rückwirkung.	1561
Zweiter Teil Vermögensübergang bei Verschmelzung auf eine Personengesellschaft oder auf eine natürliche Person und Formwechsel einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft.	1563
§ 3 Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Körperschaft.	1563
§ 4 Auswirkungen auf den Gewinn des übernehmenden Rechtsträgers.	1563
§ 5 Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Körperschaft	1565
§ 6 Gewinnerhöhung durch Vereinigung von Forderungen und Verbindlichkeiten	1565
§ 7 Besteuerung offener Rücklagen	1565
§ 8 Vermögensübergang auf einen Rechtsträger ohne Betriebsvermögen	1566
§ 9 Formwechsel in eine Personengesellschaft	1566
§ 10 Körperschaftsteuererhöhung	1566
Dritter Teil Verschmelzung oder Vermögensübertragung (Vollübertragung) auf eine andere Körperschaft	1566
§ 11 Wertansätze in der steuerlichen Schlussbilanz der übertragenden Körperschaft.	1566
§ 12 Auswirkungen auf den Gewinn der übernehmenden Körperschaft	1567
§ 13 Besteuerung der Anteilseigner der übertragenden Körperschaft	1567
§ 14 (weggefallen)	1567
Vierter Teil Aufspaltung, Abspaltung und Vermögensübertragung (Teilübertragung)	1568
§ 15 Aufspaltung, Abspaltung und Teilübertragung auf andere Körperschaften	1568
§ 16 Aufspaltung oder Abspaltung auf eine Personengesellschaft.	1568
§ 17 (weggefallen)	1568
§ 18 Gewerbesteuer bei Vermögensübergang auf eine Personengesellschaft oder auf eine natürliche Person sowie bei Formwechsel in eine Personengesellschaft.	1568
§ 19 Gewerbesteuer bei Vermögensübergang auf eine andere Körperschaft.	1569
Sechster Teil Einbringung von Unternehmensteilen in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft und Anteilstausch	1569
§ 20 Einbringung von Unternehmensteilen in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft.	1569
§ 21 Bewertung der Anteile beim Anteilstausch	1571
§ 22 Besteuerung des Anteilseigners	1572
§ 23 Auswirkungen bei der übernehmenden Gesellschaft	1575
Siebter Teil Einbringung eines Betriebs, Teilbetriebs oder Mitunternehmeranteils in eine Personengesellschaft.	1576
§ 24 Einbringung von Betriebsvermögen in eine Personengesellschaft.	1576
Achter Teil Formwechsel einer Personengesellschaft in eine Kapitalgesellschaft oder Genossenschaft.	1577
§ 25 Entsprechende Anwendung des Sechsten Teils	1577
Neunter Teil Verhinderung von Missbräuchen	1577
§ 26 (weggefallen)	1577
Zehnter Teil Anwendungs-, Übergangsvorschrift und Ermächtigung	1578
§ 27 Anwendungs- und Übergangsvorschriften.	1578
§ 28 Bekanntmachungserlaubnis.	1580
Literatur (Wpg)	1580
Gesetzesmaterialien	1581
1.) Brexit-Steuerbegleitgesetz	1581
2.) KöMoG	1583

Anweisungen	1584
1.) Anwendung des Umwandlungssteuergesetzes i. d. F. des Gesetzes über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG)	1584
2.) Einbringung nach dem Gesetz über steuerliche Begleitmaßnahmen zur Einführung der Europäischen Gesellschaft und zur Änderung weiterer steuerrechtlicher Vorschriften (SEStEG); Nachweispflicht gem. § 22 Abs. 3 UmwStG n. F.	1584
Rechtsprechung	1586
1.) Ist die „doppelte Buchwertverknüpfung“ im UmwStG 2002 beim grenzüberschreitenden Anteilstausch mit EU-Recht vereinbar?	1586
2.) „Doppelte Buchwertverknüpfung“ im alten Umwandlungsteuerrecht ist nicht mit EU-Recht vereinbar.	1586
3.) Berücksichtigung eines Sperrbetrages nach § 50c Abs. 7 EStG 1990 bei der Ermittlung des Verschmelzungsgewinns nach § 4 Abs. 4, 5 UmwStG 1995	1587
4.) Verlustverrechnung bei Verschmelzung von Kapitalgesellschaften	1587
5.) EuGH-Vorlage zur Unionsrechtswidrigkeit der sog. Entstrickungsbesteuerung nach § 20 UmwStG 1995	1587
6.) Stundung der Sofortbesteuerung nicht realisierter Wertzuwächse bei der Einbringung von Anteilen an Personengesellschaft in Kapitalgesellschaft	1588
7.) Unionsrechtswidrigkeit von § 20 Abs. 3 und Abs. 4 UmwStG 1995	1588
8.) Zur Frage der steuerlichen Folgen einer grenzüberschreitenden „Abwärtsverschmelzung“	1589
9.) Abwärtsverschmelzung mit ausländischer Anteilseignerin	1590
10.) Übertragungsgewinn aus Aufwärtsverschmelzung im Organschaftsfall	1590
Anhang (Auszug aus dem UmwStG 2002, §§ 20 und 21)	1591
B. III. Körperschaftssteuer	1595

Erster Teil Steuerpflicht

§ 1 KStG Unbeschränkte Steuerpflicht	1595
Literatur (Wpg)	1596
Gesetzesmaterialien	1596
1.) SEStEG	1596
2.) Jahressteuergesetz 2008	1596
3.) Kroatien-AnpG	1597
4.) Steueränderungsgesetz 2015	1597
R 1.1 KStR Unbeschränkte Steuerpflicht	1598
Hinweise	1598
Anweisungen	1599
1.) Europäische Wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	1599
2.) Steuerliche Behandlung von Kapitalgesellschaften ausländischen Rechts mit Geschäftsleitung im Inland, insbesondere der „non-resident-limiteds“ britischen Rechts	1599
3.) Steuerrechtliche Behandlung ausländischer Kapitalgesellschaften	1604
4.) Steuerliche Folgen der Löschung einer britischen Limited aus dem britischen Handelsregister	1605
Rechtsprechung	1607
1.) Unbeschränkte Steuerpflicht einer schweizerischen Basisgesellschaft	1607
2.) Ausländische Kapitalgesellschaft mit Geschäftsleitung im Inland	1607
3.) Ausländische Bauleitungsgesellschaft mit doppeltem Geschäftsleitungsort	1607
4.) Beteiligungsfähigkeit einer britischen Limited	1607

Zweiter Teil Einkommen

§ 8 KStG Ermittlung des Einkommens	1609
Gesetzesmaterialien	1610
1.) SEStEG	1610
2.) Jahressteuergesetz 2007	1610
3.) UntStRefG 2008	1610

4.)	Jahressteuergesetz 2009	1610
5.)	„Steueroasen“-Gesetz	1610
R 7.1 KStR	Ermittlung des zu versteuernden Einkommens	1611
R 7.2 KStR	Ermittlung der festzusetzenden und verbleibenden Körperschaftsteuer	1612
R 8.1 KStR	Anwendung einkommensteuerlicher Vorschriften	1612
Hinweise		1614
R 8.5 KStR	Verdeckte Gewinnausschüttungen	1613
Hinweise		1613
R 8.6 KStR	Wert der verdeckten Gewinnausschüttungen, Ausgleichsanspruch, Beweislast, Rückgängigmachung	1619
Hinweise		1619
R 8.7 KStR	Rückstellungen für Pensionszusagen an Gesellschafter-Geschäftsführer von Kapitalgesellschaften	1618
R 8.8 KStR	Tantiemen	1618
R 8.9 KStR	Verdeckte Einlage	1620
Hinweise		1620
R 8.10 KStR	Verluste bei Körperschaften	1621
Hinweise		1621
Anweisungen		1623
1.)	Behandlung der Rückzahlung verdeckter Gewinnausschüttungen	1623
2.)	Aufwendungen für zu ausländischen Tochtergesellschaften entsandte Arbeitskräfte	1623
3.)	Bewertung von wesentlichen Beteiligungen bei verdeckter Einlage	1624
4.)	Steuerrechtliche Behandlung des Erwerbs eigener Anteile	1625
5.)	Anwendung von § 8 Abs. 4 KStG und § 12 Abs. 3 Satz 2 UmwStG	1628
6.)	Gewinnermittlung bei Handelsschiffen im internationalen Verkehr nach § 5a EStG; Auswirkungen bei der Körperschaftsteuer	1628
7.)	Korrektur einer verdeckten Gewinnausschüttung innerhalb oder außerhalb der Steuerbilanz	1629
8.)	Auslegungsfragen zu § 8 Abs. 4 KStG – Beurteilung des Umfangs von neu zugeführtem Betriebsvermögen	1630
9.)	Angemessenheit der Gesamtbezüge eines Gesellschafter-Geschäftsführers	1630
10.)	Änderung von Steuerbescheiden; Auswirkungen der Aufdeckung verdeckter Gewinnausschüttungen bei der Kapitalgesellschaft und ihren Anteilseignern	1631
11.)	Körperschaftsteuerlicher Verlustabzug nach § 8 Abs. 4 KStG; Veröffentlichung des BFH-Urteils vom 14. März 2006 – I R 8/05 – (BStBl. II S. 602)	1631
12.)	Körperschaftssteuerlicher Verlustabzug nach § 8 Abs. 4 KStG, zuletzt in der Fassung vom 23. Dezember 2001; Anwendung der Urteile des BFH vom 5. Juni 2007 – I R 106/05 – (BStBl. II 2008 S. 986) und – I R 9/06 – (BStBl. II 2008 S. 988)	
Rechtsprechung		1631
1.) Verdeckte Einlagen		1632
1.1.)	Ausländische Muttergesellschaft leistet Zusatzzahlungen an Arbeitnehmer ihrer inländischen Tochtergesellschaft	1632
1.2.)	Zinsverzicht des Gesellschafters	1632
1.3.)	Voraussetzungen einer verdeckten Einlage	1632
1.4.)	Unentgeltlicher Nutzungsvorteil	1632
1.5.)	Verdeckte Einlage und ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibung	1632
2.) Verdeckte Gewinnausschüttungen		1633
2.1.)	Vorteile für Muttergesellschaft	1633
2.2.)	Vorteilszuwendung an Schwestergesellschaft	1633
2.3.)	Vereinbarungen mit dem beherrschenden Gesellschafter	1633
2.4.)	Vorteilszuwendung an Gesellschafter-Geschäftsführer	1633
2.5.)	Vorteilszuwendung an eine dem Gesellschafter nahestehende Person	1634
2.6.)	Umbuchung von Rücklagen auf ausstehende Einlagen bei einer GmbH	1634
2.7.)	Handlungsweise des Geschäftsleiters einer Organgesellschaft	1634
2.8.)	Verstoß gegen das Einlagenrückgewähr-Verbot	1634
2.9.)	Rechtsverzicht zugunsten der Gesellschafter	1634
2.10.)	Unentgeltliche Übertragung immaterieller Wirtschaftsgüter	1634
2.11.)	Habenzinsen als Orientierungsmaßstab bei zinsloser Darlehensgewährung	1635
2.12.)	Gewinnkorrektur zwischen verbundenen Unternehmen	1635

2.13.)	Unangemessen niedriges Entgelt für Dienstleistungen einer konzerneigenen Steuerberatungsgesellschaft	1635
2.14.)	Lizenzentgelte für die Überlassung des Konzernnamens sowie für Markenname und Markenzeichen	1635
2.15.)	Deutsches Besteuerungsrecht an verdeckter Gewinnausschüttung einer spanischen Sociedad Limitada an inländischen Anteilseigner infolge unentgeltlicher Nutzung einer Ferienimmobilie	1635
3.)	Rückgängigmachung einer Gewinnausschüttung	1636
3.1.)	Keine Rückgängigmachung einer Gewinnausschüttung durch Aufhebung des Gewinnverteilungsbeschlusses.	1636
3.2.)	Verrechnung mit dem Anspruch auf Gewinnbeteiligungen	1636
3.3.)	Anspruch auf Rückgewähr einer vGA	1636
3.4.)	Rückgewähr von vGA aufgrund einer Satzungsklausel und einer offenen Gewinnausschüttung nach § 31 Abs. 1 GmbHG	1637
4.)	Behandlung ausländischer Steuern bei der Gewinnermittlung	1637
4.1.)	Ausländischer Auftraggeber übernimmt Quellensteuer	1637
4.2.)	Behandlung ausländischer Quellensteuern	1637
§ 8a	KStG Betriebsausgabenabzug für Zinsaufwendungen bei Körperschaften (Zinsschranke)	1638
	Literatur (Wpg)	1639
	Gesetzesmaterialien	1639
1.)	UntStRefG 2008	1639
2.)	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	1639
	Anweisungen	1640
1.)	Gesellschafter-Fremdfinanzierung (§ 8a KStG a. F.)	1640
a)	BMF-Schreiben vom 15.12.1994	1640
b)	BMF-Schreiben vom 15.07.2004	1640
2.)	Bürgschaftsgesicherte Fremdfinanzierung von Kapitalgesellschaften nach § 8a Abs. 1 Satz 2 KStG a. F. (Gesellschafter-Fremdfinanzierung)	1640
3.)	EuGH-Urteil vom 12.12.2002 – Rs. C 324/00 (Lankhorst-Hohorst) zur Unvereinbarkeit von § 8a Abs. 1 Nr. 2 KStG a. F. mit Art. 43 EG	1640
4.)	Anwendungsfragen zu § 8a Abs. 6 KStG a. F.	1640
5.)	Zinsschranke (§ 4h EStG; § 8a KStG)	1640
6.)	Aussetzung der Vollziehung wegen ernstlicher Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke (§ 4h EStG, § 8a KStG); BFH-Beschluss vom 18.12.2013 – I B 85/13 –	1640
	Rechtsprechung zu § 8a KStG n. F.	1641
1.)	Ernstliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 8a Abs. 2 Alternative 3 KStG 2002 n. F.	1641
2.)	Ernstliche Zweifel an der Verfassungsmäßigkeit des § 4h EStG 2002 n.F. – Aussetzungsinteresse	1641
3.)	Verfassungsmäßigkeit der sog. Zinsschranke – Billigkeitsmaßnahme	1641
4.)	Gesellschafter-Fremdfinanzierung nach § 8a KStG 2002 n.F.	1641
	Rechtsprechung zu § 8a KStG a. F.	1642
1.)	Vergütungen für kurzfristiges Fremdkapital	1642
2.)	Bankübliche Geschäfte im Konzern	1642
3.)	Nichtvereinbarkeit des § 8a KStG mit EG-Recht	1642
4.)	Zeitpunkt des Gegenbeweises gemäß § 8a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 KStG 1996	1642
5.)	Anwendung des § 8a KStG a. F. bei Gesellschaften aus Drittstaaten stellt keinen Verstoß gegen das Gemeinschaftsrecht dar	1642
6.)	§ 8a KStG 1999 a.F./n.F. verstößt gegen Art. 25 Abs. 3 DBA-Schweiz 1971/1992	1642
7.)	§ 8a Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 i. V. m. Satz 2 KStG 1999 a.F. verstößt gegen Art. 24 Abs. 4 DBA-USA 1989	1642
§ 8b	KStG Beteiligungen an ausländischen Gesellschaften	1644
	Literatur (Wpg)	1648
	Gesetzesmaterialien	1648
1.)	Jahressteuergesetz 2007	1648
2.)	Jahressteuergesetz 2008	1648
3.)	UntStRefG 2008	1648

4.)	Jahressteuergesetz 2009	1648
5.)	ATAD-Umsetzungsgesetz.	1648
	Hinweise.	1650
	Anweisungen	1651
1.)	Anwendung des § 8b KStG 2002 und Auswirkungen auf die Gewerbesteuer.	1651
2.)	Anwendung des § 8b Abs. 7 KStG.	1661
3.)	Behandlung des Aktieneigenhandels nach § 8b Abs. 7 KStG i.d.F. des Gesetzes zur Änderung des Investitionszulagengesetzes 1999	1661
4.)	Anwendung des § 8b Abs. 4 KStG auf Beteiligungen in einem eingebrachten Betriebsvermögen	1662
5.)	Anwendung des § 8b Abs. 3 KStG und des § 3c Abs. 2 EStG auf Gewinnminderungen von im Betriebsvermögen gehaltenen Beteiligungen an Investmentfonds.	1662
6.)	Anwendung des § 8b Abs. 2 Satz 4 KStG, wenn zuvor vorgenommene Teilwertabschreibungen zum Teil voll steuerwirksam und zum Teil nicht steuerwirksam waren	1662
7.)	Rechtsfolgen aus der Veröffentlichung des BFH-Urteils I R 95/05 vom 9. August 2006 im Bundessteuerblatt 2007 II S. 279.	1663
8.)	Behandlung von Betriebsausgaben im Zusammenhang mit Auslandsdividenden in den Veranlagungszeiträumen (VZ) 1993 bis 2003; Anwendung des EuGH-Urteils vom 23. Februar 2006 in der Rs. C-471/07 <i>Keller-Holding</i> und der BFH-Urteile vom 13. Juni 2006 – I R 78/04 – und vom 9. August 2006 – I R 50/05 –	1663
9.)	Anwendung des § 8b Abs. 3 KStG 1999 i. d. F. des Gesetzes zur Fortentwicklung des Unternehmenssteuerrechts vom 20.12.2001, BGBl. I Seite 3858, auf Auslandsbeteiligungen in den Veranlagungszeiträumen 2001 und – im Fall eines vom Kalenderjahr abweichenden Wirtschaftsjahrs – 2002 – Folgen des EuGH-Urteils vom 22.01.2009 in der Rs. C-377/07 <i>STeko</i> (BStBl. 2011 II Seite 95) – Ersatz des BMF-Schreibens vom 16.04.2012 (BStBl. I Seite 529)	1663
10.)	Steuerliche Gestaltungsmodelle im Zusammenhang mit Finanzmarktprodukten unter Ausnutzung von § 8b KStG	1663
11.)	Veräußerungsgewinnbefreiung nach § 8b Absatz 2 KStG; Behandlung von Veräußerungskosten und nachträglichen Kaufpreisänderungen	1667
12.)	Körperschaftsteuerliche Behandlung von Fremdwährungsverlusten in Konzernfällen; Anwendung des § 8b Abs. 3 Sätze 4 ff. KStG bei fremdüblicher Absicherung von Kursverlusten	1669
13.)	Anwendung des § 8b Abs. 2 KStG auf Erträge aus Währungssicherungsgeschäften; Urteil des Bundesfinanzhofs vom 10.04.2019, I R 20/16, BStBl. II S. 674	1669
14.)	Einkommenserhöhung durch eine verdeckte Einlage bei Nichtberücksichtigung einer verdeckten Gewinnausschüttung (§ 8 Absatz 3 Satz 5 KStG); BFH-Urteil vom 13.06.2018, I R 94/15, BStBl. II S. 755	1672
	Rechtsprechung	1673
1.)	Anwendung des § 8b Abs. 2 KStG auf vGA anlässlich einer Anteilsveräußerung	1673
2.)	Kein Abzugsverbot für abführungsbedingte Teilwertabschreibungen	1673
3.)	Die nur für Auslandsbeteiligungen geltende Pauschalregelung für nichtabziehbaren Beteiligungsaufwand in § 8b Abs. 5 KStG a. F. ist nicht mit EU-Recht vereinbar	1673
4.)	Europarechtswidrigkeit des § 8b Abs. 7 KStG 1999 i.d.F. des StBereinG 1999 ..	1674
5.)	Europarechtswidrigkeit des § 8b Abs. 5 KStG 1999 a.F./KStG 2002 a.F.	1674
6.)	Abzugsverbot für Gewinnminderungen nach § 8b Abs. 3 KStG.	1674
7.)	§ 8b Abs. 5 KStG a.F. verstößt auch gegen EU-Kapitalverkehrsfreiheit und ist somit auch gegenüber sog. Drittstaaten unanwendbar	1675
8.)	Teilwertabschreibungen auf eigenkapitalersetzende Darlehen keine nicht abzugsfähigen Gewinnminderungen im Sinne des § 8b Abs. 3 KStG a.F.	1675
9.)	Wertaufholungen sind zunächst mit nicht steuerwirksamen Teilwertabschreibungen zu verrechnen	1675
10.)	Pauschalierung des Betriebsausgabenabzugs nach § 8b Abs. 5 KStG ist verfassungsgemäß.	1676

11.)	Keine Rücklage für Ersatzbeschaffung beim sog. Squeeze-out – Abzugsverbot gemäß § 8b Abs. 3 KStG a. F. auch für Veräußerungsverluste	1676
12.)	Wertveränderung einer Kaufpreisforderung als Teil des Veräußerungsgewinns i. S. von § 8b Abs. 2 Satz 2 KStG 2002	1676
13.)	Abzugsverbot für Teilwertabschreibungen auf Kapitalbeteiligungen in Drittstaaten generell erst ab dem Veranlagungszeitraum 2002 anwendbar	1676
14.)	Vorrang der Niederlassungsfreiheit gegenüber der Kapitalverkehrsfreiheit und damit keine Drittstaatenwirkung bei gesetzlicher qualifizierter Mindestbeteiligungsquote von 10 v. H.	1677
15.)	Kein Abzugsverbot nach § 8b Abs. 3 KStG 2002 a.F. für vergeblichen sog. Due-Diligence-Aufwand	1677
16.)	Abzugsverbot für Teilwertabschreibungen bei Auslandsbeteiligungen im Veranlagungszeitraum 2001	1677
17.)	Abziehbarkeit von Veräußerungskosten bei einer Anteilsveräußerung nach § 8b Abs. 2 KStG 2002	1678
18.)	Nachträgliche Veränderung des Veräußerungspreises und der Veräußerungskosten als stichtagsbezogene Teile des Veräußerungsgewinns i.S. von § 8b Abs. 2 Satz 2 KStG 2002	1678
19.)	Verluste aus Termingeschäften als Veräußerungskosten nach § 8b Abs. 2 Satz 1 KStG 2002	1678
20.)	Zurechnung von Aktien bei einer Wertpapierleihe	1678
21.)	Veräußerungskosten nach § 8b Abs. 2 Satz 2 KStG bei ausschließlich auf Anteilsveräußerungen ausgerichteten Geschäftsbetrieb	1679
22.)	Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung von Streubesitzdividenden (§ 8b Abs. 4 KStG)	1679
23.)	Anwendung des § 8b Abs. 5 Satz 1 KStG auf nach § 3 Nr. 41 Buchst. a EStG steuerfreie Gewinnausschüttungen	1680
24.)	Keine Betriebsausgabenfiktion gemäß § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG ohne inländische Betriebsstätte	1680
25.)	Unionsrechtlicher Prüfungsmaßstab für § 8b Abs. 6 Nr. 1 KStG 1999 a. F. bei Steuerfreistellung nach DBA	1680
26.)	Bewertung einer Sachausschüttung in Form einer offenen Gewinnausschüttung; keine Rückwirkung von § 8b Abs. 3 Satz 1 KStG	1681
27.)	Abwärtsverschmelzung mit ausländischer Anteilseignerin	1681
28.)	Anwendbarkeit der Kapitalverkehrsfreiheit bei gesetzlicher Mindestbeteiligungsquote von 10 v. H.	1681
29.)	Zur Anwendbarkeit des § 8b Abs. 5 KStG im Rahmen einer grenzüberschreitenden Betriebsaufspaltung	1683
30.)	Anwendbarkeit des § 8b Abs. 1 bis 6 KStG 2002 i. d. F. des Korb II-Gesetzes auf Beteiligungserträge einer Sparkasse	1683
31.)	Übertragungsgewinn aus Aufwärtsverschmelzung im Organschaftsfall	1683
32.)	Steuerfreistellung nach § 8b Abs. 2 KStG bei gewinn- und umsatzabhängigen Kaufpreisforderungen	1683
33.)	Keine zeitliche Verrechnungsreihenfolge in § 8b Abs. 8 Satz 2 KStG	1683
34.)	Ertrag aus Währungskurssicherungsgeschäft erhöht steuerfreien Veräußerungsgewinn aus Anteilsverkauf	1684
35.)	§ 8b Abs. 4 KStG und § 9 Nr. 2a GewStG sind verfassungsgemäß	1686
36.)	Außerbilanzielle Hinzurechnung von Fremdwährungsverlusten aus Forderungen gegen eine ausländische Tochtergesellschaft	1684
37.)	Grenzüberschreitende Betriebsaufspaltung	1685
38.)	Sog. Typenvergleich zur Qualifizierung von Ausschüttungen einer ausländischen Gesellschaft	1685
§ 8c	KStG Verlustabzug bei Körperschaften	1687
	Literatur (Wpg)	1688
	Gesetzesmaterialien	1688
1.)	UntStRefG 2008	1688
2.)	Wachstumsbeschleunigungsgesetz	1688
3.)	Jahressteuergesetz 2010	1688
4.)	BeitrRLUmsG	1689

5.)	Steueränderungsgesetz 2015	1689
6.)	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen	1689
7.)	„Jahressteuergesetz 2019“	1691
	Parlamentarische Anfragen	1692
1.)	Zeitpunkt der Veröffentlichung für ein überarbeitetes BMF-Schreiben zu § 8c KStG und Sachstand hinsichtlich der Anwendbarkeit der Sanierungsklausel	1692
	Anweisungen	1693
1.)	Verlustabzugsbeschränkung für Körperschaften (§ 8c KStG)	1693
2.)	Sanierungsklausel der Regelung zur Verlustverrechnungsbeschränkung bei Körperschaften (§ 8c KStG); Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens durch die Europäische Kommission – Staatliche Beihilfe – C-7/2010	1693
3.)	Sanierungsklausel der Regelung zur Verlustverrechnungsbeschränkung bei Körperschaften (§ 8c KStG); Einleitung eines förmlichen Prüfverfahrens durch die Europäische Kommission – Staatliche Beihilfe – C-7/2010	1693
4.)	Die Bundesregierung wird gegen den Beschluss der EU-Kommission vom 26.01.2011 betreffend die Sanierungsklausel des § 8c Absatz 1a KStG Klage erheben	1693
5.)	Verlustabzugsbeschränkung für Körperschaften (§ 8c KStG)	1694
6.)	Aussetzung der Steuerfestsetzung nach § 165 Absatz 1 Satz 4 AO	1707
7.)	Aufhebung der Aussetzung der Steuerfestsetzung hinsichtlich § 8c Satz 1 KStG a. F. sowie des § 8c Absatz 1 Satz 1 KStG a. F.	1708
	Rechtsprechung	1709
1.)	Verlustabzugsverbot bei unterjährigem schädlichen Beteiligungserwerb.	1709
2.)	Deutsche steuerrechtliche Bestimmungen über den Verlustvortrag auf die künftigen Steuerjahre (Sanierungsklausel)	1709
3.)	Verlustrücktrag trotz schädlichen Beteiligungserwerbs	1710
4.)	Verlustabzugsverbot bei schädlichem Beteiligungserwerb (Erwerbergruppe)	1710
5.)	Zur Ungleichbehandlung von Kapitalgesellschaften beim Verlustabzug infolge eines schädlichen Beteiligungserwerbs nach § 8c Satz 1 KStG (jetzt § 8c Absatz 1 Satz 1 KStG)	1710
6.)	Verfassungsmäßigkeit des § 8c Satz 2 KStG a. F.	1713
§ 8d	Fortführungsgebundener Verlustvortrag	1714
	Gesetzesmaterialien	1715
1.)	Gesetz zur Weiterentwicklung der steuerlichen Verlustverrechnung bei Körperschaften.	1715
§ 11	KStG Auflösung und Abwicklung (Liquidation)	1740
	R 11 KStR Liquidationsbesteuerung	1740
§ 12	KStG Entstrickungs- und Wegzugsbesteuerung	1741
	Gesetzesmaterialien	1742
1.)	SEStEG	1742
2.)	Jahressteuergesetz 2010	1743
3.)	Brexit-Steuerbegleitgesetz	1744
4.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	1746
5.)	KöMoG	1748
6.)	„Steueroasen“-Gesetz	1748
	Anweisungen	1750
1.)	Verlust oder Beschränkung des Besteuerungsrechts der Bundesrepublik Deutschland (§ 12 KStG); Änderung der Randnummer 13.04 des BMF-Schreibens vom 11.11.2011 (BStBl I S. 1314)	1750
2.)	Passive Entstrickung aufgrund erstmaliger Anwendung eines Abkommens zur Vermeidung der Doppelbesteuerung (DBA)	1750
Dritter Teil		
Tarif; Besteuerung bei ausländischen Einkünften		
§ 23	KStG Steuersatz	1751
	Rechtsprechung	1751
1.)	Zur Verletzung des sog. Halbteilungsgrundsatzes	1751

§ 26	KStG Besteuerung ausländischer Einkunftsteile	1752
	Gesetzesmaterialien	1753
1.)	EG-Amtshilfe-AnpG	1753
2.)	StÄndG 2007	1753
3.)	Jahressteuergesetz 2007	1753
4.)	Kroatien-AnpG	1753
5.)	Zollkodex-AnpG	
	R 26 KStR Berücksichtigung ausländischer Steuern	1754
	Hinweise	1754
	Anweisungen	1755
1.)	Ausländische Bestätigungsvermerke im Sinne des § 26 Abs. 4 KStG	1755
2.)	Zuordnung von Betriebsausgaben zu steuerfreien Schachteldividenden	1755
3.)	Anrechnung oder Abzug ausländischer Steuern im Organkreis (§ 26 KStG in Verbindung mit § 34c Absatz 1 und 2 EStG)	1755
	Rechtsprechung	1756
1.)	Unmittelbarer wirtschaftlicher Zusammenhang zwischen Aufwendungen und steuerfreien Einnahmen	1756
2.)	Schachtelvergünstigung und Hinzurechnungsbesteuerung	1756
3.)	Ausländischer Auftraggeber übernimmt Quellensteuer	1756
4.)	Behandlung ausländischer Quellensteuern	1756
5.)	Schachtelprivileg für brasilianische Eigenkapitalverzinsung als Dividende	1756
§ 27	KStG Nicht in das Nennkapital geleistete Einlagen	1757
	Anweisungen	1757
1.)	Steuerliches Einlagekonto bei Begründung der unbeschränkten Steuerpflicht durch Zuzug aus dem Ausland, § 27 Abs. 2 Satz 3 KStG	1757
2.)	Keine steuerneutrale Einlagenrückgewähr nach § 20 Abs. 1 Nr. 1 Satz 3 EStG i. V. m. § 27 KStG durch Kapitalgesellschaften in Drittstaaten	1757
3.)	Gesonderte Feststellung von Nennkapitalrückzahlungen bei ausländischen Kapitalgesellschaften (§ 27 Abs. 8 KStG)	1757
	Rechtsprechung	1758
1.)	Besteuerung eines ausländischen sog. „Spin-off“ Besteuerung der Einlagenrückgewähr einer Drittstaatengesellschaft verstößt gegen Unionsrecht	1758
2.)	Einlagenrückgewähr durch eine Drittstaatengesellschaft	1758
3.)	Nachweis der Einlagenrückgewähr bei Ausschüttungen einer EU-Kapitalgesellschaft im Steuerfestsetzungsverfahren des Anteilseigners	1759
	Vierter Teil	
	Nicht in das Nennkapital geleistete Einlagen und Entstehung und Veranlagung	
§ 30	KStG Entstehung der Körperschaftsteuer	1760
§ 31	KStG Steuererklärungspflicht, Veranlagung und Erhebung von Körperschaftsteuer	1760
§ 32	KStG Sondervorschriften für den Steuerabzug vom Kapitalertrag	1761
	Gesetzesmaterialien	1762
1.)	Jahressteuergesetz 2009	1762
§ 32a	KStG Erlass, Aufhebung oder Änderung von Steuerbescheiden bei verdeckter Gewinnausschüttung oder verdeckter Einlage	1763
	Gesetzesmaterialien	1763
1.)	Jahressteuergesetz 2007	1763
	Rechtsprechung	1764
1.)	Nachträgliche Beseitigung der Rechtswidrigkeit eines wegen einer vGA geänderten Einkommensteuerbescheids des Anteilseigners	1764
	Anhang zum Körperschaftsteuergesetz	1764
1.)	Länderübersicht über die Körperschaftssteuern der wichtigen Staaten	1764
B. IV.	Gewerbsteuer	1765
§ 1	GewStG Steuerberechtigte	1765
	R 1.3 GewStR 2009 Örtliche Zuständigkeit für die Festsetzung und Zerlegung des Steuermessbetrags	1765

	R 1.9 GewStR 2009 Anzeigepflichten	1765
§ 2	GewStG Steuergegenstand	1766
	§ 5 GewStDV Betriebsstätten auf Schiffen	1767
	Gesetzesmaterialien	1767
	1.) Jahressteuergesetz 2008	1767
	2.) Kroatien-AnpG	1767
	3.) Steueränderungsgesetz 2015	1767
	R 2.1 (4) GewStR 2009 Gewerbebetrieb kraft Rechtsform	1768
	R 2.8 GewStR 2009 Inland, gebietsmäßige Abgrenzung der Besteuerung	1768
	R 2.9 GewStR 2009 Betriebsstätte	1769
	R 2.9 (1) GewStR 2009 Allgemeines	1769
	R 2.9 (2) GewStR 2009 Bauausführungen oder Montagen	1770
	R 2.9 (4) GewStR 2009 Betriebsstätte eines Vertretenen	1771
	Anweisungen	1773
	1.) Einbeziehung von Grundstücksverkäufen im Ausland bei der Abgrenzung zwischen privater Vermögensverwaltung und gewerblichem Grundstückshandel	1773
	2.) Organschaft über Grenze; Organträger ohne Sitz im Inland	1773
	3.) Gewerbesteuererleichterung Gemeinde Norderfriedrichskoog (Schleswig-Holstein)	1773
	4.) Gewerbesteuerpflicht bei doppelt ansässigen Gesellschaften (§ 2 Abs. 2 GewStG); Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) zur Niederlassungsfreiheit vom 9. März 1999 – Rechtssache C-212/97 (NJW 1999 S. 2027) – und vom 5. November 2002 – Rechtssache C – 208/00 (NJW 2002 S. 3614) – auf Abschn. 13 Abs. 2 Satz 4 Gewerbesteuer-Richtlinien 1998 (GewStR)	1773
§ 2a	GewStG Arbeitsgemeinschaften	1774
	R 2a GewStR 2009 Arbeitsgemeinschaften	1774
§ 4	GewStG Heheberechtigte Gemeinde	1774
	§ 15 GewStDV Heheberechtigte Gemeinde bei Gewerbebetrieben auf Schiffen und bei Binnen- und Küstenschiffahrtbetrieben	1775
	Gesetzesmaterialien	1775
	1.) Kroatien-AnpG	1775
§ 5	GewStG Steuerschuldner	1776
	R 5.2 GewStR 2009 Europäische wirtschaftliche Interessenvereinigung (EWIV)	1776
§ 6	GewStG Besteuerungsgrundlage	1776
§ 7	GewStG Gewerbeertrag	1777
	Gesetzesmaterialien	1778
	1.) EURLUMsG	1778
	2.) Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	1779
	Rechtsprechung	1782
	1.) Keine Hinzurechnungen und Kürzungen hinsichtlich des Tonnage-Gewinns im Sinne von § 5a EStG i.V.m. § 7 Satz 2 GewStG	1782
	2.) Erhöhungsbetrag nach § 12 Abs. 1 Satz 2 AStG a.F. wirkt sich auch auf die Ermittlung des Gewerbeertrags aus	1782
	3.) Berücksichtigung von § 50c Abs. 1 EStG 1990 bei der Ermittlung des Gewerbeertrags	1782
	4.) Keine gewerbesteuerliche Kürzung des Gewinns aus der Auflösung von Unterschiedsbeträgen während der Gewinnermittlung nach der Tonnage	1782
	5.) Kürzung des Gewinns aus Gewerbebetrieb um den Hinzurechnungsbetrag nach § 10 Abs. 1 Satz 1 AStG	1782
	6.) Verfassungsmäßigkeit der rückwirkenden Änderung von § 7 Satz 3 GewStG durch „JStG 2019“ nicht ernstlich zweifelhaft	1782
	7.) Tonnagebesteuerung: Hinzurechnung von Sondervergütungen	1784
§ 8	GewStG Hinzurechnungen	1785
	Gesetzesmaterialien	1786
	1.) UntStRefG 2008	1786
	§ 19 GewStDV Schulden bestimmter Unternehmen	1786

R 8.7 GewStR 2009 Gebietsmäßige Abgrenzung bei Hinzurechnungen nach § 8 GewStG	1787
Anweisungen	1788
1.) Anwendungen zur Hinzurechnung von Finanzierungsanteilen nach § 8 Nr. 1 GewStG in der Fassung des Unternehmensteuere reformgesetzes 2008 vom 14.08.2007 (BGBl. I S. 1912, BStBl. I S. 630)	1788
2.) Hinzurechnung nach § 8 Nr. 1 und § 12 Abs. 2 Nr. 1 GewStG bei im Ausland aufgenommenen Verbindlichkeiten, die unter die Depotpflicht fallen	1789
3.) Hinzurechnung nach § 8 Nr. 7 GewStG bei Ansässigkeit des Vermieters in einem EU- bzw. EWR-Staat	1789
4.) Behandlung der nach § 4 Abs. 4a EStG nicht abziehbaren Schuldzinsen	1789
5.) Auswirkungen des Urteils des EuGH vom 26. Oktober 1999, C-294/97, BStBl. II S. 851, zur Vereinbarkeit gewerbesteuerlicher Hinzurechnungsvorschriften für gemietete Anlagegüter mit dem Gebot des freien Dienstleistungsverkehrs nach Art. 59 EGV (nunmehr Art. 49 EG)	1789
6.) Folgen aus dem BFH-Urteil vom 06.03.2012 – I R 14/07 (BStBl 2015 II S. 349)	1789
Rechtsprechung	1790
1.) Hinzurechnung bei Miete oder Pacht und EWGV-Diskriminierungsverbot	1790
2.) § 8 Nr. 7 Satz 2 und § 12 Abs. 2 Nr. 2 Satz 2 GewStG sind nicht mit dem Gebot des freien Dienstleistungsverkehrs vereinbar	1790
3.) Die Hinzurechnungsvorschriften für Miet- und Pachtzinsen (§ 8 Nr. 7 Satz 2 Halbsatz 1 und § 12 Abs. 2 Nr. 2 Halbsatz 1 GewStG) verstoßen nicht gegen gemeinschaftsrechtliche Diskriminierungsverbote	1790
4.) Gewerbesteuerliche Hinzurechnung von Darlehenszinsen: Vorlage an den Europäischen Gerichtshof	1790
5.) Keine Kürzung des Hinzurechnungsbetrags um nach § 8b KStG unberücksichtigt bleibende Teilwertabschreibungen	1791
6.) Gewerbesteuerliche Hinzurechnung der über ein Wertpapier-Sondervermögen bezogenen steuerfreien Dividenden	1791
7.) Keine Hinzurechnung der Gewinnausschüttung einer polnischen Kapitalgesellschaft gemäß § 8 Nr. 5 GewStG 2002	1791
8.) Wirtschaftliches Eigentum an Forderungen im sog. Asset-Backed-Securities-Modell	1791
9.) Unionsrechtmäßigkeit der gewerbesteuerlichen Hinzurechnung von Zinsen aus Darlehen einer niederländischen Muttergesellschaft	1792
10.) Nichtabziehbarkeit des sog. negativen Aktiengewinns auch bei verdeckter Einlage – Hinzurechnung von Investmenterträgen gemäß § 8 Nr. 5 GewStG 2002	1792
11.) Rückwirkende Hinzurechnung von Dividenden aus Auslandsbeteiligungen nach § 8 Nr. 5 GewStG 1999 i. d. F. des UntStFG – Keine Prüfung der Verfassungsmäßigkeit bei Unionsrechtswidrigkeit	1792
12.) Kein Verstoß gegen unionsrechtliche Niederlassungsfreiheit durch Hinzurechnung sog. Dauerschuldentgelte bei der inländischen Muttergesellschaft als Zinsschuldnerin einer belgischen Tochtergesellschaft	1793
13.) Währungsverluste bei Liquidation einer ausländischen (hier: US-amerikanischen) Unterpersonengesellschaft	1793
14.) Verfassungskonformität gewerbesteuerrechtlicher Hinzurechnungen	1794
§ 9 GewStG Kürzungen	1795
Literatur (Wpg)	1796
Gesetzesmaterialien	1797
1.) Jahressteuergesetz 2007	1797
2.) UntStRefG 2008	1797
3.) Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amthilferichtlinie	1797
4.) „Jahressteuergesetz 2019“	1797
R 9.4 GewStR 2009 Kürzung um den auf eine ausländische Betriebsstätte entfallenden Teil des Gewerbeertrags	1799
R 9.5 GewStR 2009 Kürzung um Gewinne aus Anteilen an einer ausländischen Kapitalgesellschaft	1799
Anweisungen	1800
1.) Anwendung des § 9 Abs. 3 Sätze 2-5 GewStG und der Tarifbegrenzung nach § 32c EStG bei Seeschiffahrtsunternehmen	1800

2.)	Art der Mindestbeteiligung in § 9 Nr. 2a GewStG	1800
3.)	Gewerbesteuerliche Kürzung nach § 9 Nr. 2a, z und 8 GewStG; Anwendung des BFH-Urteils vom 25. Januar 2006 – I R 104/04 –, BStBl. 2006 Teil II S. 844.	1800
4.)	Hinzurechnungsbetrag nach § 10 AStG und Gewerbesteuer; Folgen aus dem BFH-Urteil vom 11.03.2015 – I R 10/14.	1800
5.)	Unionsrechtskonforme Auslegung des § 9 Nr. 7 GewStG; Folgen aus dem Urteil des EuGH vom 20.09.2018 in der Rechtssache C-685/16 (EV)	1802
	Rechtsprechung	1802
1.)	Gewinn aus der Veräußerung einer Auslandsbeteiligung	1802
2.)	Mindestbeteiligungsquote an der Einzelgesellschaft.	1802
3.)	Mittelbare Beteiligung an einer vermögensverwaltenden Kapitalgesellschaft.	1803
4.)	Mittelbare Beteiligung an ausländischer Kapitalgesellschaft.	1803
5.)	Keine Hinzurechnungen und Kürzungen hinsichtlich des Tonnage-Gewinns im Sinne von § 5a EStG i. V. m. § 7 Satz 2 GewStG	1803
6.)	Keine Minderung des Kürzungsanspruchs nach § 9 Nr. 2a Satz 1 GewStG 1984 durch Beteiligungsaufwendungen	1803
7.)	Aktivitätserfordernisse beim gewerbesteuerrechtlichen internationalen Schachtelprivileg	1803
8.)	Schachtelprivileg für brasilianische Eigenkapitalverzinsung als Dividende	1803
9.)	Teilweise Kürzung des Gewinns einer Einschiffgesellschaft um den auf den Einsatz des Schiffs entfallenden Teil des Gewerbeertrags trotz vorrangig beabsichtigter Veräußerung des Schiffs.	1803
10.)	Keine gewerbesteuerliche Kürzung des Gewinns aus der Auflösung von Unterschiedsbeträgen während der Gewinnermittlung nach der Tonnage.	1804
11.)	Kürzung des Gewinns aus Gewerbebetrieb um den Hinzurechnungsbetrag nach § 10 Abs. 1 Satz 1 AStG	1804
12.)	Volle „Schachtelprivilegierung“ im gewerbesteuerrechtlichen Organkreis infolge sog. Bruttomethode	1804
13.)	Vercharterung von Handelsschiffen – Gewerbesteuerliche Kürzung bei Weitervercharterung	1804
14.)	Einwirkung abkommensrechtlicher Begriffsbestimmungen auf innerstaatliches Steuerrecht	1805
15.)	EuGH-Vorlage: Verstößt § 9 Nr. 7 GewStG, der die Kürzung des Gewerbeertrags um Gewinne aus Anteilen an ausländischen Kapitalgesellschaften an schärfere Voraussetzungen knüpft als bei inländischen Kapitalgesellschaften, gegen die Kapitalverkehrsfreiheit?	1805
16.)	Verfassungsmäßigkeit der Besteuerung von Streubesitzdividenden	1806
17.)	Kürzung steuerpflichtiger Gewinne – Beteiligungen einer Muttergesellschaft an einer Kapitalgesellschaft mit Geschäftsleitung und Sitz in einem Drittstaat.	1806
18.)	Kürzung nach § 9 Nr. 3 Satz 3 GewStG erfasst auch Gewinn aus der Hinzurechnung eines Unterschiedsbetrags	1806
19.)	§ 8b Abs. 4 KStG und § 9 Nr. 2a GewStG sind verfassungsgemäß.	1807
20.)	Anwendung der Änderung des § 9 Nr. 3 GewStG erst ab Erhebungszeitraum 2017	1807
§ 10a	GewStG Gewerbeverlust	1808
	Gesetzesmaterialien	1808
1.)	Jahressteuergesetz 2020	1808
	Anweisungen	1809
1.)	Anwendung des § 8c KStG auf gewerbesteuerliche Fehlbeträge; § 10a Satz 10 GewStG	1809
2.)	Anwendung des § 8d KStG auf gewerbesteuerliche Fehlbeträge nach § 10a GewStG	1809
§ 11	GewStG Steuermesszahl und Steuermessbetrag	1810
§ 14	GewStG Festsetzung des Steuermaßbetrags	1810
	Rechtsprechung	1810
1.)	Anrechnung ausländischer Quellensteuer auf die inländische Gewerbesteuer.	1810
§ 15	GewStG Pauschfestsetzung	1811
	R 15.1 GewStR 2009 Pauschfestsetzung.	1811

B. V.	Auslandsinvestitionsgesetz (AuslInvG)	1813
	Gesetzesmaterialien	1813
	1.) Jahressteuergesetz 2009	1813
§ 2	AuslInvG Ausländische Verluste bei Doppelbesteuerungsabkommen	1814
§ 8	AuslInvG Anwendungsbereich	1814
	Rechtsprechung	1815
	1.) Nachversteuerung von in vorangegangenen Veranlagungszeiträumen abgezogenen Verlusten einer österreichischen Betriebsstätte nach § 2 Abs. 1 Satz 4 AIG und § 2a Abs. 3 Satz 4 EStG 1990 gemeinschaftsrechtswidrig?	1815
	2.) Keine „Finalität“ ausländischer Betriebsstättenverluste trotz zeitlich begrenzten Verlustvortrags im Betriebsstättenstaat – Vereinbarkeit von § 2 Abs. 1 AuslInvG mit der Niederlassungsfreiheit	1816
	3.) Übergang der Hinzurechnungspflicht gemäß § 2 AuslInvG auf den Erben	1816
B. VI.	Investmentsteuergesetz (InvStG)	1817
	InvStG 2018	1817
§ 47	InvStG 2018 Anrechnung und Abzug von ausländischer Steuer	1817
	Gesetzesmaterialien	1818
	1.) Investmentsteuerreformgesetz	1818
B. VII.	Steuerliches Kapitalerhöhungsgesetz	1821
§ 1	KapErhStG Steuern vom Einkommen und Ertrag der Anteilseigner	1821
§ 2	KapErhStG Gesellschaftsteuer	1821
§ 3	KapErhStG Anschaffungskosten nach Kapitalerhöhung	1821
§ 4	KapErhStG Mitteilung der Erhöhung des Nennkapitals an das Finanzamt	1821
§ 5	KapErhStG Herabsetzung des Nennkapitals	1821
§ 6	KapErhStG Anschaffungskosten nach Kapitalherabsetzung innerhalb von fünf Jahren	1822
§ 7	KapErhStG Anteilsrechte an ausländischen Gesellschaften	1822
§ 8	KapErhStG	1822
§ 8a	KapErhStG Schlußvorschriften	1822
§ 9	KapErhStG Anwendung im Land Berlin (gegenstandslos geworden)	1823
§ 10	KapErhStG Anwendungszeitraum	1823
§ 11	KapErhStG Inkrafttreten	1823
	Anweisungen	1824
	1.) Nachweis der Begünstigungsvoraussetzungen	1824
	2.) Steuerliche Beurteilung der Gewährung von Freianteilen bei Erhöhung des Nennkapitals aus Gesellschaftsmitteln	1825
	3.) Kapitalerhöhung aus Rücklagen bei ausländischen Gesellschaften	1826
	4.) Umwandlung sog. inflationsbedingter Aufwertungsgewinne in Nennkapital bei ausländischen Gesellschaften	1827
	5.) Anwendung des § 7 KapErhStG auf die Ausgabe von Gratisaktien	1828
	6.) Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln bei einer griechischen Kapitalgesellschaft	1828
	7.) Kapitalmaßnahme von Google Inc. (USA) und von A.P. Moeller/Maersk A/S (Dänemark) im April 2014	1829
	8.) Kapitalmaßnahme von Google Inc. (USA) im April 2014	1829
	9.) Kapitalmaßnahmen von – China Petroleum and Chemical Corporation und Sinopec Shanghai Petrochemical Company Limited (China) im Juni 2013 sowie – Air Liquide S.A. (Frankreich) im Mai 2014 – im Verhältnis 1:10 -	1830

10.)	Kapitalmaßnahme der Hewlett-Packard Co. (USA) im November 2015; Kapitalertragsteuerabzug auf die Ausgabe von Aktien der Hewlett-Packard Enterprise Company	1831
11.)	Abgeltungsteuer; Kapitalmaßnahme von Air Liquide S.A. (Frankreich) im Jahr 2019; Kapitalerhöhung aus Gesellschaftsmitteln nach §§ 1, 7 KapErhStG	1832
	Rechtsprechung	1834
1.)	Wirkung der Eintragung ins Handelsregister	1834
2.)	Bedeutung ausländischen Gesellschaftsrechts	1834
3.)	Kapitalerhöhung aus Gewinnen	1834
4.)	Überlassung verbilligter Aktien der Obergesellschaft	1834
5.)	Anstelle einer Bardividende gewährte Freiaktien einer niederländischen AG	1834
B.	VIII. Bewertungsgesetz	1835
	Bewertungsgesetz	1835
§ 31	BewG Bewertung von ausländischem Sachvermögen	1835
	Anweisungen	1835
1.)	Bewertung von in anderen EU-Staaten belegenem Vermögen; Entscheidung des EuGH vom 17.01.2008 – C – 256/06.	1835
	Rechtsprechung	1835
1.)	Unterschiedliche Bewertung von inländischen und ausländischen Vermögen für Zwecke der Erbschaftsteuer nicht mit EU-Recht vereinbar	1835
B.	IX. Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer	1837
	Vorbemerkung	1837
§ 1	ErbStG Steuerpflichtige Vorgänge	1837
	ErbStR RE 1.2 Familienstiftungen und Familienvereine	1837
	Rechtsprechung	1838
1.)	Familienstiftung	1838
§ 2	ErbStG Persönliche Steuerpflicht	1839
	ErbStR RE 2.1 Unbeschränkte und beschränkte Steuerpflicht	1839
	Hinweise	1840
§ 3	ErbStG Erwerb von Todes wegen	1842
	Rechtsprechung	1842
1.)	Vermögen einer unselbständigen Stiftung liechtensteinischen Rechts als Nachlassvermögen des Stifters	1842
§ 7	ErbStG Schenkung unter Lebenden	1842
	Anweisungen	1842
1.)	Ergänzende Informationen zum Strafbefreiungserklärungsgesetz (StraBEG) Auszug Frage 19: Vermögensübertragungen auf ausländische Stiftungen	1842
	Rechtsprechung	1844
1.)	Vermögensübertragung auf eine liechtensteinische Stiftung	1844
2.)	Schenkungssteuerliche Behandlung von Ausschüttungen eines US-amerikanischen Trusts	1844
3.)	Schenkungssteuerpflicht der Zuwendung einer Schweizer Familienstiftung an eine natürliche Person mit inländischem Wohnsitz.	1844
4.)	Zuwendungen einer Schweizer Stiftung (Schenkungssteuer)	1845
5.)	Schenkungssteuerrechtlicher Erwerb bei Auflösung eines anglo-amerikanischen Trusts	1845
§ 10	ErbStG Steuerpflichtiger Erwerb	1846
	Hinweise	1846
§ 12	ErbStG Bewertung	1846
§ 13	ErbStG Steuerbefreiungen	1846
§ 13d	ErbStG Steuerbefreiung für zu Wohnzwecken vermietete Grundstücke	
	Rechtsprechung	1846
1.)	Voller Wertansatz für Immobilien in Drittstaaten europarechtswidrig?	1846

§ 15	ErbStG Steuerklassen	1847
§ 16	ErbStG Freibeträge	1847
§ 19	ErbStG Steuersätze	1848
	Hinweise	1848
§ 21	ErbStG Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuer	1849
	ErbStR RE 21 Anrechnung ausländischer Nachlasssteuer	1849
	Hinweise	1850
	Anweisungen	1855
	1.) Anrechnung ausländischer ErbSt in Schenkungsfällen, wenn das bestehende ErbSt-DBA sich nur auf die Erwerbe von Todes wegen erstreckt	1855
	2.) Anrechnung ausländischer Nachlasssteuer	1855
	3.) Anrechnung ausländischer Steuer auf die deutsche Steuer (§ 21 ErbStG)	1855
	Rechtsprechung	1856
	1.) Nachlassfolge nach ausländischem Recht	1856
	2.) Erwerb nach ausländischem Recht	1856
	3.) Zwischenschaltung eines amerikanischen Trusts	1856
	4.) Anrechnung amerikanischer Nachlasssteuer	1857
	5.) Umrechnung anzurechnender ausländischer Erbschaftsteuer	1857
	6.) Kanadische capital gains tax	1857
	7.) Deutsche Regelung zur Anrechnung ausländischer Erbschaftsteuern ist gemeinschaftsrechtskonform	1857
	8.) Zahlung festgesetzter ausländischer Schenkungsteuer als rückwirkendes Ereignis i. S. des § 175 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 AO	1857
	9.) Anrechnung niederländischer Schenkungsteuer bei mehreren Erwerben – Vereinbarkeit der Besteuerung grenzüberschreitender Schenkungen mit dem Gemeinschaftsrecht	1857
	10.) Bedeutung der ausländischen Erbschaftsteuer auf Kapitalvermögen eines inländischen Erblassers für die deutsche Erbschaftsteuer	1857
	11.) Berücksichtigung einer in den USA gezahlten Quellensteuer auf Versicherungsleistungen bei der Erbschaftsteuer	1858
§ 27	ErbStG Mehrfacher Erwerb desselben Vermögens	1859
	Rechtsprechung	1859
	1.) EuGH-Vorlage: Steuerermäßigung nach § 27 ErbStG bei mehrfachem Erwerb desselben Vermögens und einem mit ausländischer Erbschaftsteuer belasteten Vorerwerb	1859
	2.) Vereinbarkeit des § 27 ErbStG mit der Kapitalverkehrsfreiheit nach Art. 63 Abs. 1 und Art. 65 AEUV	1859
	3.) Keine Steuerermäßigung nach § 27 ErbStG bei einem nach ausländischem Recht besteuerten Vorerwerb	1859
§ 33	ErbStG Anzeigepflicht der Vermögensverwahrer, Vermögensverwalter und Versicherungsunternehmen	1860
	Rechtsprechung	1860
	1.) Erbschaftsteuerliche Anzeigepflicht auch für ausländische Zweigniederlassungen inländischer Banken	1860
	2.) Erbschaftsteuerrechtliche Anzeigepflicht eines inländischen Kreditinstituts mit Zweigniederlassung im EU-Ausland	1861
	3.) Anzeigepflicht nach § 33 ErbStG gilt auch für Konten des Steuerinländers bei unselbständigen Betriebsstätten, die das inländische Kreditinstitut in anderen Mitgliedstaaten unterhält – Informationsaustausch zu Steuerkontrollzwecken zwischen Deutschland und Österreich	1861
	4.) Erbschaftsteuerrechtliche Anzeigepflicht eines inländischen Kreditinstituts mit Zweigniederlassung im Ausland bei einem dort geltenden strafbewehrten Bankgeheimnis	1861
§ 37	ErbStG Anwendung des Gesetzes – Auszug –	1862

B. X. Verlagerung von Einkünften und Vermögen in Steueroasenländer	1863
Rechtsgrundlagen	1863
I. Auszug aus der Abgabenordnung	1863
§ 39 AO Zurechnung	1863
§ 40 AO Gesetz- oder sittenwidriges Handeln	1863
§ 41 AO Unwirksame Rechtsgeschäfte	1863
§ 42 AO Missbrauch von rechtlichen Gestaltungsmöglichkeiten	1863
II. Steueroasen-Abweggesetz (StAbwG)	1865
Abschnitt 1 Allgemeine Vorschriften	1867
§ 1 StAbwG Anwendungsbereich	1867
Gesetzesmaterialien	1867
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1867
§ 2 StAbwG Begriffsbestimmungen	1868
Gesetzesmaterialien	1868
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1868
§ 3 StAbwG Verordnungsermächtigung	1869
Gesetzesmaterialien	1869
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1869
Abschnitt 2 Qualifikation eines Staates oder Gebiets	1871
§ 4 StAbwG Intransparenz in Steuersachen	1871
Gesetzesmaterialien	1871
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1871
§ 5 StAbwG Unfairer Steuerwettbewerb	1873
Gesetzesmaterialien	1873
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1873
§ 6 StAbwG Nichterfüllung der BEPS-Mindeststandards	1874
Gesetzesmaterialien	1874
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1874
Abschnitt 3 Abwehrmaßnahmen	1875
§ 7 StAbwG Betroffene Geschäftsvorgänge	1875
Gesetzesmaterialien	1875
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1875
§ 8 StAbwG Verbot des Betriebsausgaben- und Werbungskostenabzugs	1877
Gesetzesmaterialien	1877
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1877
§ 9 StAbwG Verschärfte Hinzurechnungsbesteuerung	1878
Gesetzesmaterialien	1878
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1878
§ 10 StAbwG Quellensteuermaßnahmen	1880
Gesetzesmaterialien	1880
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1880
§ 11 StAbwG Maßnahmen bei Gewinnausschüttungen und Anteilsveräußerungen	1882
Gesetzesmaterialien	1882
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1882
Abschnitt 4 Besondere Anforderungen an das Steuerverwaltungsverfahren	1884
§ 12 StAbwG Gesteigerte Mitwirkungspflichten	1884
Gesetzesmaterialien	1885
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1885
Abschnitt 5 Schlussvorschriften	1886
§ 13 StAbwG Anwendungsvorschriften	1886
Gesetzesmaterialien	1887
1.) „Steueroasen“-Gesetz	1887

	III. Steueroasenabwehrverordnung (StAbwV)	1888
1	StAbwG Anwendungsbereich	1888
2	StAbwG Nicht kooperative Steuerhoheitsgebiete	1888
3	StAbwG Inkrafttreten	1888
	Gesetzesmaterialien	
1.)	Steueroasen trockenlegen – offshore und hierzulande	1892
2.)	Bundesregierung bekämpft Steuerbetrug über Briefkastenfirmen	1892
	Parlamentarische Anfragen	1893
0.1.)	Haltung der Bundesregierung zu Maßnahmen gegen Steuerhinterziehung und Steuerflucht	1893
0.2.)	Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Steuerflucht und Steueroasen	1893
0.3.)	Maßnahmen zur Bekämpfung internationaler Steuerhinterziehung	1893
	Anweisungen	1893
1.)	Verlagerung von Einkünften und Vermögen in sogenannte Steueroasenländer; hier: Bericht der Bundesregierung an den Deutschen Bundestag über die Wettbewerbsverfälschungen, die sich aus Sitzverlagerungen und aus dem zwischenstaatlichen Steuergefälle ergeben können	1893
2.)	Missbräuchliche Inanspruchnahme eines Doppelbesteuerungsabkommens; hier: Urteil des schweizerischen Bundesgerichts zur Anwendung des schweizerischen Missbrauchsbeschlusses	1893
3.)	Einkommens- und Vermögensverlagerungen in Steueroasenländer; hier: Auswirkungen von Steuermaßnahmen des Oasenlandes im Fall des Rechtsmissbrauchs bei der inländischen Besteuerung	1893
4.)	Zurechnung von Einkünften und Vermögenswerten	1893
5.)	Rechtsprechung des Bundesfinanzhofs zu Basisgesellschaften	1894
6.)	Gründung von international tätigen Briefkastengesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland	1896
7.)	Steueroasen in den EU-Mitgliedstaaten	1897
8.)	Irische Finanzierungsgesellschaften im „International Finance and Service Center“	1897
9.)	Steuerhinterziehungsbekämpfungsgesetz und Steuerhinterziehungs-bekämpfungsverordnung; Nicht kooperierende Staaten und Gebiete	1897
10.)	Faire Besteuerung: EU veröffentlicht Liste nicht kooperativer Staaten	1897
	Rechtsprechung	1898
1.)	Beurteilung sog. Basisgesellschaften	1898
2.)	Rechtsmissbrauch	1898
3.)	Hinzurechnungsbesteuerung und Gestaltungsmissbrauch	1901
4.)	Zweck des § 160 Abs. 1 Satz 1 AO bei ausländischen Domizilgesellschaften bzw. Basisgesellschaften – Benennung des Zahlungsempfängers bei Erwerb einer Beteiligung an einer liechtensteinischen AG	1901
5.)	Bauabzugssteuer: Betriebsausgabenabzug für Zahlungen an inaktive ausländische Domizilgesellschaften trotz fehlender Empfängerbenennung	1901

C. Steuerausländer mit Inlandsbeziehungen

C. I. Einkommensteuer	1903
§ 1 EStG Steuerpflicht	1903
Anweisungen	1904
1.) Deutsche Bedienstete bei den Vereinten Nationen	1904
2.) Ortskräfte der Auslandsvertretungen und nachgeordneten Dienststellen der Bundesrepublik Deutschland im Ausland	1905
3.) Steuerliche Behandlung der Familienmitglieder ausländischer Streitkräfte	1905
4.) Beschränkte und unbeschränkte Einkommensteuerpflicht; Umsetzung des EuGH-Urteils vom 14. Februar 1995 – Schumacker-Urteil – im Rahmen des JStG 1996	1906
5.) Bescheinigung nach § 1 Abs. 3 Satz 4 EStG	1914
6.) Eigenheimzulagengesetz Auswirkungen des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) vom 17.01.2008 in der Rechtssache C-152/08 (BStBl. II S. 326) ..	1915
7.) Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG von in der Türkei ansässigen beschränkt Steuerpflichtigen mit Alterseinkünften in Deutschland ...	1918

8.)	Antrag auf unbeschränkte Steuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG von in den Niederlanden ansässigen beschränkt Steuerpflichtigen mit Alterseinkünften in Deutschland	1918
9.)	Steuerpflicht nach dem EStG bei Arbeitnehmern (Abgrenzung unbeschränkter/beschränkte Einkommensteuerpflicht)	1918
	Rechtsprechung	1919
1.)	Zur Besteuerung der Einpendler	1919
2.)	Deutsche Regelungen für die Gewährung der Eigenheimzulage stellen Verstoß gegen Gemeinschaftsrecht dar	1920
3.)	Nachweis der Höhe der nicht der deutschen Steuer unterliegenden Einkünfte. ...	1920
4.)	Keine Eigenheimzulage für Zweitobjekt im EU-Ausland	1920
5.)	Zusammenveranlagung bei fiktiver unbeschränkter Steuerpflicht: Berechnung der Einkunftsgrenzen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 i. V. m. § 1a Abs. 1 EStG 2002	1921
6.)	Fiktive unbeschränkte Einkommensteuerpflicht: Einbeziehung von der Abgeltungsteuer unterliegenden Kapitaleinkünften bei der Berechnung der Einkunftsgrenzen nach § 1 Abs. 3 Satz 2 EStG 2009	1921
7.)	Keine Eigenheimzulage für Immobilienobjekt im EU-Ausland	1921
§ 10	EStG Sonderausgaben	1922
	Gesetzesmaterialien	1923
1.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	1923
	Anweisungen	1924
1.)	Einkommensteuer, Sonderausgaben; Aufteilung der an ausländische Sozialversicherungsträger geleisteten Globalbeiträge zur Berücksichtigung der Vorsorgeaufwendungen im Rahmen des Sonderausgabenabzugs	1924
2.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags; Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2012 und Ergänzung für den Veranlagungszeitraum 2011	1924
3.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2013	1924
4.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2014	1924
5.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2015	1924
6.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2016	1925
7.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2017	1925
8.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2018	1925
9.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2019	1925
10.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2020	1925
11.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2021	1925

12.)	Vorsorgeaufwendungen, Aufteilung eines einheitlichen Sozialversicherungsbeitrags (Globalbeitrag); Anpassung der Aufteilungsmaßstäbe für den Veranlagungszeitraum 2022	1926
§ 10b EStG	Steuerbegünstigte Zwecke	1928
§ 10d EStG	Verlustabzug	1930
§ 11 EStG	Vereinnahmung und Verausgabung	1932
§ 15 EStG	Einkünfte aus dem Gewerbebetrieb	1933
§ 15a EStG	Verluste bei beschränkter Haftung	1934
§ 16 EStG	Veräußerung des Betriebs	1936
§ 17 EStG	Veräußerung von Anteilen an Kapitalgesellschaften bei wesentlicher Beteiligung	1937
ESiR R 17	1939
Hinweise	1939
Anweisungen	1940
1.)	Anwendung des § 17 EStG i. d. F. des StSenkG im Liquidationsfall (§ 52 Abs. 34a EStG)	1940
Rechtsprechung	1940
1.)	Beschränkung der EG-Kapitalverkehrsfreiheit aufgrund der unterschiedlichen Beteiligungsquoten für die Bestimmung des steuerpflichtigen Gewinns nach § 17 EStG im Jahre 2001	1940
2.)	Veräußerungskosten i. S. von § 17 Abs. 2 EStG	1940
§ 18 EStG	Selbständige Arbeit	1941
§ 19 EStG	Nichtselbständige Arbeit	1942
§ 1 LStDV Arbeitnehmer, Arbeitgeber	1945
§ 2 LStDV Arbeitslohn	1945
R 19.1 LStR Arbeitgeber	1945
R 19.3 LStR Arbeitslohn	1946
R 19.4 LStR Vermittlungsprovision	1946
Anweisungen	1947
1.)	Steuerliche Fragen im Zusammenhang mit Nettolohnvereinbarungen	1947
2.)	BMF-Schreiben zur Besteuerung des Arbeitslohns nach den Doppelbesteuerungsabkommen vom 03.05.2018; Änderung des BMF-Schreibens	1971
Rechtsprechung	1972
1.)	Rückfluss von Arbeitslohn bei Nettolohnvereinbarung – Abtretung des Einkommensteuererstattungsanspruchs an den Arbeitgeber	1972
2.)	Berechnung von Lohnsteuer für „sonstigen Bezug“ nach Wechsel in die beschränkte Steuerpflicht	1972
3.)	Übernahme von Steuerberatungskosten ist Arbeitslohn – Nettolohnvereinbarung	1972
4.)	Einkommensteuernachzahlung bei Nettolohnvereinbarung	1972
5.)	Übernahme von Steuerberatungskosten bei Nettolohnvereinbarung und Abtretung der Steuererstattungsansprüche kein Arbeitslohn	1973
§ 20 EStG	Kapitalvermögen	1974
Gesetzesmaterialien	1980
1.)	Kroatien-AnpG	1980
Anweisungen	1981
1.)	Aufteilung von Werbungskosten bei Einkünften aus Kapitalvermögen, die teilweise dem Halbeinkünfteverfahren unterliegen (§ 3c Abs. 2 EStG)	1981
§ 21 EStG	Vermietung und Verpachtung	1982
§ 22 EStG	Arten der sonstigen Einkünfte	1983
Hinweise H 22.1 Realsplitting	1985
Hinweise H 22.4 NATO-Bedienstete	1985
§ 23 EStG	Private Veräußerungsgeschäfte	1986
§ 25 EStG	Veranlagungszeitraum, Steuererklärungspflicht	1987

§	32a EStG Einkommensteuertarif	1988
§	32b EStG Progressionsvorbehalt	1988
§	34 EStG Außerordentliche Einkünfte	1989
	EStR R 34.1 Umfang der steuerbegünstigten Einkünfte	1989
§	36 EStG Entstehung und Tilgung der Einkommensteuer	1990
	Parlamentarische Anfragen	1993
	1.) Steuerausfälle durch ungerechtfertigte Erstattungen von Kapitalertragsteuer	1993
	2.) Reaktion des Bundesministeriums der Finanzen und der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht zur Schließung der Gesetzeslücken bei Cum-Ex-Geschäften	1993
	3.) Steuerrechtliche Zulässigkeit des Dividendenstrippings	1993
	4.) Dividendenstripping und Investmentsteuerreformgesetz	1993
	5.) Konsequenzen aus den Cum/Ex- und Cum/Cum-Geschäften	1993
	6.) Steuervollzug im Zusammenhang mit Cum-Ex-Geschäften	1994
	7.) Cum/Ex-Volumen beim BZSt rd. zwei Milliarden Euro	1994
	8.) Cum-Ex: Internationale Aspekte und juristische Aufarbeitung	1994
	9.) Neue Fragen im Zusammenhang mit den Cum-Fake-Geschäften	1994
	10.) Cum-Ex- bzw. Cum-cum-Verdachtsfälle, auch im Zusammenhang mit ADRs	1994
	11.) Cum-Ex – Stand der steuer- und strafrechtlichen Aufarbeitung	1994
	12.) Aufarbeitung des Cum-Ex-Skandals	2001
	13.) Cum-Ex-Fälle in den Jahren 2018, 2019 und 2020 und weitere Informationen	2005
	Anweisungen	2006
	1.) Wirtschaftliche Zurechnung bei Wertpapiergeschäften; Anwendung der Grundsätze des BFH-Urteils vom 18.08.2015 – I R 88/13 –	2006
	2.) Finanzministerkonferenz fordert Nachbesserungen: BMF-Schreiben zur Besteuerung von Wertpapierleihgeschäften	2006
	3.) Steuerliche Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“	2007
	4.) Cum/Fake-Geschäfte: Schlupfloch für Steuerbetrug schließen	2007
	5.) Wirtschaftliche Zurechnung bei Wertpapiergeschäften; BMF-Schreiben vom 11.11.2016 (BStBl I S. 1324), ersetzt durch BMF-Schreiben vom 09.07.2021, IV C 6 – S 2134/19/10003 :007	2008
	6.) Steuerliche Behandlung von „Cum/Cum-Transaktionen“, Neufassung des BMF-Schreibens vom 17.07.2017 (BStBl I S. 986)	2011
	Rechtsprechung	2020
	1.) „Cum-ex-Geschäfte“: Kein wirtschaftliches Eigentum des Anteilserwerbers	2020
	2.) Hessisches Finanzgericht entscheidet zu sog. Cum-Ex-Geschäften	2020
	3.) Keine Anrechnung von Kapitalertragsteuer beim Cum/Ex-Aktiengeschäften	2021
	4.) cum/ex-Verfahren“: Mehrfache Erstattung von nur einmal gezahlter Kapitalertragsteuer ausgeschlossen	2023
	5.) Entscheidung über Gestaltungsmissbrauch bei Cum-cum-Geschäften	2025
	6.) Erstes Strafverfahren in Cum-Ex-Fällen	2026
	7.) „Cum-Ex-Geschäfte“: Landgericht Frankfurt am Main weist Klage der Hamburger Privatbank M.M. Warburg gegen die Deutsche Bank ab	2027
	8.) Entscheidung zur Rückforderung von Kapitalertragsteuer bei Cum-/Ex-Geschäften	2028
	9.) Bundesgerichtshof bestätigt Urteil im bundesweit ersten Cum-Ex-Strafverfahren	2029
	10.) Sog. Cum/Ex-Geschäfte: Übergang des wirtschaftlichen Eigentums beim Handel mit Aktien	2031
§	36a EStG Beschränkung der Anrechenbarkeit der Kapitalertragsteuer	2033
	Gesetzesmaterialien	2035
	1.) „Jahressteuergesetz 2019“	2035
	Anweisungen	2035
	1.) Anwendungsfragen zur Beschränkung der Anrechenbarkeit der Kapitalertragsteuer nach § 36a EStG	2035
	Steuerabzug vom Arbeitslohn	2052
§	38 EStG Erhebung der Lohnsteuer	2052
	Gesetzesmaterialien	2053
	1. Steueränderungsgesetz 2003	2053

2.	„Jahressteuergesetz 2019“	2053
R 38.1	LStR Steuerabzug vom Arbeitslohn	2054
R 38.2	LStR Zufluss von Arbeitslohn	2054
R 38.3	LStR Einbehaltungspflicht des Arbeitgebers	2054
	Anweisungen	2055
1.)	Einführungsschreiben Lohnsteuer zu Steueränderungsgesetz 2003 und Haushaltsbegleitgesetz 2004 – Auszug –	2055
	Rechtsprechung	2057
1.)	Wirtschaftlicher Arbeitgeber bei konzerninterner internationaler Arbeitnehmerentsendung	2057
§ 39	ESTG Lohnsteuerabzugsmerkmale	2058
R 39.3 u. 39.4	LStR Durchführung des Lohnsteuerabzugs für beschränkt einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer	2059
	Gesetzesmaterialien	2060
1.)	BeitrRLUmsG	2060
2.)	Jahressteuergesetz 2020	2062
§ 39b	ESTG Einbehaltung der Lohnsteuer	2067
R 39b.10	LStR Anwendung von DBA	2067
§ 39b	ESTG a.F. Durchführung des Lohnsteuerabzugs für unbeschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer	2068
	Gesetzesmaterialien	2068
1.)	BeitrRLUmsG	2068
	Steuerabzug vom Kapitalertrag	2069
§ 43	ESTG Kapitalerträge mit Steuerabzug	2069
	Gesetzesmaterialien	2072
1.)	„Jahressteuergesetz 2019“	2072
§ 43a	ESTG Bemessung der Kapitalertragsteuer	2074
§ 43b	ESTG Bemessung der Kapitalertragsteuer bei bestimmten Kapitalgesellschaften	2076
	Anlage 2 (zu § 43b ESTG)	2077
§ 44	ESTG Entrichtung der Kapitalertragsteuer	2080
	Gesetzesmaterialien	2084
1.)	Steueränderungsgesetz 2015	2084
2.)	„Jahressteuergesetz 2019“	2084
§ 44a	ESTG Abstandnahme vom Steuerabzug	2085
	Gesetzesmaterialien	2094
1.)	BeitrRLUmsG	2089
2.)	Steueränderungsgesetz 2015	2091
3.)	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen	2091
§ 44b	ESTG Erstattung der Kapitalertragsteuer	2093
	Gesetzesmaterialien	2093
1.)	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen	2094
§ 45	ESTG Ausschluss der Erstattung der Kapitalertragsteuer	2095
	Gesetzesmaterialien	2095
1.)	Kroatien-AnpG	2095
2.)	Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen	2095
§ 45a	ESTG Anmeldung und Bescheinigung der Kapitalertragsteuer	2097
§ 45d	ESTG Mitteilung an das Bundeszentralamt für Steuern	2099
	Parlamentarische Anfragen	2100
1.)	Mutmaßliche Mehrfacherstattung von Kapitalertragsteuer mittels „Phantom-Aktien“	2100
	Anweisungen	2100
1.)	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer	2100

2.)	Ausstellung von Steuerbescheinigungen für Kapitalerträge nach § 45 Absatz 2 und 3 EStG	2103
3.)	Erstattung der Kapitalertragsteuer bei Steuerausländern	2106
4.)	Einnahmen aus festverzinslichen Anleihen und Schuldverschreibungen mit Vorschaltkupon	2107
5.)	Erstattung von Kapitalertragsteuer nach § 44c EStG sowie aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen – Unterrichtung des Bundesamtes für Finanzen	2107
6.)	Steuerbescheinigung nach § 45a EStG	2108
7.)	Kapitalerträge aus Schuldverschreibungen des Entscheidungsfonds nach dem Entschädigungs- und Ausgleichsgesetz vom 27. 9. 1994 (BGBl. I S. 2624)	2108
8.)	Entrichtung der Kapitalertragsteuer bei Liquidation einer GmbH	2108
9.)	Bemessung des Zinsabschlags bei Kursdifferenzpapieren i. S. des § 20 Abs. 2 Nr. 4 EStG	2108
10.)	Mitteilung nach § 45d EStG an das Bundesamt für Finanzen	2108
11.)	Zinsabschlag bei Erträgen aus sonstigen Kapitalforderungen i. S. des § 20 Abs. 1 Nr. 7 EStG ohne vollständige Rückzahlung des überlassenen Kapitalvermögens	2108
12.)	Einbeziehung steuerfreier Erträge in die Bemessungsgrundlage des Zinsabschlags	2108
13.)	Anrechnung der Kapitalertragsteuer im Fall der Bilanzierung	2108
14.)	Inanspruchnahme des Entrichtungspflichtigen für Kapitalertragsteuer auf verdeckte Gewinnausschüttungen an ausländische Anteilseigner	2109
15.)	Inanspruchnahme des Entrichtungspflichtigen für – Kapitalertragsteuer auf verdeckte Gewinnausschüttungen an ausländische Anteilseigner – Steuerabzugsbeträge nach § 50a Abs. 4 EStG	2112
16.)	Richtlinie 90/435/EWG des Rates vom 23. Juli 1990 über das gemeinsame Steuersystem der Mutter- und Tochtergesellschaften verschiedener Mitgliedstaaten; Anwendbarkeit der Richtlinie auf die Beitrittsstaaten	2112
17.)	Gesetz zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz – EURLUMsG –) vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3310, 3843, BStBl. I S. 1158); Anwendungszeitpunkt von § 11 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 2 Satz 3, § 23 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 Satz 2 und 3, § 43b, § 44 Abs. 7 und § 45a Abs. 1 Satz 1 EStG sowie Einbeziehung eines Damnums oder Disagios in die Neuregelung des § 11 EStG	2113
18.)	Anwendungszeitpunkt des § 43b EStG in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung von EU-Richtlinien in nationales Steuerrecht und zur Änderung weiterer Vorschriften (Richtlinien-Umsetzungsgesetz – EURLUMsG) vom 9. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3310, 3843, BStBl. I S. 1158)	2113
19.)	Anrechnung und Erstattung von Kapitalertragsteuer sowie Erstellung von Steuerbescheinigungen im Sinne des § 45a Abs. 3 EStG bei über den Dividendenstichtag noch zu regulierenden Geschäften; Änderung des Musters III im Sinne des BMF-Schreibens vom 24.11.2008 – BStBl. I S. 973	2113
	a) Allgemeine Regelung	2113
	b) Voraussetzung zur Erstellung einer Bescheinigung durch Steuerberater und Rechtsanwälte	2113
	c) Fristenregelung auch für OTC-Geschäfte?	2113
20.)	Kapitalertragsteuer bei Leerverkäufen über den Dividendenstichtag	2113
21.)	Kapitalertragsteuer bei Leerverkäufen von Aktien oder Investmentanteilen über den Dividendenstichtag	2113
22.)	Aufhebung der BMF-Schreiben zur Kapitalertragsteuer bei Leerverkäufen von Aktien oder Investmentanteilen über den Dividendenstichtag; BMF-Schreiben vom 05.05.2009 (BStBl. I Seite 631); BMF-Schreiben vom 21.09.2010 (BStBl. I Seite 752); BMF-Schreiben vom 03.03.2011	2113
23.)	OGAW-IV-Umsetzungsgesetz; Steuerbescheinigung für beschränkt steuerpflichtige Gläubiger von Kapitalerträgen; Änderung Muster III	2113
24.)	Invitation Memorandum der Republik Griechenland vom 24.02.2012; Steuerliche Behandlung im Rahmen des § 20 EStG und im Kapitalertragsteuerverfahren	2114

25.)	Anwendung der Bestimmungen zum Kapitalertragsteuerverfahren entsprechend dem Gesetzesbeschluss zum Jahressteuergesetz 2013 ab 01.01.2013.	2114
26.)	Abstandnahme vom Steuerabzug gemäß § 50d Absatz 2 Satz 1 EStG bei sog. „abgesetzten Beständen“ (Abstandnahme vom Steuerabzug in Fällen der Schachtelbeteiligung nach § 43b EStG)	2114
27.)	Zweifelsfragen zum BMF-Schreiben vom 09.10.2012 (BStBl I S. 953); Behandlung von Stiftungen bei Kontoeröffnung, Depotübertragungen und Nachlassmandaten bei Steuerausländern	2114
28.)	Verfahrensweise bei der Erstellung von Steuerbescheinigungen auf Antrag ausländischer Kreditinstitute für den Anteilseigner bei Verwahrung der Wertpapiere durch inländische Kreditinstitute	2116
29.)	Kapitalertragsteuerliche Behandlung des Rückkaufangebots von Argentinien-Anleihen; „Settlement Proposal“ der Republik Argentinien vom 17.02.2016 und vom 15.08.2016	2117
30.)	Kapitalmaßnahme der Hewlett-Packard Co. (USA) im November 2015; Kapitalertragsteuerabzug auf die Ausgabe von Aktien der Hewlett-Packard Enterprise Company	2117
31.)	Kapitalertragsteuerabzug durch inländische Kreditinstitute bei – auch grenzüberschreitenden – Treuhandmodellen	2118
	Rechtsprechung	2119
1.)	Zuflusszeitpunkt der Gewinnausschüttung einer GmbH	2119
2.)	Zinsgünstige Darlehensgewährung an Schwestergesellschaft.	2119
3.)	Vorteilzuwendung an Schwestergesellschaft	2119
4.)	Sonstige Vorteile als verdeckte Gewinnausschüttung.	2119
5.)	Ausschüttungen an den Alleingesellschafter.	2119
6.)	Zufluss von Zinsen bei beherrschenden Gesellschaftern	2120
7.)	Mindestbeteiligungszeit von EU-Muttergesellschaften	2120
8.)	Zuflusszeitpunkt bei Dividenden an schweizerischen Gesellschafter.	2120
9.)	Abtretung einer verzinslichen Forderung	2120
10.)	Ist eine französische Gesellschaft in der Rechtsform einer „société par actions simplifiée“ bereits in den Jahren vor 2005 als „Gesellschaft eines Mitgliedstaats“ i. S. der Richtlinie 90/435/EWG anzusehen mit der Folge der Befreiung vom Steuerabzug an der Quelle für einen von ihrer deutschen Tochtergesellschaft im Jahr 1999 ausgeschütteten Gewinn?	2121
11.)	Kapitalertragsteuereinbehalt (sog. Zinsabschlag) bei Tafelpapieren	2121
12.)	Hessisches Finanzgericht zum Widerruf einer Bescheinigung über die abgeführte Kapitalertragsteuer bei sog. Cum-Ex-Geschäften.	2121
13.)	„Cum-ex-Geschäfte“: Kein wirtschaftliches Eigentum des Anteilserwerbers	2122
14.)	Kapitalertragsteuerabzug bei Dividendenkompensationszahlungen im Zusammenhang mit Cum/Ex-Aktiengeschäften	2123
15.)	Anfechtung einer Kapitalertragsteuer-Anmeldung durch den Vergütungsgläubiger; Erledigung der Kapitalertragsteuer-Anmeldung aufgrund der Einkommensteuerfestsetzung bei einem Antrag nach § 32d Abs. 4 EStG	2123
§ 45e	EStG Ermächtigung für Zinsinformationsverordnung.	2125
	Verordnung zur Umsetzung der Richtlinie 2003/48/EG des Rates vom 3. Juni 2003 im Bereich der Besteuerung von Zinserträgen (Zinsinformationsverordnung – ZIV) vom 26. Januar 2004	2125
	Parlamentarische Anfragen.	2126
1.)	Anwendung der EU-Zins-Steuer-Richtlinie und massiver Kapitalabfluss aus Europa nach dem mittleren und fernem Osten	2126
2.)	Quellensteuer auf deutsche Zinseinkünfte von Steuerausländern	2126
	Anweisungen	2126
1.)	Anwendungsschreiben zur Zinsinformationsverordnung (ZIV)	2126
2.)	Einzelfragen zur Zinsinformationsverordnung (ZIV).	2126
§ 46	EStG Veranlagung bei Bezug von Einkünften aus nichtselbständiger Tätigkeit ...	2127
	Gesetzesmaterialien.	2088
1.)	Jahressteuergesetz	2128

	Steuerabzug bei Bauleistungen	2129
§ 48	ESTG Steuerabzug	2129
§ 48a	ESTG Verfahren	2129
§ 48b	ESTG Freistellungsbescheinigung	2130
§ 48c	ESTG Anrechnung	2130
§ 48d	ESTG Besonderheiten im Fall von Doppelbesteuerungsabkommen	2131
	Anweisungen	2132
	1.) Merkblatt zum Steuerabzug bei Bauleistungen	2132
	2.) Steuerabzug von Vergütungen für im Inland erbrachte Bauleistungen (§ 48 ff. EStG)	2143
	3.) Entwurf eines Gesetzes zur Änderung steuerlicher Vorschriften (Steueränderungsgesetz 2001 – StÄndG 2001); Änderung der Verordnung über die örtliche Zuständigkeit für die Umsatzsteuer im Ausland ansässiger Unternehmer (Umsatzsteuerzuständigkeitsverordnung – UStZustVO)	2158
	4.) Erteilung von Freistellungsbescheinigungen nach § 48b EStG und Anrechnung des Steuerabzugsbetrags in Involvenzfällen (BFH-Beschluss vom 13. November 2002 – I B 147/02)	2158
	5.) Neuausgabe der Freistellungsbescheinigungen nach § 48b EStG als Folgebescheinigung	2159
	Rechtsprechung	2159
	1.) Bauabzugsteuer und Insolvenzverfahren	2159
	2.) EU-Konformität der Bauabzugsteuer	2159
	3.) Bauabzugssteuer: Betriebsausgabenabzug für Zahlungen an inaktive ausländische Domizilgesellschaften trotz fehlender Empfängerbenennung	2159
	4.) Bauabzugsteuer bei Errichtung von Freiland-Photovoltaikanlagen	2162
§ 49	ESTG Beschränkt steuerpflichtige Einkünfte	2162
	Literatur (Wpg)	2167
	Gesetzesmaterialien	2167
	1.) Steueränderungsgesetz 2003	2167
	2.) Steueränderungsgesetz 2007	2167
	3.) SEStEG	2167
	4.) Jahressteuergesetz 2009	2167
	5.) Gesetz zur Umsetzung steuerlicher EU-Vorgaben	2167
	6.) Jahressteuergesetz 2010	2167
	7.) Gesetz zur Vermeidung von Umsatzsteuerausfällen	2168
	8.) „Jahressteuergesetz 2019“	2171
	9.) ATAD-Umsetzungsgesetz	2172
	ESTR R 49.1 Beschränkte Steuerpflicht bei Einkünften aus Gewerbebetrieb	2174
	Hinweise	2174
	ESTR R 49.2 Beschränkte Steuerpflicht bei Einkünften aus selbständiger Arbeit	2175
	Hinweise	2175
	ESTR R 49.3 Bedeutung der Besteuerungsmerkmale im Ausland bei beschränkter Steuerpflicht	2175
	Parlamentarische Anfragen	2176
	1.) Quellensteuer auf deutsche Zinseinkünfte von Steuerausländern	2176
	Anweisungen	2176
	0.) Allgemeines	2176
	0.1.) Das Team „Grenzüberschreitendes Arbeiten und Unternehmen“ (GWO)	2176
	2.) Inländische Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	2176
	2.1.) Inländische Aktivitäten ausländischer Betriebs- oder Unternehmensberaterfirmen	2176
	2.2.) Provisionszahlungen an Ausländer	2177
	2.3.) Rückgewähr von Einlagen in Betriebsvermögensfällen	2177
	2.4.) Gewinnrealisierung bei Überführung eines Wirtschaftsgutes aus der inländischen Betriebsstätte eines beschränkt Steuerpflichtigen in sein ausländisches Stammhaus oder in eine andere ausländische Betriebsstätte seines Unternehmens	2178
	2.5.) Inländische Einkünfte ausländischer Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen aus dem nationalen Verkehr	2178

2.6.)	Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung i. S. des § 17 EStG innerhalb der Spekulationsfrist	2178
2.7.)	Einkünfte aus der Veräußerung inländischer Grundstücke (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f EStG)	
2.8.)	Inländische Zweigstellen ausländischer Kreditinstitute	2178
2.9.)	Inländische Zweigniederlassungen ausländischer Versicherungsunternehmen ...	2178
2.10.)	Inländische Korrespondentenbetriebsstätten ausländischer Medienunternehmen ...	2178
2.11.)	Einkommensteuerliche Behandlung von Venture Capital und Private Equity Fonds; Abgrenzung der privaten Vermögensverwaltung vom Gewerbebetrieb	2179
2.12.)	Steuerabzug von Einkünften beschränkt steuerpflichtiger Fotomodelle; Aufteilung von Gesamtvergütungen	2184
2.13.)	Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung gemäß § 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f Doppelbuchstabe aa und § 49 Absatz 1 Nummer 6 EStG	2184
2.14.)	Steuerliche Behandlung von nach ausländischem Recht gegründeten grundstücksverwaltenden Körperschaften und von vermögensverwaltenden gewerblich geprägten Personengesellschaften mit ausländischen Gesellschaftern	2186
2.15.)	Beschränkte Steuerpflicht und Steuerabzug bei grenzüberschreitender Überlassung von Software und Datenbanken.	2191
3.)	Inländische Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 EStG). ...	2192
3.1.)	Beschränkte Steuerpflicht bei Verkauf von im Ausland geschaffenen Kunstwerken im Inland.	2192
4.)	Inländische Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 49 Abs. 1 Nr. 4 EStG) 2193	
4.1.)	Durchführung des Lohnsteuerabzugs für beschränkt einkommensteuerpflichtige Arbeitnehmer (R 39.3 und 39.4 LStR 2015)	2193
4.2.)	Ausländische Lehrkräfte, die im Austauschdienst stehen	2195
4.3.)	Gastvorträge und Gastvorlesungen ausländischer Hochschullehrer	2195
4.4.)	Ausländische Praktikanten	2195
4.5.)	Arbeitnehmer, die für deutsche Arbeitgeber im Ausland tätig sind und ihren Wohnsitz in einem Drittstaat haben	2195
4.6.)	Begriff des inländischen Arbeitgebers i. S. des Abschnitts 92 Abs. 2 LStR	2196
4.7.)	Befreiung von der beschränkten Einkommensteuerpflicht nach Abschnitt 125 Abs. 3 LStR – Nachweis der Besteuerung im Ausland	2196
4.8.)	Befreiung ausländischer Studenten von der beschränkten Einkommensteuerpflicht	2196
4.9.)	Vorruhestandsgelder	2196
4.10.)	Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bei beschränkt einkommensteuerpflichtigen Künstlern.	2197
4.11.)	Steuerliche Behandlung von Seeleuten, die auf deutschflaggigen Seeschiffen fahren und ohne inländischen Wohnsitz sind	2200
4.12.)	Beschränkte Steuerpflicht für Geschäftsführer, Prokuristen und Vorstandsmitglieder nach § 49 Abs. 1 Nr. 4c EStG (StÄndG 2001)	2201
4.13.)	Einkünfte aus inländischen öffentlichen Kassen im Sinne des § 49 Absatz 1 Nummer 4 Buchstabe b EStG; Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen; Urteil des BFH vom 28.03.2018 – I R 42/16.	2203
5.)	Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 49 Abs. 1 Nr. 5 EStG)	2208
5.1.)	Zinsen auf Grund des Londoner Schuldenabkommens	2208
5.2.)	Veräußerung von Dividendenscheinen, die nicht zu einem inländischen Betriebsvermögen des Veräußerers gehören	2208
5.3.)	Einzelfragen zur Abgeltungsteuer	2208
5.4.)	Besteuerung von American Depositary Receipts (ADRs) auf inländische Aktien	2209
5.5.)	Ertragsteuerliche Folgen der Veräußerung von Dividendenansprüchen durch Steuerausländer an Dritte	2212
6.)	Inländische Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 49 Abs. 1 Nr. 6 EStG) 2213	
6.1.)	Einkünfte aus Vermietung niederländischer Schiffe	2213
6.2.)	Betriebsaufspaltung über die Grenze	2213
6.3.)	Beschränkte Steuerpflicht von Vergütungen, die ein beschränkt steuerpflichtiger Rechtsinhaber für die Überlassung ihm zustehender Rechte erhält BFH-Urteil I R 73/02 vom 28. Januar 2004.	2214
6.4.)	Steuerliche Behandlung von nach ausländischem Recht gegründeten grundstücksverwaltenden Körperschaften und von gewerblich geprägten Personengesellschaften mit ausländischen Körperschaften als Komplementär.	2214

6.5.)	Steuerbarkeit von Transferentschädigungen an ausländische Fußballvereine; Urteil des BFH vom 27.05.2009 – I R 86/07	2214
6.6.)	Beschränkte Steuerpflicht und Steuerabzug bei grenzüberschreitender Überlas- sung von Software und Datenbanken	2215
7.)	Inländische sonstige Einkünfte (§ 49 Abs. 1 Nr. 7 bis 9 EStG)	2215
7.1.)	Entgelt für technisches know how und Vergütung für die Überlassung beweg- licher Sachen	2215
7.2.)	In der Türkei ansässige beschränkt Steuerpflichtige mit Alterseinkünften in Deutschland	2215
7.3.)	Eingeschränkter Quellensteuerabzug auf Sozialversicherungs- und Betriebsrenten in Höhe von 5 v.H. ab 2015 für in der Spanien ansässige beschränkt Steuerpflichtige mit Alterseinkünften in Deutschland	2215
7.4.)	Steuerliche Behandlung von Alterseinkünften nach Artikel 17 des DBA-Nieder- lande vom 12.04.2012	2215
7.5.)	Kein Steuerabzug für Onlinewerbung	2216
30.)	Inländische Einkünfte ausländischer Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen	2216
30.1.)	Inländische Einkünfte aus dem nationalen Verkehr	2216
30.2.)	Einkünfte aus dem internationalen und dem nationalen Verkehr	2217
40.)	Steuerbefreiung für Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen bei Gegenseitigkeit (§ 49 Abs. 4 EStG)	2219
40.0.)	Übersichten über die Sonderabkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Schifffahrt und Luftfahrt	2219
40.1.)	Inländische Einkünfte ausländischer Schifffahrtsunternehmen	2220
40.2.)	Steuerbefreiung für Einkünfte von Luftfahrtunternehmen aus den Seychellen	2220
40.3.)	Gegenseitigkeitsvereinbarung bei der steuerlichen Behandlung von Luftfahrt- unternehmen im Verhältnis zu Katar	2221
40.4.)	Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Schifffahrtsunternehmen im Verhältnis zu Taiwan	2221
40.5.)	Gegenseitigkeitsvereinbarung zur Steuerbefreiung von Luftfahrtunternehmen auf der Grundlage von § 49 Absatz 4 EStG; Republik Malediven	2221
40.6.)	Gegenseitigkeitsvereinbarung zur Steuerbefreiung von Schifffahrtunternehmen auf der Grundlage von § 49 Absatz 4 EStG; Republik Fidschi	2221
40.7.)	Gegenseitigkeitsvereinbarung zur Steuerbefreiung von Luft- und Schifffahrtun- ternehmen auf der Grundlage des § 49 Absatz 4 EStG im Verhältnis zum Sultanat Oman	2221
	Rechtsprechung	2222
1.)	Einkünfte aus Land- und Forstwirtschaft (§ 49 Abs. 1 Nr. 1 EStG)	2222
1.1.)	Anwendung des § 13a EStG auf inländische Ländereien eines beschränkt steuerpflichtigen Landwirts	2222
2.)	Inländische Einkünfte aus Gewerbebetrieb (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 EStG)	2222
2.1.)	Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung durch eine ausländische Ka- pitalgesellschaft	2222
2.2.)	Ständiger Inlandsvertreter eines ausländischen Unternehmens	2222
2.3.)	Einkünfte einer US-amerikanischen Körperschaft als Kommanditistin einer inländischen KG und Lizenzgebühren	2223
2.4.)	Nachträgliche Einkünfte aus Gewerbebetrieb	2223
2.5.)	Gewinnrealisierung bei Beteiligung beschränkt Steuerpflichtiger an Einbringungsvorgängen	2223
2.6.)	Beschränkte Steuerpflicht des Verpächters eines Gewerbebetriebes	2223
2.7.)	Ordentliche Geschäftstätigkeit eines Schiffs- und Luftmaklers	2223
2.8.)	Sonderbetriebsvermögen bei einer beschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaft	2224
2.9.)	Sonderbetriebsvermögen eines ausländischen Mitunternehmers bei Eingreifen eines DBA	2224
2.10.)	Forderungsabtretung	2224
2.11.)	Gewinnanteil aus einer ausländischen Betriebsstätte	2224
2.12.)	Beförderungsleistungen einer ausländischen Reederei	2224
2.13.)	Veräußerung einer wesentlichen Beteiligung innerhalb der Spekulationsfrist	2224
2.14.)	Vergütungen für die Hingabe von Darlehen des persönlich haftenden Gesellschafters einer KGaA	2224
2.15.)	Zuordnung des Gewinns aus Materiallieferungen bei einer Montagebetriebsstätte	2224

2.16.)	Inländische Betriebsstätte einer ausländischen Management-Kapitalgesellschaft	2225
2.17.)	Inländische Einkünfte eines niederländischen Wochenmarkthändlers	2225
2.18.)	Inländische Einkünfte durch künstlerische Darbietungen	2225
2.19.)	Pauschalbesteuerung von Luftfahrtunternehmen bei Bestehen eines Doppelbesteuerungsabkommens	2225
2.20.)	Überlassung eines Satellitentransponders	2225
2.21.)	Keine beschränkte Steuerpflicht nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. d EStG für Werbemöglichkeiten bei Sportveranstaltungen (Bandenwebung)	2226
2.22.)	Ermittlung des Veräußerungsgewinn nach § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f EStG	2226
2.23.)	Live-Fernsehübertragungsrechte an inländischen Sportveranstaltungen (§ 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. d EStG) und Steuerberechtigung nach dem DBA-Schweiz	2226
2.24.)	Buchführungspflicht einer ausländischen Immobilienkapitalgesellschaft	2227
2.25.)	Gewerblichkeitsfiktion des § 49 Abs. 1 Nr. 2 Buchst. f Satz 2 EStG für Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung oder Veräußerung inländischen Grundbesitzes	2227
3.)	Inländische Einkünfte aus selbständiger Arbeit (§ 49 Abs. 1 Nr. 3 EStG)	2227
3.1.)	Verwertung selbständiger Arbeit im Inland durch einen Dritten	2227
3.2.)	Besteuerung von Filmschauspielern	2227
3.3.)	Nachträgliche Einkünfte aus einer Praxisveräußerung	2227
3.4.)	Renteneinnahmen aus einer Patentveräußerung bei späterer Wohnsitzverlegung in die Schweiz	2227
3.5.)	Lizenzgebühren für die Überlassung von Arzneimittelrezepturen	2227
3.6.)	Talkshowteilnahme keine künstlerische Tätigkeit	2228
4.)	Inländische Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit (§ 49 Abs. 1 Nr. 4 EStG)	2228
4.1.)	Personal eines Schiffs unter ausländischer Flagge	2228
4.2.)	Verwertungstatbestand	2228
4.3.)	Übernahme der deutschen ESt durch nicht zum Steuerabzug verpflichteten ausländischen Arbeitgeber	2229
4.4.)	Zahlungen aus einer öffentlichen Kasse	2229
4.5.)	Voraussetzungen für vorweggenommene inländische Einkünfte	2229
4.6.)	Entlassungsabfindungen an im Ausland ansässige Arbeitnehmer (Rechtslage vor VZ 2004)	2229
4.7.)	Besteuerungsrecht nach dem DBA-Schweiz für Abfindungen des bisherigen inländischen Arbeitgebers an in die Schweiz verzogene beschränkt steuerpflichtige Arbeitnehmer	2229
4.8.)	Besteuerungsrecht nach dem DBA-Belgien für Abfindungen des bisherigen inländischen Arbeitgebers an in Belgien ansässige Personen	2230
4.9.)	Sog. Dienstfindung unterfällt der beschränkten Steuerpflicht	2230
4.10.)	Beschränkte Einkommensteuerpflicht: Arbeitnehmerstätigkeit für ein privates Unternehmen zur Förderung der Entwicklungshilfe	2231
5.)	Inländische Einkünfte aus Kapitalvermögen (§ 49 Abs. 1 Nr. 5 EStG)	2231
5.1.)	Dingliche Sicherung inländischen Kapitalvermögens	2231
5.2.)	Nachträgliche Änderung der Dividenden	2231
5.3.)	Zinsgünstige Darlehensgewährung an Schwestergesellschaft als Vorteilszuwendung an ausländische Muttergesellschaft	2231
5.4.)	Gewinnanteile zur Wiederauffüllung der durch Verlust geminderten Einlage eines stillen Gesellschafters	2232
5.5.)	Kapitalersetzende Maßnahmen	2232
5.6.)	Beschränkte Steuerpflicht bei Zinseinnahmen aus Wandelanleihen	2232
6.)	Inländische Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung (§ 49 Abs. 1 Nr. 6 EStG)	2233
6.1.)	Nießbrauchsbestellung zugunsten der im Inland ansässigen Eltern	2233
6.2.)	Vermietung inländischen Grundbesitzes durch eine ausländische Kapitalgesellschaft	2233
6.3.)	Verwertung eines Rechts in einer inländischen Betriebsstätte	2233
6.4.)	Zeitlich begrenzte Überlassung von Rechten/Nutzungsrechten an Standard-Software	2233
6.5.)	Lizenzgebühren für die Überlassung von Arzneimittelrezepturen	2233
6.6.)	Beschränkte Steuerpflicht einer grundstücksvermietenden niederländischen Kapitalgesellschaft; Gestaltungsmissbrauch bei Zwischenschaltung eigenwirtschaftlich funktionsloser Kapitalgesellschaften, die treuhänderisch für ihre Gesellschafter handeln	2234

6.7.)	Beschränkte Steuerpflicht der Überlassung von Rechten an der Person eines Sportlers	2234
6.8.)	Missbräuchliche Zwischenschaltung ausländischer beschränkt steuerpflichtiger Kapitalgesellschaften durch eine Stiftung niederländischen Rechts	2234
6.9.)	Besteuerung inländischer Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung einer ausländischen gemeinnützigen Stiftung europarechtswidrig?	2234
6.10.)	Keine beschränkte Einkommensteuerpflicht und keine Steuerabzugspflicht nach § 50a EStG für Zahlungen an ausländische Sportvereine im Rahmen einer sog. „Spielerleihe“	2234
9.)	Sonstige Einkünfte (§ 49 Abs. 1 Nr. 9 EStG)	2235
9.1.)	Überlassung von Kundenadressen	2235
9.2.)	Einkünfte aus der Überlassung von know-how.	2235
9.3.)	Nutzung einer beweglichen Sache im Inland (beschränkte Steuerpflicht gemäß § 49 Abs. 1 Nr. 9 EStG 1997)	2235
20.)	Isolierende Betrachtungsweise (§ 49 Abs. 2 EStG)	2236
20.1.)	Vergütungen aus zeitlich begrenzter Überlassung von im Inland bewerteten Rechten	2236
20.2.)	Fehlende Gewinnerzielungsabsicht („Liebhaberei“) kein nach § 49 Abs. 2 EStG außer Betracht zu belassenes Besteuerungsmerkmal	2236
30.)	Einkünfte von Schifffahrt- und Luftfahrtunternehmen (§ 49 Abs. 3 EStG) ..	2236
30.1.)	Pauschalbesteuerung auch bei Verlusten	2236
§ 50	EStG Sondervorschriften für beschränkt Steuerpflichtige	2237
	Gesetzesmaterialien	2240
1.)	Jahressteuergesetz 2009	2240
2.)	Jahressteuergesetz 2010	2240
3.)	BeitrRLUmsG	2240
4.)	Steueränderungsgesetz 2015	2240
5.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	2240
6.)	Jahressteuergesetz 2019	2240
	Parlamentarische Anfragen	2245
1.)	Besteuerung von Sportgroßveranstaltungen	2245
2.)	Regierungsgarantien für die Bewerbung um die Fußballeuropameisterschaft der Männer 2024 in Deutschland	2245
3.)	Steuererleichterungen für die Union of European Football Associations (UEFA) ..	2245
4.)	Steuererleichterungen bei Sportgroßveranstaltungen	2245
EStR R 50.1	Bemessungsgrundlage für die Einkommensteuer und Steuerermäßigung für ausländische Steuern	2246
	Hinweise	2246
	Anweisungen	2247
1.0.)	Anleitung 2018 zur Einkommensteuererklärung für beschränkt steuerpflichtige Personen	2247
1.1.)	Verlustabzug nach § 10d EStG i.V. mit § 50 Abs. 1 Satz 3 EStG bei beschränkt Steuerpflichtigen, die zur Buchführung verpflichtet sind.	2250
1.2.)	Besteuerung der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit bei beschränkt einkommensteuerpflichtigen Künstlern.	2250
1.3.)	Abzug von Steuerberatkungskosten als Sonderausgaben bei beschränkt Steuerpflichtigen (§ 50 Abs. 1 Satz 4 EStG); Anwendung des EuGH-Urteils vom 6. Juli 2006 in der Rechtssache C-346/04 „Conijn“	2251
1.4.)	Leistungen aufgrund von Vermögensübergabeverträgen; Sonderausgabenabzug und Besteuerung in Fällen eines beschränkt steuerpflichtigen Versorgungsverpflichteten (§ 10 Absatz 1a Nummer 2 EStG [§ 10 Absatz 1 Nummer 1a EStG a. F.], § 22 EStG; EuGH-Urteil vom 24.02.2015 – C-559/13 „Grünwald“	2251
1.5.)	Sonderausgabenabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen für Pflichtbeiträge an berufsständische Versorgungseinrichtungen (§ 10 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe a, § 50 Absatz 1 Satz 3 EStG); EuGH-Urteil vom 06.12.2018, C-480/17, „Montag“	2252
2.1.)	Keine Verlustausgleichsbeschränkung nach § 50 Abs. 2 EStG a. F. im Rahmen der Antragsveranlagung beschränkt steuerpflichtiger EU-/EWR-Arbeitnehmer i.S.d. § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 2 EStG a. F.	2252

3.1.)	Beschluss des BFH vom 5.2.2001 zur Vereinbarkeit der Mindestbesteuerung nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG mit dem Diskriminierungsverbot in Art. 43 EG-Vertrag – Aussetzung der Vollziehung in vergleichbaren Fällen	2253
3.2.)	Mindeststeuersatz für beschränkt Steuerpflichtige nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG	2253
3.3.)	Mindeststeuersatz für beschränkt Steuerpflichtige nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG Vorläufige Steuerfestsetzung im Hinblick auf anhängige Musterverfahren; Ruhenlassen von außergerichtlichen Rechtsbehelfsverfahren (§ 363 Abs. 2 AO); Aussetzung der Vollziehung (§ 361 AO, § 69 Abs. 2 FGO)	2253
3.4.)	Vereinbarkeit der Mindestbesteuerung nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG a. F. mit Gemeinschaftsrecht; Änderung durch das JStG 2009	2253
4.1.)	Steuerbefreiung für ausländische Kulturorchester, Künstlervereinigungen und Solisten	2253
4.2.)	Einkommensteuerliche Behandlung ausländischer Kulturvereinigungen; Jazz- Ensembles	2254
5.1.)	Ausschluss beschränkt steuerpflichtiger Anteilseigner von der Vergütung von Körperschaftsteuer	2254
5.2.)	Steuererstattungsantrag nach § 50 Abs. 5 Satz 4 Nr. 3 EStG i. d. F. des JStG 1997; Steuerbescheinigung nach § 50a Abs. 5 Satz 7 EStG i. d. F. des JStG 1997	2254
5.3.)	Vereinfachtes Steuererstattungsverfahren gemäß § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 EStG bei beschränkt Steuerpflichtigen mit Einkünften, die dem Steuerabzug nach § 50a Abs. 4 Satz 1 Nrn. 1 und 2 EStG unterliegen – Umsetzung des EuGH-Urteils vom 12. Juni 2003 – C-234/01 (Gerritse)	2254
7.1.)	Bescheinigung über die volkswirtschaftliche Zweckmäßigkeit einer Pauschalie- rungsmaßnahme nach § 50 Abs. 7 EStG	2254
7.2.)	Steuerbefreiung für ausländische Kulturorchester, Künstlervereinigungen und Solisten	2254
	Rechtsprechung	2257
1.1.)	Ermittlung inländischer Einkünfte	2257
1.2.)	Sonderausgaben	2257
1.3.)	Einschränkung der Abziehbarkeit von Rentenzahlungen im Rahmen der be- schränkten Steuerpflicht steht nicht in Übereinstimmung mit Gemeinschaftsrecht	2257
1.4.)	Abzugsausschluss für Versorgungsleistungen bei beschränkter Steuerpflicht (§ 50 Abs. 1 Satz 4 EStG 1999) unionsrechtswidrig? – Vorabentscheidungs- ersuchen an den EuGH	2257
1.5.)	Veräußerungskosten i. S. von § 17 Abs. 2 EStG	2258
1.6.)	Ausschluss des Abzugs von Versorgungsleistungen bei beschränkter Steuer- pflicht EU-rechtswidrig	2258
1.7.)	EuGH-Vorlage des Finanzgerichts Köln: Abzugsbeschränkung von Vorsorgeauf- wendungen bei beschränkt Steuerpflichtigen europarechtswidrig?	2258
1.8.)	Zur Absetzbarkeit von Altersvorsorgebeiträgen bei beschränkter Steuerpflicht	2259
2.)	Tarif	2260
2.1.)	Mindeststeuersatz nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG bei Anwendung des § 34 EStG	2260
2.2.)	Besteuerung außerordentlicher Einkünfte	2260
2.3.)	Sonderfreibetrag nach § 50 Abs. 3 EStG und Mindestbesteuerung	2260
2.4.)	Ausschluß von der Vergütung deutscher Körperschaftsteuer	2260
2.5.)	Vereinbarkeit des Mindeststeuersatzes mit dem Diskriminierungsverbot in Art. 52 ff. EG-Vertrag	2260
2.6.)	Zur Anwendung des Mindeststeuersatzes nach § 50 Abs. 3 Satz 2 EStG bei EU-Staatsangehörigen	2261
5.)	Abgeltungswirkung des Steuerabzugs	2261
5.1.)	Abgeltungswirkung des Kapitalertragsteuerabzugs	2261
5.2.)	Abgeltungswirkung bei unterbliebenem Lohnsteuerabzug	2261
5.3.)	Veranlagung eines beschränkt steuerpflichtigen Auslandslehrers	2261
5.4.)	Zur EU-Konformität des Erstattungsverfahrens nach § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 EStG	2262
5.5.)	Berücksichtigung von Betriebsausgaben im Rahmen des Erstattungsverfahrens nach § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 EStG	2262
5.6.)	Keine Verzinsung der Erstattungsbeträge im Erstattungsverfahren nach § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 3 EStG	2262

5.7.)	Nachforderung von Lohnsteuer nach § 50 Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 EStG bei Nichtvorliegen der Voraussetzungen der unbeschränkten Einkommensteuerpflicht nach § 1 Abs. 3 EStG	2262
5.8.)	Anwendung des § 2 AStG – Verhältnis zu § 50 Abs. 5 EStG	2263
5.9.)	Kein Veranlagungswahlrecht für Lohneinkünfte eines beschränkt steuerpflichtigen US-Amerikaners.	2263
7.)	Steuererlass bzw. -pauschalierung nach § 50 Abs. 7 EStG.	2264
7.1.)	Zur Klagebefugnis bei Personenvereinigungen	2264
7.2.)	Kein Steuererlass nach § 50 Abs. 7 EStG für „solistisch besetzte Ensembles“ ...	2264
§ 50a EStG	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen	2265
	Literatur (Wpg)	2267
	Gesetzesmaterialien	2267
1.)	Jahressteuergesetz 2009	2267
2.)	Jahressteuergesetz 2010	2267
3.)	Jahressteuergesetz 2020	2269
§ 73a	EStDV Begriffsbestimmungen	2269
§ 73b	EStDV (weggefallen)	
§ 73c	EStDV Zeitpunkt des Zufließens im Sinne des § 50a Abs. 5 Satz 1 des Gesetzes	2269
§ 73d	EStDV Aufzeichnungen, Aufbewahrungspflichten, Steueraufsicht	2269
§ 73e	EStDV Einbehaltung, Abführung und Anmeldung der Aufsichtsratssteuer und der Steuer von Vergütungen im Sinne des § 50a Abs. 1 und 7 des Gesetzes (§ 50a Abs. 5 des Gesetzes)	2270
§ 73f	EStDV Steuerabzug in den Fällen des § 50a Abs. 6 des Gesetzes	2270
§ 73g	EStDV Haftungsbescheid	2270
	Hinweise	2271
ESTR	R 50a.1 Steuerabzug bei Lizenzgebühren, Vergütungen für die Nutzung von Urheberrechten und bei Veräußerung von Schutzrechten usw.	2271
	Hinweise	2271
ESTR	R 50a.2 Berechnung des Steuerabzugs nach § 50a EStG in besonderen Fällen ..	2272
	Vordruck für die Anmeldung des Steuerabzugs	2274
	Anweisungen	2280
0.)	Allgemeines	2280
0.1.)	Besteuerung ausländischer Künstler und Sportler im Inland	2280
0.2.)	Besteuerung inländischer Einkünfte von ausländischen Künstlerinnen und Künstlern	2280
0.3.)	Steuerliche Behandlung internationaler Sportgroßveranstaltungen	2280
0.4.)	Höhe des Abzugsteuersatzes in § 50a Abs. 4 EStG	2280
1.1.)	Bemessungsgrundlage des Steuerabzugs	2352
4.1.)	Einkommensteuerrechtliche Behandlung der nicht im Inland ansässigen Korrespondenten inländischer Rundfunk- und Fernsehanstalten sowie inländischer Zeitungsunternehmen	2281
4.2.)	Steuerabzug gemäß § 50a EStG bei Einkünften beschränkt Steuerpflichtiger aus künstlerischen, sportlichen, artistischen, unterhaltenden oder ähnlichen Darbietungen	2287
4.3.)	1. Reisekostensatz an beschränkt Einkommensteuerpflichtige 2. Filmkopierkosten bei Erwerb einer Fernsehsendelizenz von einem ausländischen Lizenzgeber	2309
4.4.)	Beistellung von Reiseleistungen und Nebenleistungen	2309
4.5.)	Steuerabzug nach § 50a Abs. 4 Nr. 3 EStG für Vergütungen aus dem Vertrieb von Standard-Software im Inland	2309
4.6.)	Abzugsteuer bei künstlerischen, sportlichen, artistischen oder ähnlichen Darbietungen nach § 50a Abs. 4 EStG	2309
4.7.)	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen gemäß § 50a Abs. 4 EStG in den Fällen der „Liebhaberei“	2309
4.8.)	Beschluss des BFH vom 16. Juni 2004 zur Vereinbarkeit des Steuerabzugsverfahrens nach § 50a Abs. 4 und 5 EStG mit Art. 49 und 50 EG; Aussetzung der Vollziehung in vergleichbaren Fällen.	2309

4.9.)	Steuerabzug nach § 50a Abs. 4 Nr. 3 EStG von Vergütungen, die ein beschränkt steuerpflichtiger Rechtsinhaber für die Überlassung ihm zustehender Rechte erhält BFH-Urteil I R 73/02 vom 28. Januar 2004	2309
4.10.)	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen aus EU/EWR-Staaten mit Einkünften im Sinne des § 50a Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 und 2 EStG	2310
4.11.)	Steuererlass für beschränkt Steuerpflichtige im Zusammenhang mit inländischen Spielen der europäischen Vereinswettbewerbe von Mannschaftssportarten	2310
4.12.)	Aktuelle Informationen zum Steuerabzug nach § 50a EStG	
4.13.)	Steuerabzug von Einkünften beschränkt steuerpflichtiger Fotomodelle; Aufteilung von Gesamtvergütungen	2311
4.14.)	Zeitlich befristete bzw. unbefristete Rechteüberlassung (buyout)	
4.15.)	Neuregelung des Steuerabzugs nach § 50a EStG durch das Jahressteuergesetz 2009 (JStG 2009) vom 19.12.2008, BGBl. I S. 2794	2312
4.16.)	Steuererlass für beschränkt Steuerpflichtige im Zusammenhang mit inländischen Spielen der europäischen Vereinswettbewerbe von Mannschaftssportarten; Negativliste zu den Vereinbarungen der Gegenseitigkeit zum 31.12.2009	2315
4.17.)	Steuerabzug bei Transferzahlungen im internationalen Profisport	2315
4.18.)	BMF-Schreiben vom 05.04.2007 zu den Auswirkungen des EuGH-Urteils C-290/04, Rs. Scorpio, Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 05.05.2010 – I R 104/08	2315
4.19.)	Zentralisierung des Steuerabzugs- und Veranlagungsverfahrens nach §§ 50, 50a EStG im Bundeszentralamt für Steuern (BZSt)	2317
4.20.)	Betriebsausgaben- und Werbungskostenabzug beim Steuerabzug nach § 50a Absatz 4 Satz 1 Nummer 3 EStG 1990/1997 und § 50a Absatz 1 Nummer 3 EStG; Entscheidung des Bundesfinanzhofs vom 27.07.2011 – I R 32/10	2318
4.21.)	Steuerabzug nach § 50a EStG im Zusammenhang mit Rechteüberlassungen, insbesondere bei Fotomodellen, Regisseuren, Journalisten und Bildberichterstattern	2319
4.22.)	Beschränkte Steuerpflicht und Steuerabzug bei grenzüberschreitender Überlassung von Software und Datenbanken	2321
4.23.)	Steuerabzug nach § 50a Absatz 1 Nummer 3 EStG bei Einkünften aus der Überlassung von Rechten und von gewerblichen, technischen, wissenschaftlichen und ähnlichen Erfahrungen, Kenntnissen und Fertigkeiten	2329
5.1.)	Abgabe der Steueranmeldung	2330
5.2.)	Hinweise zur Inanspruchnahme des Vergütungsschuldners aufgrund der neuen BFH-Rechtsprechung	2330
5.3.)	Inanspruchnahme des Entrichtungspflichtigen für Steuerabzugsbeträge nach § 50a EStG	2338
5.4.)	Hinweise zur Inanspruchnahme des Vergütungsschuldners aufgrund der neuen BFH-Rechtsprechung und Auswirkungen der Änderungen im Umsatzsteuerrecht auf den Steuerabzug gem. § 50a EStG	2338
5.5.)	Verpflichtung zur Abgabe von Steueranmeldungen/ Steuererklärungen zur beschränkten Steuerpflicht bei der Überlassung von in inländischen Registern eingetragenen Rechten	2339
5.6.)	Vergütungen im Sinne des § 49 Absatz 1 Nummer 2 Buchstabe f und Nummer 6 Einkommensteuergesetz für die zeitlich befristete Überlassung sowie Veräußerung von Rechten, die in ein inländisches öffentliches Buch oder Register eingetragen sind	2339
6.1.)	Steuerabzug durch den Verein „Bild-Kunst“, Frankfurt/Main	2342
6.2.)	Steuerabzug durch den Verein „Verwertungsgesellschaft Wort vereinigt mit der Verwertungsgesellschaft Wissenschaft“, München	2342
6.3.)	Steuerabzug durch die Gesellschaft zur Verwertung von Leistungsschutzrechten mbH (GVL), Hamburg	2342
7.)	Steuerabzug bei beschränkt Steuerpflichtigen nach § 50a Abs. 7 EStG	2342
10.1.)	Merkblatt zur Entlastung von der Abzugsteuer nach § 50a Abs. 4 EStG auf Grund von DBA	2343
10.2.)	Freistellung oder Ermäßigung auf Grund von DBA nach dem Kontrollmeldeverfahren	2343
10.3.)	Zuständigkeit für die Erstattung auf Grund von DBA	2343
	Rechtsprechung	2344
1.)	Erhebung der ESt im Wege des Steuerabzugs nach § 50a Abs. 7 EStG	2344

3.)	Freistellungsbescheinigung nach § 73h EStDV	2344
4.)	Steuerabzug bei Künstlerüberlassung	2344
5.)	Forderungsabtretung	2344
6.)	Freistellung vom Steuerabzug aufgrund eines DBA	2344
7.)	Vergabe von Verfilmungsrechten	2345
8.)	Haftung des Vergütungsschuldners	2345
9.)	Einspruchsrecht des Vergütungsgläubigers – Reisekostenerstattungen	2345
10.)	Bemessungsgrundlage im Fall der umsatzsteuerlichen Nullregelung	2345
11.)	Zuständigkeit für den Erlass eines Nachforderungsbescheides	2346
12.)	Zweifel an der Rechtmäßigkeit einer Steueranmeldung	2346
13.)	Zur Wirkung einer Steueranmeldung	2346
14.)	Voraussetzungen für die Aussetzung der Vollziehung einer Abzugsanordnung nach § 50a Abs. 7 EStG 1997	2346
15.)	Kein Steuerabzug gemäß § 50a Abs. 4 Nr. 3 EStG bei Vergütungen für die Veräußerung von Rechten	2347
16.)	Kein Steuerabzug bei fehlender Gewinnerzielungsabsicht („Liebhaberei“)	2347
17.)	Wirkung einer Steueranmeldung; Vereinbarkeit des Steuerabzugs nach § 50a EStG mit EU-Recht	2347
18.)	Zur Vereinbarkeit des deutschen Steuerabzugs nach § 50a EStG mit EU-Recht ..	2348
19.)	Übernahme von Transport- und Übernachtungskosten durch den Veranstalter ...	2349
20.)	Beschränkte Steuerpflicht der Überlassung von Rechten an der Person eines Sportlers; Inhalt und Wirkung einer Steueranmeldung gem. § 73e EStDV	2350
21.)	Zur Vereinbarkeit des Steuerabzugs nach § 50a EStG mit dem General Agreement on Trade in Services (GATS)	2350
22.)	Nach EU-Recht muss das Steuerabzugsverfahren so ausgestaltet sein, dass Betriebsausgaben, die im unmittelbaren Zusammenhang mit der Tätigkeit im Quellenstaat stehen, bereits beim Steuerabzug steuermindernd berücksichtigt werden können	2350
23.)	Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger Künstler innerhalb der Europäischen Gemeinschaften	2351
24.)	Berücksichtigung von Betriebsausgaben im Rahmen des Steuerabzugsverfahrens nach § 50a Abs. 4 EStG	2352
25.)	Steuerabzugsverpflichtung auch für ausländische Vergütungsschuldner	2353
26.)	Künstler- und Sportlerbesteuerung verstößt vorläufig nicht gegen Europarecht – keine Aussetzung der Vollziehung	2353
27.)	Steuerabzug für Live-Fernsehübertragungsrechte an inländischen Sportveranstaltungen (§ 50a Abs. 4 Satz 1 Nr. 1 EStG) und Steuerberechtigung nach dem DBA-Schweiz	2354
28.)	Keine beschränkte Einkommensteuerpflicht und keine Steuerabzugspflicht nach § 50a EStG für Zahlungen an ausländische Sportvereine im Rahmen einer sog. „Spielerleihe“	2355
29.)	Keine unionsrechtlichen oder verfassungsrechtlichen Bedenken gegen das Haftungsverfahren nach § 50a Abs. 5 Satz 5 EStG 1997; keine Schätzung von Betriebsausgaben im Steuerabzugsverfahren	2355
30.)	Beschränkte Steuerpflicht der Überlassung von Rechten und Berücksichtigung von (Unter-)Lizenzgebühren als Ausgaben beim Steuerabzug nach § 50a Abs. 4 Satz 1 Nr. 3 EStG 1990/1997	2355
31.)	Steuerabzug bei einem in der Schweiz ansässigen Vergütungsgläubiger – Unterschiedliche Einkünfte trotz einheitlichem Pauschalhonorar – Freizügigkeitsabkommen EU – CH	2356
32.)	Steuerabzug bei ausländischen Künstlern europarechtskonform	2356
33.)	Abzugsteuerpflicht bei Werbeleistungen eines ausländischen Motorsport-Renntteams	2356
34.)	Rechteüberlassung ausländischer Autoren und Journalisten	2357
35.)	Steuerabzug nach § 50a Abs. 1 Nr. 3 EStG bei „total buy out“-Vertrag	2357
36.)	Anordnung des Steuerabzugs nach § 50a Abs. 7 EStG für in das Ausland gezahlte Leistungen aus der deutschen gesetzlichen Rentenversicherung	2358
§ 50b EStG	Prüfungsrecht	2358
§ 50c EStG	Entlastung vom Steuerabzug in bestimmten Fällen	2360

	Gesetzesmaterialien	2361
1.)	Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz	2361
2.)	ATAD-Umsetzungsgesetz	2370
§ 50d EStG	Anwendung von Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung	2371
	Gesetzesmaterialien	2373
1.)	Jahressteuergesetz 2007	2373
2.)	BeitrRLUmsG	2373
3.)	Jahressteuergesetz 2007	2373
4.)	Jahressteuergesetz 1997	2373
5.)	Jahressteuergesetz 2013	2373
6.)	„Jahressteuergesetz 2019“	2373
7.)	Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz	2374
8.)	KöMoG	2380
	Hinweise	2381
	Anweisungen	2382
1.)	Hinweise zur Qualifizierung der Freistellungsbescheinigung des Bundesamtes für Finanzen nach § 50d Abs. 3 EStG	2382
2.)	Beginn der Festsetzungsfrist im Steuerentlastungsverfahren nach § 50d EStG aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen	2382
3.)	Änderungen in § 50d EStG (Entlastung vom Steuerabzug)	2382
4.)	Ausschluss der Kapitalertragsteuererstattung bei Zwischenschaltung einer funktionslosen Holdinggesellschaft; BFH-Urteil vom 31. Mai 2005 I R 74, 88/04	2382
5.)	Entlastungsberechtigung ausländischer Gesellschaften (§ 50d Abs. 3 EStG)	2382
	a) Anwendung des § 50d Abs. 3 EStG in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2007 ..	2382
	b) Anwendung des § 50d Abs. 3 EStG in der Fassung des Gesetzes zur Umsetzung der Beitreibungsrichtlinie sowie zur Änderung steuerlicher Vorschriften.	2382
6.)	OGAW-IV-Umsetzungsgesetz; Steuerbescheinigung für beschränkt steuerpflichtige Gläubiger von Kapitalerträgen; Änderung Muster III	2389
7.)	Abstandnahme vom Steuerabzug gemäß § 50d Absatz 2 Satz 1 EStG bei sog. „abgesetzten Beständen“	2390
8.)	Welches Zuflussdatum ist bei einer Aktiendividende im Rahmen der Antragstellung nach § 50d EStG anzugeben?	2390
9.)	Vereinfachter Nachweis bei Bestätigungen nach § 50d Abs. 4 Satz 1 EStG	2390
10.)	Entlastung vom Steuerabzug vom Kapitalertrag bei ausländischen Gesellschaften (§ 50d Abs. 3 EStG); Unionsrechtskonforme Anwendung	2391
11.)	Hinweis zu Freistellungsbescheinigungen nach § 50d Abs. 2 EStG	2391
	Rechtsprechung	2393
1.)	Nachforderungsbescheid wegen Abzugsteuer bei nach einem DBA steuerfreien Einkünften	2393
2.)	Ablehnung eines Freistellungsantrages	2393
3.)	Beginn der Festsetzungsfrist im Steuerentlastungsverfahren nach § 50d EStG aufgrund von Doppelbesteuerungsabkommen	2393
4.)	Freistellungsverfahren	2393
5.)	Rechtsnatur der Freistellungsbescheinigung nach § 50d Abs. 3 EStG	2394
6.)	Gestaltungsmissbrauch bei „Durchleitung“ von im Inland erzielten Einnahmen durch eine ausländische Basisgesellschaft.	2394
7.)	Freistellungsverfahren nach § 50d EStG erstreckt sich nicht auf die Frage, ob die Einkünfte steuerpflichtig sind.	2395
8.)	Keine Versagung der Steuerentlastung für niederländische Kapitalgesellschaft, die als Holdinggesellschaft eines aktiv tätigen ausländischen Konzerns fungiert .	2395
9.)	Freistellungsbescheid gemäß § 50d Abs. 1 Satz 2 EStG 1997 und Freistellungsbescheinigung gemäß § 50d Abs. 3 Satz 1 EStG 1997	2395
10.)	Keine Erstattung von Kapitalertragsteuer an ausländische „Briefkästen“	2396
11.)	Anfechtungsbefugnis bei Widerruf einer Freistellungsbescheinigung	2396
12.)	Anfechtungsbefugnis bei Widerruf einer Freistellungsbescheinigung	2397
13.)	Lohnsteuererstattungsanspruch bei abkommenswidriger Lohnsteuereinbehaltung	2397
14.)	EuGH-Vorlage: Zweifel an der Vereinbarkeit des § 50d Abs. 3 EStG mit EU-Recht	2397
15.)	Weitere EuGH-Vorlage des Finanzgerichts Köln zu § 50d Abs. 3 EStG.	2398

16.)	EuGH-Vorlage des Finanzgerichts Köln zur aktuellen Fassung des § 50d Abs. 3 EStG	2400
17.)	Europarechtswidrigkeit des § 50d Abs. 3 EStG in der Fassung des Jahressteuergesetzes 2007	2401
18.)	Behandlung von Gesamtproduktionen im Rahmen des Art. 17 Abs. 2 DBA-Österreich 2000	2401
19.)	„Cum/ex-Verfahren“: Mehrfache Erstattung von nur einmal gezahlter Kapitalertragsteuer ausgeschlossen	2402
§ 50e EStG	Bußgeldvorschriften	2403
§ 50g EStG	Entlastung vom Steuerabzug bei Zahlungen von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen verschiedener Mitgliedstaaten der Europäischen Union	2404
	Gesetzesmaterialien.	2409
1.)	EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz	2409
2.)	StÄndG 2007	2409
3.)	Jahressteuergesetz 2008	2409
	Anweisungen	2409
1.)	Anwendung der Richtlinie bis zum In-Kraft-Treten eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie	2409
2.)	Anwendbarkeit der Richtlinie auf die Beitrittsstaaten	2409
3.)	Entlastung von Quellensteuern entsprechend §§ 50g und 50h EStG; Zahlung von Zinsen und Lizenzgebühren zwischen verbundenen Unternehmen im Verhältnis zur Schweiz	2409
§ 50h EStG	Bestätigung für Zwecke der Entlastung von Quellensteuern in einem anderen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder der Schweizerischen Eidgenossenschaft	2410
	Gesetzesmaterialien.	2410
1.)	StÄndG 2007	2410
§ 50i EStG	Besteuerung bestimmter Einkünfte und Anwendung von Doppelbesteuerungsabkommen	2411
	Gesetzesmaterialien.	2412
1.)	Jahressteuergesetz 2013	2412
2.)	Kroatien-AnpG	2413
3.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie	2416
	Parlamentarische Anfragen.	2419
1.)	Zum Änderungsbedarf des § 50i EStG	2419
	Anweisungen	2420
1.)	Anwendung des § 50i Absatz 2 EStG i. d. F. des Gesetzes zur Anpassung des nationalen Steuerrechts an den Beitritt Kroatiens zur EU und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften vom 25.07.2014 (BGBl. I S. 1266)	
2.)	Neufassung des § 50i EStG durch das Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen vom 20.12.2016 (BGBl. I S. 3000); Aufhebung des BMF-Schreibens vom 21.12.2015 (BStBl 2016 I S. 7)	2420
§ 50j EStG	Versagung der Entlastung von Kapitalertragsteuern in bestimmten Fällen-Gesetzesmaterialien.	2421
	Gesetzesmaterialien.	2422
1.)	Gesetz zur Umsetzung der Änderungen der EU-Amtshilferichtlinie und von weiteren Maßnahmen gegen Gewinnkürzungen und -verlagerungen	2422
	Anweisungen	2424
1.)	Merkblatt zur Versagung der Entlastung von Kapitalertragsteuern in bestimmten Fällen gem. § 50j EStG	2424
2.)	§ 50j EStG – Neues Antragsformular ist ab sofort auch für Zuflüsse vor dem 31.12.2016 zu verwenden	2425

C. II. Körperschaftsteuer	2427
§ 1a KStG Option zur Körperschaftsbesteuerung	2427
Gesetzesmaterialien	2429
1.) KöMoG	2429
Anweisungen	2435
1.) Option zur Körperschaftsbesteuerung (§ 1a KStG)	2435
§ 2 KStG Beschränkte Steuerpflicht	2439
§ 54 EStDV Übersendung von Urkunden durch Notare	2439
Verordnung über die Gewährung von Steuerbefreiungen für Grundbesitz ausländischer Staaten, der für Wohnzwecke des Personals diplomatischer Missionen und konsularischer Vertretungen benutzt wird.	2440
Gesetzesmaterialien	2440
1.) UntStRefG 2008	2440
R 2 KStR Beschränkte Steuerpflicht	2440
Hinweise	2440
Anweisungen	2441
1.) Inländische Behandlung der sogenannten „non-resident-limiteds“ (Gesellschaften britischen Rechts)	2441
2.) Inländische Aktivitäten ausländischer Betriebs- oder Unternehmensberaterfirmen	2441
3.) Steuerliche Behandlung von nach ausländischem Recht gegründeten grundstücksverwaltenden Körperschaften und von gewerblich geprägten Personengesellschaften mit ausländischen Körperschaften als Komplementär.	2441
Rechtsprechung	2441
1.) Steuerpflicht einer ausländischen Kapitalgesellschaft	2441
2.) Steuerpflicht einer ausländischen Kommanditgesellschaft	2441
3.) Steuerbefreiung auch bei Förderung gemeinnütziger Zwecke im Ausland durch eine italienische Stiftung	2441
4.) Inländische Einkünfte von Stiftungen mit Sitz in der Schweiz	2442
5.) Buchführungspflicht einer ausländischen Immobilienkapitalgesellschaft	2443
6.) Gesonderte Feststellung gem. § 60a AO über die Einhaltung der satzungsmäßigen Voraussetzungen bei Stiftungen nach ausländischem Recht	2443
7.) Persönliche Körperschaftsteuerpflicht und Gemeinnützigkeit eines ausländischen Recht unterliegenden Colleges	2444
8.) Gemeinnützigkeit eines englischen Colleges	2444
§ 7 KStG Grundlagen der Besteuerung	2445
§ 8 KStG Ermittlung des Einkommens	2446
Anweisungen	2446
1.) Körperschaftsteuerrechtliche Behandlung der beschränkt steuerpflichtigen Versicherungsunternehmen	2446
2.) Dotationskapital inländischer Betriebsstätten ausländischer Kreditinstitute	2446
Rechtsprechung	2446
1.) Verdeckte Gewinnausschüttung bei Überschusseinkünften	2446
2.) Dotationskapital inländischer Betriebsstätten ausländischer Versicherungsunternehmen	2446
§ 12 KStG Verlust oder Beschränkung des Besteuerungsrechts der Bundesrepublik Deutschland	2446
§ 14 KStG Aktiengesellschaft oder Kommanditgesellschaft auf Aktien als Organgesellschaft – Auszug	2447
Anweisungen	2449
1.) Körperschaftsteuerliche und gewerbsteuerliche Organschaft unter Berücksichtigung der Änderungen durch das Steuersenkungs- (StSenkG) und das Unternehmenssteuerfortentwicklungsgesetz (UntStFG)	2449
2.) Mittelbare Beteiligung an einer inländischen Einzelgesellschaft über eine ausländische Tochtergesellschaft	2455
3.) Diskriminierungsverbote nach den Doppelbesteuerungsabkommen; BFH-Urteil vom 29.01.2003 – I R 6/99 – zu Artikel 24 Abs. 4 DBA-USA	2456

4.)	Anwendung des § 14 Absatz 1 Satz 1 KStG und des § 17 KStG; Vertragsverletzungsverfahren Nr. 2008/4909 zum doppelten Inlandsbezug für Organgesellschaften	2456
5.)	Veröffentlichung des BFH-Urteils I R 54, 55/10 zur grenzüberschreitenden Organschaft; Nichtanwendung der Urteilsgrundsätze in vergleichbaren Fällen	2457
6.)	Körperschaftsteuerliche Organschaft unter Beteiligung einer Kapitalgesellschaft, an der eine typisch stille Beteiligung besteht.	2457
7.)	Anerkennung eines ertragsteuerlichen Organschaftsverhältnisses unter Betei- ligung einer im EU/EWR-Ausland gegründeten Kapitalgesellschaft mit Ge- schäftsleitung in Deutschland.	2458
8.)	Begriff der negativen Einkünfte nach § 14 Absatz 1 Satz 1 Nummer 5 KStG und Auslegungsfragen zu § 15 Absatz 3 Nummer 1 EStG; Folgen aus dem BFH-Urteil vom 12.10.2016 – I R 92/12, BStBl II 2022, S. 123 .	2459
	Rechtsprechung	2460
1.)	Gewinnabführungsvertrag mit einer ausländischen Kapitalgesellschaft, die ihre Geschäftsleitung im Inland hat.	2460
2.)	Keine abführungs- und ausschüttungsbedingte Teilwertabschreibung.	2460
3.)	Abzug „finaler“ Verluste einer ausländischen Tochterkapitalgesellschaft allenfalls im „Finalitätsjahr“	2460
4.)	Mindestlaufzeit des Gewinnabführungsvertrages bei körperschaftsteuerlicher Organschaft; Auslegung des § 14 Abs. 1 Nr. 3 Satz 1 KStG 1999	2460
5.)	Gewerbesteuerliche Organschaft zwischen einem in Großbritannien ansässigen Organträger und einer inländischen Organgesellschaft über eine inländische Zwischenholding.	2460
6.)	Doppelstöckige Personengesellschaft – Zuordnung von Sonderbetriebs- vermögen II eines im Ausland ansässigen Gesellschafters	2461
§ 15	KStG Besondere Vorschriften zur Ermittlung des Einkommens der Organgesellschaft – Auszug –	2462
	Gesetzesmaterialien	2463
1.)	UntStRefG 2008	2463
2.)	Jahressteuergesetz 2009	2463
	Rechtsprechung	2464
1.)	Einbeziehung von DBA-Schachteldividenden bei der Ermittlung des Einkom- mens der Organgesellschaft (sog. Bruttomethode) gilt erst ab VZ 2003.	2464
§ 19	KStG Steuerabzug bei dem Organträger	2465
	Anweisungen	2465
1.)	Anrechnung oder Abzug ausländischer Steuern im Organkreis (§ 26 KStG in Verbindung mit § 34c Absatz 1 und 2 EStG).	2465
§ 23	KStG Steuersatz	2466
	Anweisungen	2466
1.)	Steuersatz für Gewinne EU/EWR-ausländischer Kapitalgesellschaften nach dem Körperschaftsteuer-Anrechnungsverfahren; Folgen aus der EuGH-Entscheidung in Sachen „CLT-UFA“	2466
2.)	Steuersatz auf Betriebsstättengewinne ausländischer EU-Kapitalgesellschaften; BFH-Entscheidung vom 05.03.2008 – I B 171/07	2466
	Rechtsprechung	2466
1.)	Zur Verletzung des sog. Halbteilungsgrundsatzes	2466
2.)	Höherer Körperschaftsteuersatz für inländische Betriebsstätten ausländischer Kapitalgesellschaften nach § 23 KStG a.F. nicht mit EU-Recht vereinbar	2466
3.)	Zur Vereinbarkeit der Höhe der Gewinnbesteuerung für inländische Betriebs- stätten ausländischer Kapitalgesellschaften nach § 23 KStG a. F. mit EU-Recht. .	2467
4.)	Körperschaftsteuerbelastung des Betriebsstättengewinns einer ungarischen Kapitalgesellschaft vor dem Beitritt Ungarns zur EU.	2467
§ 32	KStG Sondervorschriften für den Steuerabzug vom Kapitalertrag	2468
	Gesetzesmaterialien	2469
1.)	Gesetz zur Umsetzung des EuGH-Urteils vom 20.10.2011 (Rs. C-284/09)	2469

Rechtsprechung	2472
1.) Abgeltungswirkung des Kapitalertragsteuerabzugs bei Dividenden, die von beschränkt steuerpflichtigen Kapitalgesellschaften bezogen werden	2472
2.) Kapitalertragsteuer bei beschränkt steuerpflichtiger Kapitalgesellschaft in der Rechtsform der französischen „société par actions simplifiée“ (S.A.S.); Zuständigkeit für das Freistellungs- und Erstattungsverfahren	2472
3.) Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit durch erhöhte Dividendenbesteuerung bei Dividenden an Gesellschaften mit Sitz in anderen EU-Mitgliedstaaten	2473
4.) Deutsche Besteuerung gebietsfremder Pensionsfonds mangels eines ausreichenden Nachweises einer EU-Rechtsverletzung europarechtskonform	2473
5.) Besteuerung von Streubesitzdividenden eines Drittstaaten-Pensionsfonds unionsrechtswidrig?	2473
6.) Unionsrecht: Besteuerung beschränkt steuerpflichtiger Pensionsfonds	2473
7.) Erstattung von Kapitalertragsteuer bei „Streubesitzdividenden“	2474
C. III. Gewerbesteuer	2475
§ 2 GewStG Steuergegenstand	2475
Rechtsprechung	2476
1.) Ausländische Gesellschaften	2476
2.) Vermögensverwaltende Personengesellschaft	2476
3.) Bedeutung der Tätigkeitsaufnahme	2476
4.) Fremdenführer	2476
§ 2a GewStG Arbeitsgemeinschaften	2477
Anweisungen	2477
1.) Gewerbebetrieb kraft Rechtsform bei einer ausländischen Kapitalgesellschaft ..	2477
C. IV. Hinweis auf anwendbare Sondergesetze	2479
C. V. Bewertungsgesetz	2481
Bewertungsgesetz	2481
§ 121 BewG Inlandsvermögen	2481
C. VI. Erbschaftsteuer und Schenkungsteuer	2483
Vorbemerkung	2483
§ 1 ErbStG Steuerpflichtige Vorgänge	2483
§ 2 ErbStG Persönliche Steuerpflicht (Auszug)	2483
Gesetzesmaterialien	2484
1.) BeitrRLÜmsG	2484
2.) StUmgBG	2484
ErbStR RE 2.2.	2485
Hinweise	2486
Anweisungen	2487
1.) Anwendung des § 2 Absatz 3 ErbStG	2487
2.) Änderung des Erbschaftsteuergesetzes durch das Steuerumgehungs- bekämpfungsgesetz (StUmgBG)	2487
Rechtsprechung	2487
1.) Vorlagebeschluss an den EuGH zur Frage der Vereinbarkeit des § 16 Abs. 2 ErbStG mit dem Unionsrecht nach Einführung des § 2 Abs. 3 ErbStG	2487
2.) Freibetragsregelung des § 16 Abs. 2 ErbStG trotz Optionsmöglichkeit des § 2 Abs. 3 ErbStG unionsrechtswidrig	2487
§ 10 ErbStG Steuerpflichtiger Erwerb (Auszug)	2487
Rechtsprechung	2488
1.) EuGH-Vorlagebeschluss zur Vereinbarkeit der Regelung des § 10 Abs. 6 Satz 2 ErbStG (Nichtabzug von Pflichtteilen als Nachlassverbindlichkeit) mit Unionsrecht	2488
§ 12 ErbStG Bewertung (Auszug)	2488

§ 13	ErbStG Steuerbefreiungen (Auszug)	2489
	Gesetzesmaterialien	2490
	1.) Steueränderungsgesetz 2015	2490
	ErbStR RE 13.8 Gemeinnützige, mildtätige und kirchliche Körperschaften	2491
	ErbStR RE 13.9 Gegenseitigkeitserklärungen	2492
	Hinweise	2492
	ErbStR RE 13.10 Zuwendungen zu gemeinnützigen und kirchlichen Zwecken	2492
	Rechtsprechung	2493
	1.) Erbschaftsteuerfreiheit einer Zuwendung an eine steuerbegünstigten Zwecken dienende ausländische Stiftung	2493
	Rechtsprechung zu § 13a ErbStG a. F.	2493
	1.) Unterschiedliche Bewertung von inländischen und ausländischen Vermögen für Zwecke der Erbschaftsteuer nicht mit EU-Recht vereinbar	2493
§ 15	ErbStG Steuerklassen	2494
§ 16	ErbStG Freibeträge	2495
	Gesetzesmaterialien	2495
	1.) StUmgBG	2495
	Anweisungen	2496
	1.) Änderung des Erbschaftsteuergesetzes durch das Steuerumgehungs- bekämpfungsgesetz (StUmgBG)	2496
	Rechtsprechung	2497
	1.) Geringerer Freibetrag bei beschränkter Steuerpflicht verfassungsrechtlich unbedenklich	2497
	2.) Unterschiedliche schenkungsteuerliche Freibeträge für Gebietsansässige und Gebietsfremde als Verstoß gegen die Kapitalverkehrsfreiheit	2497
	3.) Unterschiedliche erbschaftsteuerliche Freibeträge für Gebietsansässige und Gebietsfremde in einem Drittstaat (Schweiz) als Verstoß gegen die Kapital- verkehrsfreiheit	2497
	4.) Vorlagebeschluss an den EuGH zur Frage der Vereinbarkeit des § 16 Abs. 2 ErbStG mit dem Unionsrecht nach Einführung des § 2 Abs. 3 ErbStG	2498
	5.) Freibetragsregelung des § 16 Abs. 2 ErbStG trotz Optionsmöglichkeit des § 2 Abs. 3 ErbStG unionsrechtswidrig	2498
	6.) Ehegattenfreibetrag für beschränkt Steuerpflichtige	2499
	7.) EuGH-Vorlagebeschluss zur Vereinbarkeit der Neuregelung des § 16 Abs. 2 ErbStG (Freibetragsminderung in Fällen beschränkter Steuerpflicht) mit Unionsrecht	2500
§ 17	ErbStG Besonderer Versorgungsfreibetrag	2501
	Gesetzesmaterialien	2501
	1.) StUmgBG	2501
	Anweisungen	2502
	1.) Änderung des Erbschaftsteuergesetzes durch das Steuerumgehungs- bekämpfungsgesetz (StUmgBG)	2502
C.	VII. Erweiterte beschränkte Steuerpflicht nach dem Außensteuergesetz	2505
§ 2	AStG Einkommensteuer	2505
§ 4	AStG Erbschaftsteuer	2505
§ 5	AStG Zwischengeschaltete Gesellschaften	2505

Stichwortverzeichnis	2507
-----------------------------	------